

„Monopoly“ – Eine Dokumentation

Ruhr-Nachrichten, 13. April 1989

Neuapostolen spielen ein Faustpfand aus

Neue Großkirche wird in Hacheney gebaut

(HHH/FW) Die Neuapostolische Kirche kann ihr Landeskongresszentrum mit Großkirche (5000 Sitzplätze) inmitten einer Parkanlage im Winkel zwischen B 54 und dem Wald östlich des Tierparks an der Zillestrasse bauen.

Die Dezernentenrunde der Stadtverwaltung hat jetzt grünes Licht gegeben, ebenso die SPD. Im Herbst soll im offiziellen Verfahren die Bürgeranhörung sein.

Gegen die Pläne der Neuapostolischen Kirche und ihres Architekten Gustav Schulze hatte es bislang erhebliche Bedenken gegeben, zumal von Naturschützern.

Die Neuapostolischen hatten allerdings ein Faustpfand: Ein Grundstück an der Carl-Prümer-Straße, das zum Ausbau der B 236n benötigt wird. Vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hatte der juristische Vertreter der Kirche, Dr. Möhlmeier, erklärt, die Kirche sei bereit, der Stadt hier entgegen zu kommen, wenn andererseits die Stadt bei der Kirchenplanung an der B 54 in Hacheney Entgegenkommen zeige.

Das grüne Licht der Verwaltung deutet diese Einigung an. Allerdings muss der Flächen-nutzungsplan geändert und ein neuer Bebauungsplan aufgestellt werden, da das Gelände noch als Ackerland ausgewiesen ist.

Der Bau der „Mutterkirche“ der Neuapostolischen Kirche in der ganzen Welt soll 30 bis 40 Mio. DM kosten. Ob und wie auch das Kongresszentrum gebaut wird, ist noch offen. Geplant waren wenige Gebäude inmitten einer 100'000 qm weiten Parkanlage mit See.

Die Neuapostolische Kirche hat allein in Nordrhein-Westfalen 100'000 Mitglieder. Zu Zeiten des Stammapostels Walter Schmidt war Dortmund bis 1981 Weltsitz der Kirche. Zur Zeit ist das Zürich, doch ist damit zu rechnen, dass nach der Errichtung des Zentrums wieder Dortmund der Weltsitz wird.

Neuapostolische Kirchen im Raum Dortmund

Dortmund-Nord, Braunschweiger-Strasse 31 – 33

Dortmund-Süd, Westfalendamm 74

Dortmund-West, Tremoniastrasse 80 / Ecke Kuithanstrasse

Dortmund-Horstfeld, Trippestrasse 23

Kley. Kleyer Weg 89

Wambel, Kirschbaumweg 25 / Ecke Akazienstrasse

Brackel, Hellweg 186

Husen, Eichwaldstrasse 255 / Ecke Flemerskamp

Asseln, Pröbstingkamp 2

Wikkede, Bockumweg 14

Derne, Hostedderstrasse 31
Kirchderne, Im Karrenberg 97
Lanstrop, Lanstropstrasse 118
Scharnhorst, Westholz 76
Nette, Dörwerstrasse 40
Bodelschwingh, Bermesdickerstrasse 6
Oestrich, Westheide 74
Eving, Evingerstrasse 247
Brechten, Heitkampstrasse 20
Huckarde, Rahmerstrasse 116 – 118
Hörde, Franz-Hitze-Strasse 19
Benninghofen, Benninghoferstrasse 183
Schüren, Niergartenstrasse 22
Aplerbeck, Ruinenstrasse 5
Aplerbeck-Nord, Aplerbeckerstrasse 328
Sölde, Sölde Kirchweg 198
Lichtendorf, Eichholzerstrasse 13
Kirchhörde, Kirchhördestrasse 217
Hombruch, Am Hombruchfeld 15
Eichlinghofen, Baroperstrasse 349
Kirchlinde, Am Wemphof 64
Marten, Altenrathstrasse 8
Lütgendortmund, Flaspote 3
Bövinghausen, Lotharstrasse / Jägerweg 23

Ruhr-Nachrichten, 20. April 1989

Ist die Stadt erpressbar?

Zum geplanten Bau des neuen Landeskongresszentrums der Neuapostolischen Kirche schreibt dieser Leser u.a.:

Ist die Stadt erpressbar? Zu diesem Schluss muss ich kommen, wenn ich lese, dass die Dezerentenrunde der Stadtverwaltung und die SPD grünes Licht gegeben haben zum Bau eines Landeskongress-Zentrums mit Großkirche im Grüngürtel der Stadt in Hacheneu. Trotz Bedenken von Städteplanern und Politikern soll nun, so der Zeitungsbericht, das Landeskongress-Zentrum in Hacheneu gebaut werden. Weil sich die Neuapostolischen bei einem Grundstück an der Karl-Prümer-Strasse, das zum Ausbau der B 236 n benötigt wird, hier entgegenkommend zeigen wollten, wenn andererseits die Stadt bei den Kirchenplänen in Hacheneu entgegenkommen zeige.

Nicht nur die betroffenen Bürger nördlich des vorgesehenen Kongress-Zentrums, sondern alle, die der Meinung sind, den Grüngürtel im südlichen Dortmunder Naherholungsgebiet für die Dortmunder Bevölkerung zu erhalten, fordern die Politiker aller Fraktionen im Rat auf, das Landeskongress-Zentrum in Hacheneu nicht bauen zu lassen.

5000 Besucher – das sind, wenn alle mit Bussen kommen, 300 Busse. Die würden vorwiegend am Wochenende das Gelände bevölkern. Ein Stück Freizeitwert und Grün der Stadt Dortmund wären damit verloren.

Friedrich Högger

Glückaufsegenstrasse 104

Ruhr-Nachrichten, 25. April 1989

LESER SCHREIBEN AN DIE REDAKTION

„Hacheneu wird Rom der Neuapostolen“

Hacheneu. Zur geplanten Errichtung des Neuapostolischen Zentrums an der Zillestrasse in Hacheneu „Standort Hacheneu ist ökologisch zu wertvoll“ (RN vom 14.4.89) schreibt Anita Buhrmester, Glückaufsegenstrasse 79:

„Die Bemühungen der Wellinghofer CDU, sich für ein Stück Umwelt, Natur und Bürger einzusetzen, ist lobenswert. Doch werden hier maßgebende Punkte übersehen.

Architektonische sowie planerische Meisterwerke können schon jetzt in verschiedenen Stadtteilen von Dortmund bewundert werden. Die Ortsteile Hacheneu, Brünninghausen, Hagener Strasse, Dorsfeld-Süd, können doch als gelungene Beispiele genannt werden. Der Beispielkatalog ließe sich beliebig fortsetzen.

Hier aber ist die einmalige Gelegenheit gegeben, all dieses zu übertreffen. Ein wichtiger Punkt ist außerdem die Auswahl des Standortes: hier wurde erneut unter Beweis gestellt, dass unsere Stadtväter sich gerade in diesem Punkt Gedanken machen und ihre Bürger kennen.

Es ist zum einen nicht einfach, ein geeignetes Grundstück zu finden und gleichzeitig die nötige verständnisvolle, einsichtige sowie auch allem Neuen gegenüber aufgeschlossene Bevölkerung hinter sich zu wissen.

In Hacheneu treffen alle diese Voraussetzungen zu, und eine Bürgerinitiative gegen solch ein Projekt ist geradezu undenkbar wie aussichtslos.

Allerdings ist zu befürchten, dass die gleichen Leute, die in Planung und Ausführung ein Autohaus in ein Wohngebiet harmonisch, zukunftsicher und optisch richtungsweisend integrierten, hier nicht Gelegenheit bekommen, ihr überragendes Können unter Beweis zu stellen. Sollten aber diese Herren ihre Erfahrungen in das Projekt mit einbringen, so steht dem Erfolg und Gelingen nichts mehr im Wege.

Es wird ein beispielloses Dokument für unsere Zeit werden und auch unseren Urenkeln noch neidvolle Kopfnicken abverlangen. Was Rom für die Katholische Kirche, wird Hacheneu für die Neuapostolen.

Einigen Mitbürgern wird die Tragweite und die Bereicherung für ihren Lebensraum durch dieses Projekt noch nicht bewusst geworden sein. Nun, es wird immer wieder Leute geben, die sich uneinsich-

tig zeigen. Hier aber ist der vorausschauende Politiker gefordert, der mit weisen Argumenten diese Leute zu ihrem Glück führt. Dieses ist nun mal die Aufgabe der Bürgeranhörung.

Ein Aspekt sollte in keinem Fall außer Acht gelassen werden. Da bei diesem Großprojekt keine Parkmöglichkeiten für Besucher (5'000 Sitzplätze) vorgesehen sind, können die leerstehenden und kostenintensiven Parkplätze für Besucher des unrentablen Tierparks sinnvoll genutzt werden. Außerdem würde anstelle des Tierparks und eines Teils des Rombergparks eine Start- und Landebahn für Flugzeuge Kosten einsparen helfen, dass der Stammapostel der Neuapostolen fallweise einschweben kann, und der Stellung des Weltzentrums so erst den nötigen Rahmen geben.“

Westfälische Rundschau, 27. April 1989

Unterschriftenlisten kursieren bereits in Hacheney

Bürger-Protest gegen eine Superkirche auf dem Acker

(GH) Unterschriftenlisten kursieren in Hacheney, eine Bürgerinitiative entsteht: Grund des Unmuts ist das geplante Kirchenzentrum der Neuapostolischen Gemeinden für NRW auf dem Acker an der Ecke B 54 / Zillestrasse.

Eine Verwaltungsvorlage, die bisher nicht veröffentlicht wurde, sieht den Bau eines Kirchengebäudes für 5000 Besucher, eines Kongresszentrums und 600 PKW- sowie 100 Omnibusparkplätze vor. Die Anwohner befürchten, dass die letzte Frischluftschneise damit vernichtet wird. „Wenn dann auch noch der Tierpark um das jetzt noch freie Waldstück erweitert und eingezäunt wird, gibt es für uns überhaupt kein Grün mehr zum

Spaziergehen“, klagt Ute Lukrafka, die ebenso wie andere Bewohner der Glückaufsegenstrasse und der Hacheneyer Strasse Proteste unterschrieben haben. Vor allem befürchten sie Verkehrslärm.

Gestern Abend fanden sich die CDU-Fraktionen der Bezirksvertretungen Hörde und Hombruch zusammen, um gemeinsames Vorgehen gegen das Projekt abzustimmen. „Man hat uns bisher nicht mal informiert“, sagt die CDU-Sprecherin Hombruchs, Elisabeth Regener.

Bild mit Unterschrift:

Auf diesem Acker bei Hacheney soll die Superkirche entstehen (WR-Bild: Franz Luthé)

Wie gestern zu erfahren war, sehen die bisherigen Pläne, die noch verschiedene Varianten offen lassen, eine Bebauung von 3'000 der insgesamt 25'000 Quadratmeter großen Fläche vor. Der Rest soll zur Parkanlage werden. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung sieht in dem Projekt schwere Eingriffe in den Naturhaushalt und empfiehlt „Ausgleichsmaßnahmen“.

Ruhr-Nachrichten, 28. April 1989

Grüne fragen zur Großkirche

Die Fraktion der Grünen im Rat stellt zur nächsten Sitzung des Grünausschusses etliche Fragen zu der geplanten Großkirche der Neuapostolischen in Hacheney. Sie wollen wissen, wie sich die Pläne auf

Umwelt und Verkehr auswirken, ob die Neuapostolische Gemeinde ein Grundstück an der geplanten B 236 n als „Faustpfand“ eingesetzt habe und ob es Alternativstandorte für Hacheney gebe. Die Grünen wollen den Widerstand der Bevölkerung gegen den Bau an dieser Stelle unterstützen.

Westfälische Rundschau, 28. April 1989

Dringlichkeitsantrag der Grünen

Widerstand gegen das Gemeinde-Zentrum

Die Grünen im Rathaus werden den Widerstand von Bürgern, Naturschützern und des Beirates der Unteren Landschaftsbehörde gegen die Bebauungsabsichten der Neuapostolischen Gemeinde unterstützen. Die Neu-Apostolische Gemeinde plant in Hacheney ein Zentrum für 5'000 Besucher (WR berichtete).

„Falls die Behauptung zutrifft, dass die Neu-Apostolische Gemeinde über ein Grundstück für die B 236 n verfügt und dieses als eine Art ‚Faustpfand‘ einsetzt, so muss die Stadt Dortmund klar und deutlich zum Ausdruck bringen, dass sie nicht erpressbar ist“, erklärte Petra Kesper für die Grünen.

Ein weiterer Ausverkauf der letzten verbliebenen Freiräume sei auf keinen Fall zu rechtfertigen. Auch wenn es sich mal wieder „nur“ um relativ belastete Ackerflächen handele, sei das ganze Gelände für die Naherholung und für die gesamtstädtische Durchgrünung so wichtig, dass an dieser Stelle kein Platz für ein Gemeindezentrum ist, das hohe Verkehrsbelastungen nach sich zieht.

Die Grünen stellten einen Dringlichkeitsantrag an den Planungsausschuss, um in der Sitzung (10. Mai) eine Stellungnahme der Verwaltung zu dem Vorhaben zu erhalten.

5

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 28. April 1989

Rolf Maug:

Kaum Spielraum

Die Zusage der Stadt an die neuapostolische Gemeinde, ihr 30-Millipnen-Bauvorhaben auf einem Acker zwischen B 54, Zillestrasse und Tierpark in Hacheney verwirklichen zu können, scheint unumstößlich. Wenn sich jetzt Widerstand regt, so liegt das auch an der Tatsache, dass die Diskussion um die Standortfrage bislang hinter verschlossenen Türen geführt wurde. Der Rat hat sich da höchstens noch zwischen Bauvarianten zu entscheiden.

Andererseits hält die Gemeinde nun wirklich gute Karten in der Hand und reist sie voll aus. Zum einen hat sie mit Gustav Schulze einen Architekten gewinnen können, dessen Wort in der SPD-Mehrheitsfraktion und bei der Stadtverwaltung etwas gilt.

Die Neuapostolische Kirche hat aber noch ein zweites Eisen im Feuer: Ein Grundstück am Westfalendamm, das der Bund dringend benötigt, um die B 1 an die neue Trasse der B 236 anbinden zu können. Ein Pfund also, mit dem sich trefflich wuchern lässt.

Ob das Großvorhaben an der Zillestrasse wirklich so fehl am Platze ist, wie die Anwohner und die Ratsopposition meinen, wird sich noch herausstellen. Noch ist unbekannt, in welchem Masse das

Kongresszentrum Besucher und damit zusätzlichen Verkehr anzieht. Der Spielraum freilich, den – gerade an Wochenenden – die auf den Tierpark zurollende Blechlawine lässt, ist eng.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 28. April 1989

Großkirche: SDU bringt anderen Acker ins Spiel

Bau an B 1 in Schüren weniger problematisch

Widerstand regt sich gegen den Beschluss der Verwaltungsspitze zum Bau einer Großkirche der neuapostolischen Gemeinde auf der Ackerfläche zwischen B 54, Zillestrasse und Tierpark in Hacheneu. In der nördlich gelegenen Siedlung kursieren bereits Protestlisten. Und Schützenhilfe für die Bürgerinitiative kommt von den Oppositionsparteien im Rathaus.

Nach einem Treffen der CDU-Fraktionen in den Bezirksvertretungen Hombruch und Hörde meldet Heinz-Hermann Busen, CDU-Sprecher in Hörde, „erhebliche Bedenken“ an: Nicht gegen das Zentrum selbst, aber gegen den Standort.

Busen: „Leider kennen wir die Pläne noch nicht. Aber nach unseren Informationen rollen an jedem Wochenende 100 Busse zu dem Kongresszentrum. Und wenn dann noch die Besucher zum Tierpark fahren – das gibt ein Fiasko.“

Im Gespräch sei auch gewesen, so Busen, das Millionen-Projekt südlich der B 1 in Schüren zu verwirklichen. „Da störte es niemanden.“

„Ein weiterer Ausverkauf der letzten Freiräume“, so die Grünen-Fraktion, „ist auf keinen Fall zu rechtfertigen.“ Sie verlangen von der Verwaltung Auskunft über die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung für den Standort Hacheneu. Und sie wollen wissen, welche Alternativstandorte erwogen und warum verworfen wurden.

6

Ruhr-Nachrichten, 29. April 1989

Bürger gegen Neuapostolische Kirche

Hacheneu. In Hacheneu hat sich eine Bürgerinitiative gegen den Bau des Neuapostolischen Zentrums gegründet.

In einem Schreiben an den Oberbürgermeister und den Rat der Stadt Dortmund fordern die Bürger, dem Bau eines Landeskongresszentrums und einer Neuapostolischen Großkirche auf dem Gelände zwischen Hüttenbruchweg (Hacheneuer Wäldchen) und B 54, nördlich der Zillestrasse, nicht zuzustimmen. Gegen diese Pläne hatten Umweltschützer, der Tierpark Planer und Politiker aller Parteien und viele Bürger schwere Bedenken erhoben.

Die Zerstörung des Grüngürtels und des Naherholungsgebietes müsse verhindert werden.

Westfälische Rundschau, 6. Mai 1989

Superkirche in Hacheneu: Grüngürtel wird zum Zubetonieren freigegeben

Leser schreiben

Betrifft: „Bürger-Protest gegen Superkirche auf dem Acker“, WR vom 27.4.89

Über den geplanten Bau einer Superkirche nebst Kongresszentrum, Parkplätzen usw. auf dem Rest-Grünland Ecke B 54 / Zillestrasse mag man aus ökologischer Sicht zu recht besorgt sein. Diesen Grün-Schwund aber mit einer lange schon beabsichtigten und für die Zukunft wichtigen Flächenerweiterung des Tierparks gleichzusetzen, ist ganz und gar unpassend. Der Tierpark ist grün, und wohin er sich auch immer ausdehnen mag, bleibt es grün! Sonst würden wahrscheinlich keine dreiviertel Million Tierpark-Besucher von nah und fern alljährlich ihre Schritte zum Spaziergang hierher lenken. Frau Ute Lukrafka und die Anwohner mögen diesen Unterschied wohlüberlegt ins Auge fassen, wenn es um's Für oder Wider zu der einen oder anderen Sache geht.

Dr. phil. Nat. Wolf Bartmann,
Leiter des Tierparks,
Mergelteichstr. 89

*

Nicht nur die direkt vom Bau des neuapostolischen Prunkpalastes betroffenen Bürger sind entsetzt über diese Planungsabsicht, sondern auch viele natur- und umweltbewusste Bürger im weiteren Umfeld von Hachenedy.

Es geht hier nicht im geringsten darum, zu begründen warum man gegen den Bau von religiösen Palästen ist, jede natürliche Freifläche in Dortmund ist schützenswert! Es ist darum die Pflicht aller auf kommunalpolitischer Ebene tätigen Parteien, sich für den Erhalt der Freifläche an der Ecke B 54 / Zillestrasse aktiv einzusetzen. Denn Kommunalpolitiker werden nicht aus dem Grunde gewählt, um sich gegen die Interessen der Bürger zu stellen, sondern vielmehr um die berechtigten Belange der Bürger zu vertreten.

Jürgen Wäscher
Wipelweg 11

*

Es ist doch immer wieder erstaunlich, wie Politiker und Planer über die Köpfe der Bürger hinweg Entscheidungen treffen. Da muss man lesen, dass mal wieder ein Flächennutzungsplan zugunsten eines riesigen Bauvorhabens geändert werden soll, ganz so, als ob Flächennutzungspläne nur zum Spaß aufgestellt werden und niemals einen Sinn haben. Schon wieder wird ein Grüngürtel zum Zubetonieren freigegeben. Dabei ist unsere Stadt doch angeblich so stolz auf das viele Grün. Aber offensichtlich weiss man hinter den Schreibtischen nicht mehr, wie die Farbe grün aussieht.

Es ist ja verständlich, dass die Neuapostolen für ihr Kongresszentrum ein Grundstück in landschaftlich reizvoller Umgebung suchen, denn wer würde schon gerne in einem Gewerbegebiet bauen? Doch sollte man auch mal an die Dortmunder Bürger denken, die bei ihren Spaziergängen auch möglichst viel Grün genießen wollen.

Anette Gamisch
Lindemannstrasse 5

Kirchenbau am Tierpark: SPD sagt Nein

Nach der CDU macht jetzt auch der SPD-Ortsverein Wellinghofen Front gegen den von der Neuapostolischen Kirche geplanten Bau eines Gotteshauses auf dem Gelände zwischen B 54 und Hüttenbruchweg am Tierpark.

Sollte die Verwaltung das Vorhaben genehmigen, würde die SPD ihr Veto gegen den Bau einer Anschlussstrasse zwischen Zille- und Hacheneystrasse einlegen.

Ratsherr Horst Lapornik kündigte an, er werde keinem Bebauungsplan-Beschluss zustimmen, solange nicht ein Gutachten zur Umweltverträglichkeit vorliege.

Westfälische Rundschau, 5. Mai 1989

Ratsvertreter Horst Lapornik: Keine Zustimmung ohne Veröffentlichung des Umweltgutachtens

Wellinghofer SPD meldet Widerstand gegen Großkirche an

(hb) Widerstand gegen die Pläne, auf der Grünfläche im Winkel von Zillestrasse und B 54 eine Großkirche zu bauen, kündigt die örtliche SPD an. Nach ausführlicher Diskussion im Ortsverein Wellinghofen teilt dessen Sprecher Willi Tietz mit, dass die Sozialdemokraten nicht mit dem Vorgehen der Verwaltung einverstanden seien.

Auf der Freifläche wollen die Neuapostolischen Gemeinden ein Zentrum für NRW mit Platz für 5'000 Besucher, 600 PKW und 100 Omnibussen errichten. Der Wellinghofer SPD-Ratsvertreter Horst Lapornik kündigt an, dass er keinem Beschluss für einen Bebauungsplan zustimmen werde, bevor nicht das Gutachten zur Umweltverträglichkeit vorgelegt und veröffentlicht werde. Ein solches Gutachten wurde auf Beschluss des Planungsausschusses schon im Dezember 1997 in Auftrag gegeben, aber bis heute nicht bekanntgegeben.

Vielmehr wolle die Verwaltung des Ratsgremien den Standort als unter 12 Standorten am besten geeignet empfehlen. In informierten Kreisen heißt es, dass die Kirche ein Grundstück am Nussbaumweg, das für den Bau der B 236n benötigt wird, als „Faustpfand“ eingesetzt habe.

Für den Fall, dass die Gutachter eine Bebauung für unbedenklich halten, stellt die Wellinghofer SPD klar, dass sie einer neuen Strasse zwischen Zillestrasse und Hacheneystrasse auf keinen Fall zustimmen werde, und dass eine Bebauung des nördlichen Teils des Geländes, der an die Glückaufsegenstrasse angrenzt, für sie von vorneherein auszuschließen sei.

Für das an die Siedlung angrenzende Gelände will der Ortsverein eine Aufforstung durchsetzen, die mindestens zwei Drittel des jetzigen Ackergeländes umfasst.

Westfälische Rundschau, 13. Mai 1989

Super-Kirche: Wir hoffen auf die Einsicht der Politiker

Betrifft: Leserbrief „Superkirche in Hacheneyst: Grüngürtel wird zum Zubetonieren freigegeben“

Ich freue mich, dass auch Dr. Wolf Bartmann, Leiter des Tierparks, sich gegen den geplanten Bau einer Superkirche nebst Kongresszentrum, Parkplätzen usw. auf dem Restgrünland zwischen B54 /

Zillestrasse und Hacheneyer Wäldchen in Dortmund-Hachenevy ausspricht. Gleichermassen sprechen sich auch Herr Jürgen Wäscher und Frau Annette Gamisch gegen den Bau eines Landeskongresszentrums mit Großkirche im Grüngürtel der Stadt Dortmund in Dortmund-Hachenevy aus.

Ich hoffe auf die Einsicht unserer Ratsvertreter aus allen Fraktionen, **dass sie sich weder erpressen lassen, noch durch den Namen eines bekannten Architekten oder durch viel Geld beeinflussen lassen**, der Verwaltung nachzugeben und den Bau eines Landeskongresszentrums mit Großkirche für 5'000 Personen im Grüngürtel der Stadt in Dortmund-Hachenevy zu genehmigen.

Viele Dortmunder Bürger, Politiker und Naturschützer haben vor dem Bau einer solchen Großkirche im Grüngürtel gewarnt. Neben anderen schädlichen Umwelteinflüssen gäbe es eine Verkehrskatastrophe, wenn zu den vielen tausend Besuchern des Tierparks am Wochenende noch 5'000 Anreisende zur Großkirche kämen. Es ist an der Zeit, dass unsere Ratsvertreter ein deutliches Wort sprechen.

Friedrich Högger
Glückaufsegenstrasse 104
4600 Dortmund 30

Offener Brief an Herrn Oberbürgermeister Günter Samtlebe und die Mandatsträger der im Rat vertretenen Fraktionen:

Wir, die Unterzeichner, erwarten von Ihnen, dass Sie den Bau eines Landeskongress-Zentrums und einer Neuapostolischen Großkirche auf dem Gelände zwischen Hüttenbruchweg (Hacheneyer Wäldchen) und B 54, nördlich der Zillestrasse, nicht zustimmen. Gegen die Pläne der Neuapostolischen Kirche und ihres Architekten Gustav Schulze haben Umweltschützer, der Tierpark, Planer und Politiker aller Parteien und viele Bürger schwere Bedenken erhoben. Wir wollen nicht die Zerstörung des Grüngürtels und Naherholungsgebiets unserer Stadt. Wir erwarten Ihre Unterstützung.

Annette Gamisch
Lindemannstrasse 5
4600 Dortmund 1
und 428 Unterschriften

Westfälische Rundschau, 13 Mai 1989

Proteste gegen Kirchen-Projekt

Mit einem Schreiben an die Ratsfraktionen und den Oberbürgermeister haben 428 Bürger vernehmlich aus Hachenevy gegen den geplanten Bau eines Gemeindezentrums der Neuapostolischen Kirche auf einer landwirtschaftlichen Grünfläche (WR berichtete) an der Ecke B 54 / Zillestrasse protestiert. Die Bürger fürchten vor allem das zu erwartende Verkehrsaufkommen sowie die Zerstörung eines Grüngürtels.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 13. Mai 1989

Grüngürtel im Süden muss erhalten bleiben

Betr: Kirchenneubau

„Herr Maug erweckt in seinem Kommentar „Kaum Spielraum“ den Eindruck, dass es unumstößlich sei, dass die neuapostolische Gemeinde ihr 30-Millionen-Bauvorhaben auf einem Acker zwischen B 54 / Zillestrasse und Hacheneyer Wäldchen in Dortmund-Hacheney verwirklichen kann. Ich kann dem Herrn Maug nicht folgen.

Ich selbst war mehr als 20 Jahre in der Kommunalpolitik tätig und habe mir meine Sachentscheidungen nie von der Verwaltung vorwegnehmen lassen. So glaube ich auch heute noch, dass die Ratsmitglieder aller Fraktionen aus eigener Urteilskraft über die Sache entscheiden.

Ich habe in anderer Sache schon mal geschrieben, dass ich nicht glaube, dass die Stadt Dortmund erpressbar ist. Ob der Architekt Gustav Schulze heißt, die Neuapostolische Kirche ein Grundstück am Westfalendamm hat oder möglicherweise viel Geld im Spiel ist, dürfte unsere Volksvertreter in ihrer Entscheidung nicht beeinflussen. Ich hoffe, dass das neuapostolische Landeskongresszentrum in Hacheney nicht gebaut wird und der Grüngürtel im südlichen Dortmund für die Bevölkerung erhalten bleibt.“

Friedrich Högger

Glückaufsegenstrasse 104

4600 Dortmund 30

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 13. Mai 1989

428 Bürger lehnen die Großkirche ab

In Hacheney – Protestbrief an den OB

Der Beschluss der Verwaltungsspitze, der Neuapostolischen Gemeinde grünes Licht zum Bau eines Kongresszentrums für 5'000 Besucher auf einem Ackergelände zwischen Tierpark, Zillestrasse und der B 54 in Hacheney zu geben, stößt in der Bürgerschaft auf Ablehnung. Anwohner Friedrich Högger aus der Glückaufsegenstrasse hat jetzt dem Oberbürgermeister und allen Ratsmitgliedern einen Protestbrief zugesandt, dem 428 Dortmunder unterschrieben haben.

Grüngürtel bedroht

Sie wenden sich nicht gegen das 30-Millionen-Projekt selbst, sondern gegen den ins Auge gefassten Standort. Hier werde ein Grüngürtel im Süden der Stadt zerstört, der nicht nur von Dortmundern als Erholungsgebiet genutzt werde.

Die Untersreiber fordern die Ratsmitglieder auf, sich von keiner Seite unter Druck setzen zu lassen, und drohen mit Wahlboykott, falls der aktuellen Planung zugestimmt werde.

CDU und Grüne hatten den Bau der Großkirche in Hacheney bereits abgelehnt. Und auch der Ortsverein Wellinghamfen der SPD macht Front gegen das von dem Dortmunder Architekten Gustav Schulze entworfene Millionen-Projekt. Bereits im Dezember 1987 habe der Planungsausschuss ein Gutachten über die Umweltverträglichkeit in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse seien bis heute nicht veröffentlicht.

Ruhr-Nachrichten, 14. / 15. Mai 1989

Unterschriften gegen Großkirche

Gegen den geplanten Bau einer Großkirche und eines Kongresszentrums der Neuapostolischen Kirche in Hachenev regt sich weiter Widerstand. Friedrich Högger sandte im Namen von 428 Unterzeichnern ein Schreiben an Oberbürgermeister Günter Samtlebe und die im Rat vertretenen Fraktionen. In dem Brief heißt es unter anderem: „Gegen die Pläne der Neuapostolischen Kirche und ihres Architekten Gustav Schulze haben Umweltschützer, der Tierpark, Planer und Politiker aller Parteien und viele Bürger schwere Bedenken erhoben. Wir wollen nicht die Zerstörung des Grüngürtels und Naherholungsgebietes unserer Stadt.“

Ruhr-Nachrichten, 14. / 15. Mai 1989

Bürgerinitiative kämpft gegen den Bau eines Kongresszentrums und einer Großkirche

„Grüngürtel muss weiter der Erholung dienen“

Ein Schreiben der Bürgerinitiative Hachenev erreichte die Redaktion. Die Initiative kämpft gegen den Bau eines Landeskongress-Zentrums und einer neuapostolischen Großkirche auf dem Gelände zwischen Hüttenbruchweg und B 54, nördlich der Zillestrasse (RN berichteten). Friedrich Högger, Glückaufsegenstrasse 104, schreibt: 428 Bürger haben in einem Schreiben (vom 11.5.) an den Oberbürgermeister Samtlebe und Mandatsträger aller im Rat der Stadt Dortmund vertretenen Fraktionen, einschließlich der FDP-Kreispartei, gefordert, einer Zerstörung des Grüngürtels im Dortmunder Süden und Naherholungsgebietes durch die erwähnte Bebauung nicht zuzustimmen.

Die Unterzeichner erwarten, dass die Mandatsträger aller Parteien nicht gegen die schweren Bedenken der Bürger, von Umweltschützern, des Tierparkdirektors, Planern und Politikern aller Parteien entscheiden. Wir fordern unsere Vertreter im Rat der Stadt Dortmund auf, sich von niemanden unter Druck setzen zu lassen.

Wir werden bei der kommenden Kommunalwahl am 1. Oktober die Bürger auffordern, den Parteien und Kandidaten ihre Stimme zu versagen, die für die Zerstörung des Grüngürtels in Dortmund-Hachenev stimmen. Zu diesem Zweck werden entsprechende Flugblätter vorbereitet. Unterschrieben haben Bürger aus dem gesamten Dortmunder Stadtgebiet, ja einige sogar aus Dortmund vorgelagerten Städten. Sie alle nutzen das Hachenev Wäldchen und den Grüngürtel zur schnell erreichbaren Erholung.

Ich betone nochmals, dass es uns nicht darum geht, den Bau einer Kirche zu verhindern: aber hier geht es um ein Landeskongresszentrum mit Großkirche, bei der am Wochenende mit 5'000 Besuchern zu rechnen ist. Einige Politiker haben andere Stellen für ein solches Vorhaben bereits genannt.

Westfälische Rundschau, 20. Mai 1989

Bei Wahl Protest gegen Kirchenplanung

Betr.: Bau des Kirchenzentrums in Hachenev.

Nach vielen vorhergehenden Bürgerprotesten gegen den Bau eines Landeskongress-zentrums und einer 5'000 Personen umfassenden neuapostolischen Großkirche in Hacheneu haben 428 Bürger in einem Schreiben an Oberbürgermeister Günter Samtlebe und Mandatsträger aller Fraktionen gefordert, einer solchen Zerstörung des Grüngürtels im Dortmunder Süden nicht zuzustimmen.

Die Unterzeichner erwarten, dass die Mandatsträger nicht gegen die schweren Bedenken der Bürger, von Umweltschützern, des Tierparkdirektors, Planern und Politikern aller Parteien entscheiden.

Wir fordern unsere Vertreter im Rat auf, sich von niemandem unter Druck setzen zu lassen. Wir werden bei der Kommunalwahl die Bürger auffordern, denjenigen Parteien und Kandidaten ihre Stimme zu versagen, die für die Zerstörung des Grüngürtels stimmen. Unterschrieben haben Bürger aus dem gesamten Dortmunder Stadtgebiet, ja, einige sogar aus Dortmund vorgelagerten Städten.

Friedrich Högger

Glückaufsegenstrasse 104

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 23. Mai 1989

Großkirche: Stadträte setzen sich über ‚nein‘ aus Umweltamt hinweg

Verwaltungsspitze orientiert sich lieber an Gutachten

Die umstrittene Entscheidung der Dezernentenkonferenz der Stadt, den von der Neuapostolischen Gemeinde gewünschten Bau einer Großkirche mit 5'000 Plätzen in Hacheneu abzusegnen, fiel gegen das Votum des eigenen Umweltamts. Das geht aus der Antwort von Bernd Reiff, Planungs- und Umweltdezernat, auf eine Anfrage der Grünen hervor, die am Mittwoch auf der Tagesordnung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Planung steht. Die Deutsche Projekt Union (Essen), mit einer Ersteinschätzung der Umweltverträglichkeit beauftragt, war bereits im Juli ‚88 zu dem Schluss gekommen, die Bauvoranfrage könne nicht abgelehnt werden. Das Umweltamt hingegen zeigte dem 30-Millionen-Projekt die kalte Schulter; die Gutachter hätten aus selbst ermittelten Belastungen nicht den richtigen Schluss gezogen.

Kirche speckt bei Parkplätzen ab

Auf Drängen der Verwaltung muss Architekt nachbessern

Auf Drängen des Umweltamts hielt das Planungsamt jedoch Ausschau nach anderen Standorten für die Großkirche der Neuapostolischen Gemeinde. In der Diskussion waren Grundstücke in Oespel (Borussia- / Kämpchenstrasse), Aplerbeck (B 1 / Kliniken) und Lütgendortmund (Lütgendortmunder Hellweg / Werner Hellweg). Doch die Verwaltungsspitze favorisierte nach „sorgfältigem Abwägungsprozess“ schließlich doch das Grundstück in Hacheneu zwischen B 54, Hüttenbergweg, Zille- und Glückaufsegenstrasse. Allerdings musste Architekt Gustav Schulze die Planung überarbeiten.

Die Erschließung über eine Durchgangsstrasse zwischen Zille- und Hacheneuer Strasse kommt nicht in Frage. Stattdessen soll eine Stichstrasse vom Knoten B 54 zur Zillestrasse gebaut werden. Außerdem muss Schulze die versiegelten Flächen erheblich zusammenstreichen.

Auf dem Grundstück selbst sollen nur 50 Busse und bis 100 Pkw parken. Die restlichen Fahrzeuge sollen zum Schulzentrum Hacheneu ausweichen – den an Wochenenden allerdings auch Besucher des Tierparks ansteuern.

Die zusätzlichen Verkehrsbelastungen hält Stadtrat Reiff für erträglich. Die Großveranstaltungen, zu denen in der Regel an einem Sonntag im Monat zwischen 4'500 und 5'000 Besucher erwartet werden, beginnen nach Angaben der Gemeinde zwischen 9:30 und zehn Uhr. Sollte die Bundesbahn keine Sonderzüge einsetzen, müsse mit 100 Bussen und etwa 150 Pkw gerechnet werden. Eine Überlagerung mit dem sonntäglichen Ausflugsverkehr sei zu diesen Zeiten „in der Regel nicht zu erwarten“, meint der Planungsdezernent.

rm

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 24. Mai 1989

Umweltdezernent bläst Ratsdebatte über Großkirche ab

Die Debatte im Stadtparlament über den Wunsch der Neuapostolischen Gemeinde, an der B 54 in Hacheneu eine Großkirche mit 5'000 Plätzen zu errichten, ist zunächst einmal abgeblasen.

Wie Planungs- und Umweltdezernent Bernd Reiff gestern mitteilte, könne der ursprünglich für Juni vorgesehene Termin für den Ratsbeschluss, einen Bebauungsplan für das bisher landwirtschaftlich genutzte Gelände aufzustellen, nicht eingehalten werden.

Umweltdezernent Reiff: „Vermutlich wird der Rat erst im September entscheiden. Aber auch das ist noch nicht sicher. Es gibt erheblichen Diskussionsbedarf.“

Nach Reiff lehnt das Umweltamt das Vorhaben weiterhin ab. „Dort gibt es erhebliche Vorbehalte“, sagt Reiff. „Und die nehme ich sehr ernst. Warum soll ich damit hinterm Berg halten.“

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 24. Mai 1989

Rolf Maug

Kirche wackelt

Der neue Planungs- und Umweltdezernent steckt in der Zwickmühle: Einerseits muss er „seinem“ Umweltamt, das die Großkirche in Hacheneu weiter torpediert, in der Dezernentenrunde die Stange halten. Andererseits muss er den Beschluss der Verwaltungsspitze, das Grundstück – aller Umweltbedenken zum Trotz – abzugeben, nach außen hin vertreten. Hinzu kommt, dass diese Entscheidung fiel, als Reiff noch nicht in Dortmund war.

Wenn Bernd Reiff – sicher nicht im Alleingang – den ersten Rückzieher macht, dann muss das Anlass zu Spekulationen geben. Es könnte in der Tat die massive Kritik aus der Öffentlichkeit und von den Oppositionsparteien im Rat sein, die die Verwaltungsspitze beeindruckt. Die Formulierung „erheblicher Diskussionsbedarf“ weist in diese Richtung.

Möglicherweise bedeutet die Aussetzung der Ratsdebatte aber auch, dass das 30-Millionen-Projekt auf dem Acker auch in der SPD-Mehrheitsfraktion noch keine Mehrheit hat. Sicher ist, dass die Meinungen unter den SPD-Ratsmitgliedern noch auseinandergehen. Also: Politisch nicht durchsetzbar – wie etwa die Untertagedeponie in Eving?

Längst hat sich der bedrohte Acker in Hacheneu zu einem (Wahl-)Prüfstein für die SPD ausgewachsen. Da muss die Mehrheitsfraktion beweisen, wie ernst sie ihren Vorsatz nimmt, Natur und Umwelt zu schonen. Arbeitsmarktpolitische Argumente ziehen hier jedenfalls nicht.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 24. Mai 1989

CDU: Anderen Standort für Großkirche

Die CDU-Fraktion will dabei helfen, für die geplante Großkirche der Neuapostolischen Gemeinde einen neuen Standort zu suchen.

Wie Theo Schwill, Sprecher im Planungsausschuss, gestern nach einer Fraktionssitzung mitteilte, begrüße man vom Grundsatz her die Absicht der Gemeinde, in Dortmund eine Zentralkirche für NRW zu errichten. Es müsse allerdings ein günstigerer Standort gefunden werden, der sowohl den Wünschen der Gemeinde wie auch der Meinungsbildung in der Bevölkerung entgegenkomme.

Ruhr-Nachrichten, 24. Mai 1989

CDU wünscht Prüfung neuer und alternativer Standorte:

Kirchenzentrum in Hacheney nicht letztmögliche Lösung

Von H. H. Horstendahl

Die CDU begrüßt die Entscheidung der Neuapostolischen Kirche, in Dortmund ein neues Kirchen- und Kongress-Zentrum zu bauen. Sie wünscht aber ausdrücklich die Prüfung alternativer Standorte.

Auf diese Formel bringt Ratsherr Franz-Josef Buschmann die Auffassung der CDU-Fraktion. „Generell freuen sich die Dortmunder, dass ein solches Kirchenzentrum für die ganze Bundesrepublik, ausgelegt für 5'000 Besucher, nach Dortmund kommen und das Ansehen der Stadt mehren soll. Doch muss ein Standort gefunden werden, der sowohl den Wünschen der Kirche als auch den Interessen von Stadt und Bürgern entspricht“.

Buschmann spielt damit an auf die heftigen Einwände, die von den CDU-Ortsunionen und einer Bürgerinitiative gegen ein solches Zentrum in Hacheney – im Winkel zwischen Ruhrwaldstrasse und Zillestrasse – vorgebracht worden waren. Dabei ging es einmal um zusätzliche Verkehrsbelastungen, nicht ausreichende Parkplätze (u.a. für 100 Busse), vor allem aber um die Platzierung des Zentrums mitten in den Grüngürtel. Das ist auch das Argument des Umweltamtes gegen den Standort Hacheney.

Andere Standorte waren von der Verwaltung und der Kirche geprüft worden, doch erwiesen sich die verkehrlichen Anbindungen oder die Flächen als nicht ausreichend.

Abbildung: (Lageplan mit Rehabilitationszentrum, Tierpark, Wohngebieten, Ruhrwaldstrasse, Zillestrasse und Dem großen Komplex mit Parkplätzen der Neuapostolischen Kirche)

Text: Das Gelände, das die Neuapostolische Kirche für ihr Kirchen- und Kongresszentrum ins Auge gefasst hat, liegt im Winkel zwischen Ruhrwaldstrasse und Zillestrasse

„Städtebaulich ist eine solche Anlage gewiss reizvoll – aber auch an anderen Stellen denkbar“, hofft Buschmann auf einen möglichen Kompromiss. „Kirche und Bürger müssen gute Nachbarschaft üben. Ein Streit über Jahre hinweg bietet keine gute Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander“.

Die Frage, ob ein solcher Standort etwa auch in Nähe zur Uni oder zur Westfalahalle denkbar wäre – zur Nutzung der Parkplätze – lässt Buschmann unbeantwortet: „Wenn beide Seiten wollen, findet sich auch ein Standort, der beiden Seiten gerecht wird.“

Ruhr-Nachrichten Nr. 120, 25. / 25. Mai 1989 – Dortmunder Zeitung

Neuapostolische Kirche noch ohne Beschluss

Kirchenzentrum bleibt weiter offen

Von H. H. Horstendahl

Die Ratsfraktionen erwarten von der Verwaltung im September eine detaillierte Vorlage zu den Plänen der Neuapostolischen Kirche, in Dortmund ein Kirchen- und Kongresszentrum zu errichten.

Das war die einhellige Meinung im Planungsausschuss, der sich mit der Vorlage der Verwaltung nicht zufrieden gab. Vor allem seien die Bedenken des Umweltamtes gegen den Standort Hacheneu nicht ausreichend begründet, meinten Zeidler und Tech für die SPD.

Erkennbar war, dass sowohl SPD als auch CDU die Pläne zur Errichtung eines solchen Zentrums in Dortmund begrüßen. Während die SPD zu erkennen gab, dass sie auch den Standort Hacheneu wohl akzeptieren würde, stellte die CDU heraus, dass auch andere Standorte eingehend zu untersuchen und vorzustellen seien.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 15. / 26. Mai 1989

Ausschuss zögert mit Segen für Großkirche

Auch der Planungsausschuss zögert, dem Bau einer Zentralkirche der Neuapostolischen Gemeinde an der B 54 / Zillestrasse in Hacheneu grünes Licht zu geben.

Auf Vorschlag von Horst Zeidler, Vorsitzender der SPD-Mehrheitsfraktion, begrüßte der Ausschuss gestern die Absicht, eine Großkirche in Dortmund zu errichten.

Gleichzeitig aber beauftragten die Politiker die Verwaltung, weitere mögliche Standorte in die Überlegungen einzubeziehen. In der ersten September-Sitzung solle Planungsdezernent Bernd Reiff dem Ausschuss dann einen Bericht geben.

„Mit dem 1. Oktober hat das gar nichts zu tun“, meinte SPD-Fraktionschef Zeidler. „Schließlich stehen jetzt alle sechs Monate Wahlen an.“

Westfälische Rundschau Nr. 120, 25. / 26. Mai 1989 – Dortmunder Rundschau

Gestern Diskussion im Planungsausschuss um Projekt in Hacheneu

Neue Standorte für Großkirche prüfen

(FB) Die Diskussion um die geplante Großkirche der Neuapostolischen Kirche in Hacheneu geht in die nächste Runde.

Das Umweltamt der Stadt hatte ernste Bedenken gegen die Umweltverträglichkeit des Großprojekts geäußert. Die von der Stadt beauftragte Deutsche Projekt Union hingegen war bereits im Juli 88 zu dem Schluss gekommen, dass sich keine zwingenden Ausschlusskriterien gegen den 30-Milluionen-Bau ableiten lassen. Das wurde gestern im Planungsausschuss bei der Diskussion der schriftlichen Antwort auf eine Anfrage der „Grünen im Rathaus“ deutlich.

Während Petra Kesper die Großkirche in ihrer geplanten Form unabhängig vom Standort in jedem Fall „ziemlich umweltunverträglich“ nannte, setzten sich SPD und CDU dafür ein, neben Hacheneey weitere Standorte für das Projekt zu prüfen.

„Grundsätzlich Begrüßen wir die Absicht der Neuapostolischen Kirche, sich hier niederzulassen“, hieß es unisono. Allgemeine Vorbehalte gebe es nicht. Im September sollen dem Ausschuss weitere Standorte zur Diskussion vorgelegt werden.

Wie die Verwaltung mitteilte, werden bei den Veranstaltungen 4'500 bis 5'000 Menschen erwartet. Nach Angaben der Kirche ist dabei mit zirka 100 Bussen zu rechnen. Bei der Abwicklung des fließenden Verkehrs am Abfahrohr B 64 / Zillestrasse entstünden keine Probleme.

Ruhr-Nachrichten, 27. Mai 1989

FDP: Flächen bereithalten

Das Gerangel um das Gelände in Hacheneey für das Neuapostolische Zentrum zeige, dass die Stadt im Sinne eines Landschaftsplanes gewisse kleinklimatisch und ökologisch wichtige Stadtlandschaften unter absoluten Schutz stellen, andererseits aber entsprechende Flächen für Neuansiedlungen bereithalten müsse, meint die FDP.

Zum Neuapostolischen Zentrum warnt die FDP, die Kirche aufgrund politischer Versäumnisse zu benachteiligen. Der Einwand, das Projekt sei nur durchsetzbar, weil der der SPD nahestehende Architekt Gustav Schulze die Pläne entworfen habe, sei vordergründig und unseriös. Das gelte auch für die strikte Ablehnung der CDU.

Westfälische Rundschau, 30. Mai 1989

CDU Wellinghofen

Bürgeranhörung zu Großkirche und Lärmschutz

Wellinghofen. Eine Bürgeranhörung zum geplanten Bau einer Großkirche sowie zu den Lärmschutz-Maßnahmen an der Bundesstrasse 54 findet heute um 20 Uhr in der Gaststätte „Haus Lueg“, Glückaufsegenstrasse 93, statt. Eingeladen hat die Ortsunion Wellinghofen das CDU-Ratsmitglied Hans-Georg Hovermann sowie das Ausschussmitglied für Stadtentwicklung und Planung, Walter Knieling. Hubert Jung vom Ausschuss für Grünflächen- und Umweltschutz und die örtlichen Bezirksvertreter haben ihr Kommen zugesagt.

CDU-Vorstand tagt heute in Hacheney

Hörde. Der Vorstand des CDU-Stadtbezirksverbandes Hörde trifft sich heute (30.5.) um 18:30 Uhr im „Haus Lueg“ in Hacheney. Auf der umfangreichen Tagesordnung wird unter anderem das beabsichtigte Bauvorhaben der Neuapostolischen Kirche in Hacheney erörtert werden. Bei der demnächst vorgesehenen öffentlichen Vorstellung des Wahlkampfprogrammes für die Kommunalwahlen wird der Stadtbezirksverband eine detaillierte Stellungnahme zu dem Projekt in Hacheney abgeben.

Westfälische Rundschau, 1. Juni 1989 (In der WAZ am gleichen Tag ein identischer Artikel)

Protest gegen chaotische Verkehrsverhältnisse im Ortsteil

CDU verweigert Kirchenzentrum in Hacheney politischen Segen

Hacheney. Den Segen der örtlichen CDU-Kommunalpolitiker wird das geplante Bauvorhaben der Neuapostolischen Kirche in Hacheney nicht erhalten. Das war das Fazit einer gut besuchten Bürgerinformationsveranstaltung, zu der die Ortsunion Wellinghofen jetzt in die Gaststätte „Lueg“ eingeladen hatte. Einhellig sprachen sich Kommunalpolitiker und versammelte Anwohner gegen ein Kongresszentrum und eine Großkirche am Standort Hacheney aus.

Extreme Verkehrsbelästigung für die anliegenden Bürger und ohnehin stark frequentierte Strassen in diesem Bereich führen die Christdemokraten vornehmlich als Argument für ihre ablehnende Haltung ins Feld. „Der Ortsteil Hacheney ist durch Verkehrsströme, die von Besuchern der Gewerblichen Schulen, der Frauenfachschule und des Rehabilitations-zentrums verursacht werden, bereits ausgelastet. Da ist es unzumutbar, wenn auf der südlichen Seite des Wohnbereichs ein Zentrum errichtet wird, das an Wochenenden regelmäßig um die 5'000 Besucher anzieht“, schilderte die Wellinghofer Bezirksvertreterin Renate Radke die vorhandenen örtlichen Verkehrsverhältnisse.

„Was nützt den Hacheneyer Bürgern die vorgesehene Lärmschutzwand, wenn durch stinkende Abgase an- und abfahrender Busse und Pkw der Wohnwert arg gemindert wird“, kamen aus den Reihen der Versammlung weitere Unmutsbezeugungen.

Der Wellinghofer CDU-Ortsunionvorsitzende Hans-Joachim Menge befürchtet durch den abfließenden Verkehr, der nach seiner Meinung über die Zillestrasse abgeleitet werden kann, zusätzlich chaotische Verkehrsverhältnisse in Höhe der B 54-Ausfahrt.

Der Landtagsabgeordnete monierte zudem, „dass im Vorfeld konkreter Bauplanungen von der Verwaltung und der Mehrheitsfraktion alles unter der Decke behandelt wird.“ Grund für seine Vorhaltungen: Vor wenigen Tagen habe das kirchliche Projekt, das bisher noch nicht öffentlich zur Diskussion stand, auf der Tagesordnung des Planungsausschusses gestanden.

Dazu seien auch die Fraktionen der Hörder Bezirksvertretung geladen gewesen. Kurzfristig habe man die Bezirksvertreter der drei Fraktionen dann doch wieder ausgeladen mit der Begründung, das strittige Objekt stehe in der Sitzung am 24. Mai nicht zur Diskussion. Behandelt habe man das Thema in der Ausschusssitzung aber dennoch . . .

Dieses seltsame Verhalten veranlasst die christdemokratischen Politiker daher über die Bezirksvertretung Hörde eine Anfrage zu stellen, inwieweit das immense Bauprojekt bisher am Hörder Bezirksparlament vorbeigeplant wurde.

Außerdem möchte MdL Menge eine Anfrage im Düsseldorfer Landtag einbringen, um festzustellen ob das Land seiner Aufsichtspflicht gegenüber der Kommune nachkommt.

Dazu Menge: „Schließlich hat das Umweltamt der Stadt die Bebauung in dem Bereich abgelehnt, weil ein solcher Baukoloss nicht in die Landschaft passt“.

Außerdem wird die CDU-Fraktion einen neuen Standort als Vorschlag unterbreiten, „denn“, so Planungsausschussmitglied Hans-Georg Hovermann, „es ist nicht einzusehen, einen solch wertvollen Grüngürtel, der zudem als Frischluftschneise dient, mit Parkplätzen voll zubetonieren, wenn an anderer Stelle vorhandene Parkflächen genutzt werden können“.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 7. Juni 1989

Kirchen-Kritik

„Größte Bedenken“ gegenüber der geplanten Großkirche am Standort Hacheney trug gestern der Vorsitzende des Beirats der Unteren Landschaftsbehörde, Dr. Heinrich Blana. Vor. Alternative Standorte – beispielsweise an der Borussiastrasse oder in Lütgendortmund südlich der B 1 – müssten noch sorgfältig geprüft werden.

Siehe 3. Lokalseite

Der Verlust wäre kaum aufzufangen

Beirat warnt vor Kirche in Hacheney

„Größte Bedenken“ gegen den Bau einer Großkirche in Hacheney äußerte gestern der Vorsitzende des Beirats der Unteren Landschaftsbehörde, Dr. Heinrich Blana. Er verwies auf Argumente, die der Beirat schon im Oktober 1988 in die Waagschale geworfen hatte: Ein großer Parkplatz, der im Umfeld der Kirche entstehen würde, der schmelzende Freiraum, der wachsende Verkehr – dies alles spreche gegen das Vorhaben der Neupostolischen Kirche an dieser Stelle.

Andere Stellen prüfen

3.5 Hektar bislang un bebauter Fläche würden neben dem Hacheneyer Wald in unmittelbarer Nähe zum Tierpark versiegelt – diesen Verlust könnten Ausgleichsmaßnahmen etwa südlich der Zillestrasse kaum auffangen, meinte Dr. Blana.

Er sprach sich dafür aus, andere Standorte zu überprüfen: etwa an der Borussiastrasse oder in Lütgendortmund, südlich der B 1, direkt an der Stadtgrenze zu Bochum. Am Schürener Feld jedoch, das das Planungsamt ebenfalls in Erwägung zieht, wäre der Landschaftsverlust genauso gross wie in Hacheney.

Bei allen Überlegungen müssten die Umweltbelastungen und die Interessen des Investors gleichrangig berücksichtigt werden, verlangte Dr. Blana, der sagte, der Standort Hacheney sei „noch nicht aus dem Rennen“.

Geplantes Großkirchen-Projekt

Gutachten kritisiert: Ökologen sehen Grün in Hacheneu gefährdet

Der Beirat zur Unteren Landschaftsbehörde wendet sich gegen die Ansiedlung einer Großkirche in Hacheneu. Aus ökologischen Gründen seien andere Standorte, etwa in Lütgendortmund oder Oespel, umweltverträglicher. So die einhellige Meinung in der gestrigen Sitzung des Beirats. Noch weniger geeignet als Hacheneu seien dagegen die Wiesen zwischen Schüren und Westfalendamm, die ebenfalls im Gespräch sind.

Dr. Heinrich Blana, Vorsitzender des Beirats, kritisierte besonders ein vorläufiges Gutachten zur Umweltverträglichkeit, das den Standort Hacheneu favorisiert: „Der Vergleich zwischen den möglichen Standorten ist dort nicht ausgewogen.“ Die Argumente seien nicht stichhaltig.

So bewerte der Gutachter den geplanten Großparkplatz der Kirche als Steigerung des Erholungswertes der nahen Park- und Waldgebiete. Für den Standort Hacheneu werde als Pluspunkt angeführt, eine Kirche diene der Gesundheit der Bevölkerung. „Von der grossflächigen Versiegelung durch den Großparkplatz ist dagegen nicht die Rede.“

Dr. Blana nannte die vorliegende Verträglichkeits-Ersteinschätzung „kanalisiert“. „Ein so schlechtes Gutachten habe ich selten gesehen“, sagte der Beiratsvorsitzende. „Die Stadt sollte in Zukunft das Gutachterbüro meiden.“

Gegen den Standort Hacheneu spricht für Dr. Blana eben die intensive Nutzung von Tier- und Rombergpark. Der kleine Parkbereich werde durch die Kirche sowie durch ein ausgewiesenes Neubaugebiet bis am Heideblick erstickt: „Das größte Problem ist der Verkehr.“

Falls die Neuapostolische Kirche trotz der Einwände der Ökologen nach Hacheneu käme, müsse südlich der Zillestrasse ein Entlastungs-Grüngebiet ausgewiesen werden. Einstweilen hoffe der Beirat jedoch, dass sich die Stadt für einen Alternativ-Standort entscheidet: „Die Stadt soll bei ihrer Entscheidung Umwelt-Aspekte und Investoren-Wünsche gleichrangig bewerten.“

Ruhr-Nachrichten Nr. 131, 8. Juni 1989

Naturschützer warnen:

Autoströme zur Großkirche in Hacheneu

Den Forderungen der Neuapostolischen Kirche, am Hacheneuer Wald (Zillestrasse / Ruhrwaldstrasse) eine Kirche mit 5'000 Plätzen und einem Kongresszentrum zu bauen, dürfe die Stadt nicht nachgeben.

So äußerte sich Dienstag einstimmig der Beirat der Unteren Landschaftsbehörde. Vorsitzender Dr. Heinrich Blana lehnt besonders den großen Flächenverbrauch für den Autoverkehr ab: „Fast 3,5 Hektar Fläche werden für Parkplätze versiegelt. Daran kann man das enorme Verkehrsaufkommen an Wochenenden erkennen, das erwartet wird.“

Auf der anderen Seite des Hacheneyer Waldes kommen an sonnigen Wochenenden, Feier- und Ferientagen noch die Autoströme zum Tierpark hinzu. Zur Erholung sei nach dem Bau der Großkirche dieses zusammenhängende Waldgebiet nicht mehr geeignet.

Auch der Ersatzstandort für die Großkirche am Schürener Feld, der vom städtischen Planungsamt genannt werde, müsse aus Gründen des Naturschutzes abgelehnt werden, so der Beirat. Die Standorte in Oespel (Borussiastrasse / Kämpchenstrasse) und in Lütgendortmund, die vom Planungsamt vorgeschlagen werden, wolle aber offenbar die Neuapostolische Kirche nicht akzeptieren.

Wenn die Neuapostolische Kirche sich doch mit ihrem Beharren auf den Standort Hacheneby durchsetzen sollte, dann erwartet der Beirat die Aufwertung anderer in der Nähe liegender Flächen (Bauland, Gewerbeflächen) zu Naturschutzgebieten.

Ruhr-Nachrichten, 14. Juni 1989

Ratsherr Hovermann hat einen neuen Vorschlag:

Kirchenzentrum an Westfalahalle

CDU-Ratsherr Hovermann schlägt einen neuen Standort für das in Hacheneby umstrittene Zentrum der Neuapostolischen Kirche vor: In der Nähe der Westfalahalle.

„Ein solches Zentrum mit landesweiter Bedeutung sollte an zentrale Einrichtungen angeschlossen werden“, erklärte auf Anfrage Ratsherr Hovermann. Es gehe vor allem darum, nicht neue Riesenflächen zu versiegeln.

„Die Parkflächen zwischen Ardeystrasse und B 54 könnten dafür genutzt werden“, schlägt Hovermann vor. „Sie sollten Parkdecks erhalten, an oder auf denen dann auch das Kirchenzentrum stehen könnte. Allerdings muss damit die gesamte Parksituation hier geregelt und für direkte Auf- und Abfahrten gesorgt werden“.

Ein weiterer Vorschlag zielt auf die Nutzung der am Wochenende freien Parkplätze an der Universität mit einem Kirchenzentrum an der B 1 bzw. bzw. eine Verlängerung der H-Bahn zur Westfalahalle.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 15. Juni 1989

Großkirche: CDU schlägt Standort an der Halle vor

Die Großkirche der Neuapostolischen Gemeinde, bisher in Hacheneby geplant und umstritten, könnte nach Ansicht der CDU auch zwischen Westfalahalle und B 54 errichtet werden. Eine Einrichtung von landesweiter Bedeutung gehöre in eine zentrale Lage, begründet die Fraktion ihren Antrag für den Stadtentwicklungs-Ausschuss. Eine Ansiedlung im Bereich der Halle entspreche dem Ziel der Mehrfachnutzung der Parkplätze dort und verhindere, dass weitere Grünflächen versiegelt würden.

Alternativ-Standort:

SPD lehnt Großkirche in Oespel ab

Die Sozialdemokraten aus Lütgendortmund sind empört, dass die Planungsverwaltung alternativ zum umstrittenen Standort für das Zentrum der Neuapostolischen Kirche in Hacheney die Fläche an der Borussia- / Kämpchenstrasse in Oespel in Erwägung zieht und diese Pläne „bewusst verschwiegen hat“, so Udo Mundt, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Kley.

Der Stadtbezirksvorstand und die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung lehnen es entschieden ab, auf dem Grundstück in unmittelbarer Nähe zum Indupark eine Großkirche mit 5'000 Sitzplätzen und ein Kongresszentrum zu errichten: „Dieses Gelände ist für uns die letzte wohnbereichsnahe Freifläche,“ betont der Oespeler Bezirksvertreter Volker Gottschling.

Nach der von der Verwaltung erstellten Gesamtbeurteilung der vier alternativen Standorte ist das Grundstück aufgrund der Flächengröße, der Verkehrsanbindung und der möglicher-weise sonntags mitbenutzbaren Parkplätze im Indupark als Standort für die geplante Kirche geeignet.

Allerdings, so räumen die Planer ein, handele es sich dabei um ein Gelände mit höchster Priorität für die Wirtschaftsförderung. Gedacht ist an Büro- und Verwaltungsgebäude.

Die örtlichen Sozialdemokraten würden das Grundstück gern einer öffentlichen Nutzung zuführen.

Westfälische Rundschau und WAZ, 20. Juni 1989

Kley als möglicher Standort im Gespräch

Lüdo-Genossen empört: Dezernent verschweigt Kirchen-Baupläne . . . !

Von Ingo Dienhardt

Lütgendortmund. Die Sozialdemokraten aus dem Stadtbezirk Lütgendortmund/Marten sind ganz schön sauer auf Dortmunds neuen Planungsdezernenten Bernd Reiff! Im Mai, und zwar am 23., referierte dieser nämlich in Oespel zu den Themen örtliche Verkehrsverhältnisse und geplante BauMaßnahmen, sagte den Genossen aber nichts darüber, dass das Grundstück Borussiastraße / Kämpchenstrasse als möglicher Standort für die Zentralkirche der Neuapostolischen Kirche im Gespräch ist.

Und Mundt, Bernhard Sorhagen und Volker Gottschling am Montag: „Als wir jetzt davon hörten, fielen wir aus allen Wolken.“ Udo Mundt geht sogar noch weiter: „Auch das Verschweigen von wichtigen Tatsachen kommt einer Lüge gleich!“ Die Empörung ist so gross, dass die SPD-Ortsvereine Oespel I und Kley entschieden das Bauwerk ablehnen. Und mit der ablehnenden Haltung steht man nicht allein da; der Vorstand des SPD-Stadtbezirks Lütgendortmund / Merten ist gegen eine Zentralkirche der Neuapostolischen Kirche in Lütgendortmund, die SPD-Bezirksfraktion auch.

Gründe dafür, so die Genossen, gebe es genug:

- „Die Ortsteile Oespel und Kley haben durch ihre Gewerbeansiedlungen bereits genug an Vorleistungen gebracht“

- „Der Bereich Borussiastrasse / Kämpchenstrasse ist die letzte wohnbereichsnahe Freifläche. Sie soll für den Gemeinbedarf aufgehoben werden. Man denkt zum Beispiel an die Errichtung einer Sporthalle.“
- „Das Jugenddorf Oespel interessiert sich für das Gelände. Es würde hier gerne ein Gesundheitshaus bauen. Die örtliche SPD würde zustimmen, weil davon die gesamte Bevölkerung profitieren würde.“
- „Die Verkehrsverhältnisse lassen den Bau einer Zentralkirche nicht zu.“

In der Tat: sonntags rechnet die Neuapostolische Kirche mit rund 5'000 Fahrzeugen. Dabei ist zu bedenken, dass Gottesdienste morgens und abends stattfinden.

Und donnerstags, also mitten in der Woche, auch noch . . .

Westfälische Rundschau, 23. Juni 1989

CDU kritisiert weiter geplanten Kirchbau

Die CDU hat am Mittwoch im Ausschuss für Grünflächen und Umwelt noch einmal massiv Kritik am geplanten Standort für den Neubau des Kirchenzentrums der Neuapostolischen Kirche in Hacheneu geübt. Bemängelt wurde vor allem der Verlust von Freifläche sowie das zu erwartende erhöhte Verkehrsaufkommen.

Kritisiert wurde von der CDU auch das vom Planungsamt in Auftrag gegebene Gutachten, in dem keine Bedenken gegen den Neubau am Hüttenbruchweg geäußert werden. Bekanntlich erhob auch das Umweltamt Einwände gegen das Gutachten.

Gegen den Kirchenbau in Hacheneu sprach sich im Ausschuss Dr. Heinrich Blana vom Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde aus. Neben Veränderungen des Kleinklimas sieht Blana auch das erhöhte Verkehrsaufkommen als negativ an. Im Planungsausschuss soll nun weiter beraten werden.

22

Ruhr-Nachrichten, 23. Juni 1989

Bürgerinitiative will Ausgleich für die Zubetonierung von Freiflächen

„Großkirche in Oespel ist unzumutbar“

Oespel. In einem offenen Brief an den Planungsdezernenten Bernd Reiff wendet sich die Bürgerinitiative Oespel gegen die „weitere Zubetonierung von Freiflächen ohne adäquaten Ausgleich in ihrem Ortsteil. Als „unzumutbar“ bezeichnet die Vereinigung in diesem Zusammenhang das Vorhaben der Verwaltung, das Gelände an der Borussia- / Kämpchenstrasse als mögliche Fläche für den Bau eines Zentrums der Neuapostolischen Kirche zu untersuchen.

„Immer wieder wird an die Bürger appelliert, wenn es um die Erschließung von Flächen für Gewerbe- und Industrieansiedlungen geht. Das bedeutet nichts anderes als die Inanspruchnahme von Frei-, sprich Grünflächen“, heißt es in dem Schreiben.

Einen Widerspruch sieht die Gruppe in den Aussagen des Dezernenten auf der vergangenen Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Oespel I. Reiff hatte nach Auffassung der Initiative angekündigt, den Verkehr künftig aus dem Oespeler Ortskern herauszuhalten. „Warum stellen Sie nicht die

Weichen dazu, indem der Verkehr von Dorstfeld in Richtung Witten nicht wie bislang durch den Oespeler Ortskern, sondern über den Hauert gelenkt wird?“

„Mit Befremden“ nimmt die Oespeler Gruppe zur Kenntnis, „dass der Indupark nach Osten hin erweitert werden soll, möglicherweise bis zum Schultenhof herunter“. „Widerspricht das nicht dem Ratsbeschluss vom 28. Februar 1985, von einer Erweiterung des Indu-Parks abzusehen?“, fragt die Initiative. In dem Schreiben wird weiterhin auf das seit längerem leerstehende Raab-Karcher-Gelände und auf die fehlende Anschlusslösung für die Firma Hageda hingewiesen.

Zum Thema Luftverschmutzung wird der Dezernent um eine Stellungnahme gebeten, „ob Schwefeldioxyde und Stickoxide eine völlig untergeordnete Rolle spielen“. Auf der SPD-Versammlung wurde den Oespeler Bürgern erklärt, dass in Oespel „lediglich hohe Bleikonzentrationen gemessen wurden.“

Zur Verlegung der VEW-Trasse aus dem Technologie-Park fragt die Vereinigung, „ob es gegenüber den Anliegern der Wittener Strasse, des Weißen Feldes, des Steinwegs und Universitätsstrasse vertretbar sei, die Leitungen quasi neben die Haustür zu legen.“

Ruhr-Nachrichten, 27. Juni 1989

Großkirche und Parteien

Zur geplanten Großkirche schreibt die Bürgerinitiative Hacheneu u.a.:

Die Bürgerinitiative dankt der CDU und Herrn Hovermann für die bisherige Unterstützung. Gleicher Dank geht an die Fraktion der Grünen im Rat der Stadt Dortmund, die sich ohne Vorbehalte auf die Seite der Bürgerinitiative stellte.

Herr Hovermann hat, wie in einer öffentlichen Bürgerversammlung versprochen, Alternativen für den Bau eines Kongresszentrums mit Großkirche für 5'000 Personen aufgezeigt, siehe Ruhr-Nachrichten vom 14. Juni.

Nun ist die Verwaltung am Zuge, zumal auch die untere Landschaftsbehörde den Standort Hacheneu abgelehnt hat. Nun müssen evtl. Klimaveränderungen, Verkehrsaufkommen und Parkplatzsituation untersucht werden, die von den Gutachtern der „Deutschen Projektunion GmbH“ in ihrer Ersteinschätzung bewusst oder aus Kenntnismangel nicht untersucht wurden.

Die Bürgerinitiative Hacheneu fordert die FDP und die Ratsfraktion der SPD auf, Farbe zu bekennen und Stellung zu beziehen. Unmittelbar nach der Sommerpause werden wir alle

Bürger über Auffassungen der CDU, SPD, Grünen und FDP zu unseren Forderungen informieren.

Die Bürgerinitiative wünscht allen Bürgern, die im Urlaub in Dortmund bleiben, erholsame und schöne Tage im Dortmunder Naherholungsgebiet, Rombergpark, Tierpark und Hacheneuer Wäldchen.

Friedrich Högger

Glückaufsegenstrasse 104

Ruhr-Nachrichten, 28. Juni 1989

Kirchenzentrums-Bau beschäftigt Landtag

Hacheneu. Eine Kleine Anfrage über den Bau eines Kirchen- und Schulungszentrums der Neuapostolischen Kirche in Hacheneu hat jetzt der Hörder Landtagsabgeordnete Hans-Joachim Menge eingebracht. Im Hinblick auf die der Landesregierung obliegenden Kommunalaufsicht und Regionalplanung fragt Menge: Wie beurteilt die Landesregierung die Umweltverträglichkeit des geplanten Bauvorhaben an dieser Stelle?

Hält die Landesregierung die in dem Gutachten (Umweltverträglichkeitsprüfung der Deutschen Projekt-Union) angestellten Untersuchungen für ausreichend . . . ?

Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass bereits Ende vergangenen Jahres ein Dortmunder Architekt für das Bauvorhaben Arbeiten ausgeschrieben hat, obwohl der Bebauungsplan Hö 224 bisher noch nicht in die politischen Gremien eingebracht, geschweige denn die Aufstellung beschlossen worden ist?

Westfälische Rundschau, 12. Juli 1989

Nach der SPD greifen jetzt auch die Jungsozialisten den Planungsdezernenten Reiff an und stellen fünf Fragen

Gerüchte um weitere Pläne für Oespel-Kley: Big Mac nach dem Gottesdienst ?

Kley. Jetzt schießen auch die Kleyer Jungsozialisten auf Planungsdezernent Bernd Reiff

24

ein. Grund: Die Gerüchte um Baupläne für eine neuapostolische Kirche in Kley, die Reiff bei einem Gespräch mit Lütgendortmunder Sozialdemokraten verschwiegen haben soll (die **Stadtteil-Zeitung** berichtete).

Zusätzlichen Zündstoff erhält der schwelende Konflikt durch eine weitere Hiobsbotschaft, von der die Kleyer Jungsozialisten jetzt Wind bekommen. Danach soll eine Filiale des Fast-Food-Riesen MacDonalds an der Ecke Borussiastrasse / Kämpchenstrasse im Gespräch sein. Um Gewissheit zu erlangen, stellte die Juso-AG Kley dem Planungsdezernenten nun (schriftlich) fünf Fragen – „Mit freundlichen Grüßen und in Erwartung baldiger Stellungnahme“.

Der Wortlaut:

- „Ist es wahr, dass Kley als möglicher Standort für die Zentralkirche der Neuapostolischen Kirche in Betracht gezogen wird?
- Wurden die Baupläne zu diesem neuapostolischen Kirchenzentrum bei Ihrem Zusammentreffen mit den Lütgendortmunder Genossen verschwiegen, weil ähnlicher (Widerstand) Widerstand erwartet wird, wie bei den Bebauungsplänen Lü 157, 158, 159?
- Vor einiger Zeit wurde den Besitzern der Grabeländer versprochen, dass ihr Gebiet bei einer Nutzung der nebenliegenden Fläche nicht angetastet wird. Wird dieses Versprechen auch bei dem Bau dieser Kirche gehalten werden können?

- In diesem Zusammenhang noch eine andere Frage: Ist es wahr, dass Ecke Borussiastrasse / Kämpchenstrasse, gegenüber der Metro eine Filiale der Fast-Food-Kette MacDonalds errichtet werden soll?
- Wann ist die Verwaltung endlich bereit „auf die Bedürfnisse der Bewohner von Oespel / Kley einzugehen?“

Schon vorab stellt AG-Sprecherin Kerstin Blümel klar, dass die Kleyer Jungsozialisten beide Bauprojekte – so sie geplant sind – aus verschiedenen Gründen ablehnen. Ein Gebiet, das schon jetzt beinahe die höchste Schwermetallbelastung in Dortmund aufweise, solle nicht durch ein vermehrtes Verkehrsaufkommen noch weiter belastet werden. Die Kritiker rechnen allein mit 5'000 Fahrzeugen, die zu den neuapostolischen Gottesdiensten der Kirche heranrollen werden.

Kerstin Blümel: „Wir fordern die Verwaltung auf, an den Plänen der Umwandlung der Gewerbegebietsfläche in Gemeinbedarfsfläche festzuhalten“. Und: „Wir sind uns bewusst, dass diese Umwandlung für den Bau des Kirchenzentrums stattfinden muss. Jedoch sei man der Meinung, gegenüber einem neuen Kirchenzentrum bestehen weder vorrangiger Bedarf – so zum Beispiel für den Bau einer Sporthalle oder eines Gesundheitshauses, wie es Planungen des Oespeler Jugenddorfes vorsehen.“

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 3. August 1989

Grüne: Neue Einwände gegen Kirche

Die Grünen erneuern ihre Ablehnung gegen das Neubauprojekt der Neuapostolischen Kirche in Hacheneu: Nachdem die Fraktion in der Vergangenheit schon „ökologische und soziale“ Argumente gegen den Bau des „Kongresszentrums“ vorgebracht hatte, hält sie nun aus „inhaltlichen“ Gründen Bedenken für angebracht.

Sowohl Oberstadtdirektor Harald Heinze als auch Oberbürgermeister Günter Samtlebe sowie die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU haben von den Grünen einen Brief vorgelegt bekommen, in dem sich ein ehemaliges Mitglied der Neuapostolischen Kirche kritisch über die Religionsgemeinschaft äußert – sie sei eine „Organisation, die Psychisch und sozial negativ auf ihre Mitglieder“ einwirke. Dieses Wissen, so die Grünen, dürfe bei einer Entscheidung über den Neubau nicht außer Acht gelassen werden.

Westfälische Allgemeine Zeitung, 3. August 1989

Bedenken gegen Kongresszentrum

Bedenken gegen das geplante Kongresszentrum der Neuapostolischen Kirche in Hacheneu haben die Grünen im Rathaus in einem Schreiben an Oberstadtdirektor Heinze angemeldet. Diesmal geht es nicht um die Vernichtung einer Grünfläche, sondern um Bedenken gegen diese Religionsgemeinschaft überhaupt.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 8. August 1989

Gemeinde wehrt sich gegen Grünen-Kritik

Voll anerkannt – Drittgrößte Kirche

Empört zeigt sich die Neuapostolische Kirche über Angriffe der Grünen im Rathaus, wonach die Gemeinde psychisch und sozial negativ auf ihre Mitglieder einwirke, und – auch vor diesem Hintergrund – der geplante Bau einer Großkirche in Dortmund abzulehnen sei. In einem Schreiben an die Spitze von Politik und Verwaltung nennt der Anwalt der Neuapostolischen Kirche, der Dortmunder Jurist Dr. Manfred Möhlmeier, die Attacke der Grünen „verunglimpfend“ und „beleidigend“.

Die Neuapostolische Kirche sei 1951 vom Landtag als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt worden und genieße nach dem Bundesverfassungsrecht die gleichen rechte wie die traditionellen Kirchen. Nach der Volkszählung sei die Gemeinde bundesweit die drittgrößte Kirche.

Von Dortmund aus habe die Kirche jahrelang die Interessen von weltweit vier Millionen Mitgliedern wahrgenommen.

Westfälische Rundschau, 8. August 1989

Brief an Fraktionen

Neuapostolische Kirche empört über Vorwürfe der Grünen

Empört ist der Vorstand der Neuapostolischen Kirche über das Verhalten der Grünen. Sie hatten erneut Bedenken gegen den Bau der Großkirche der Glaubensgemeinschaft geäußert, indem sie in einem Brief an den Oberstadtdirektor die Kirche als Organisation bezeichneten, die psychisch und sozial negativ auf ihre Mitglieder einwirke (**WR** berichtete). In einem Brief an alle Fraktionen, den Oberstadtdirektor und den OB, den die Grünen jetzt öffentlich machten, verwehrt sich die Neuapostolische Kirche durch ihren Rechtsanwalt Dr. Manfred Möhlmeier gegen diese Vorwürfe.

Derartige Anschuldigungen zu verwenden und sie zugleich öffentlich zu machen ohne den Betroffenen auch nur Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, seien schlechter Stil, heißt es. Besonders für kommunalpolitisch tätige Bürger, die die Vielfalt der Gesellschaft und ihre Offenheit ständig fordern.

Ruhr-Nachrichten, 12. August 1989

CDU: Mehr Wald am Hacheneyer Acker

Hacheney. Die Landesregierung sieht derzeit keine Veranlassung, sich zu den Plänen der Stadt Dortmund, in Hacheney ein Kirchen- und Schulungszentrum der Neuapostolischen Kirche zu errichten, zu äußern.

So heißt es in dem Antwortschreiben der Landesregierung auf eine kleine Anfrage, die der Hörder Landtagsabgeordnete Hans-Joachim Menge eingebracht hatte (RN berichteten).

Die Meinungsbildung zu dem Standort bei der Stadt sei noch nicht abgeschlossen, derzeit würden noch Alternativen diskutiert. Außerdem sei die Standortentscheidung Angelegenheit der Stadt. Wenn eine Entscheidung gefallen sei, die eine Änderung der Bauleitplanung erforderlich mache, habe der Regierungspräsident in Arnsberg als höhere Verwaltungsbehörde zu prüfen, ob die Pläne den Zielen

der Raumordnung und Landesplanung angepasst seien, und ob der von der Stadt Dortmund noch vorzulegende Bebauungsplan konkurrierende Belange ausreichend berücksichtige.

Zur Tatsache, dass bereits Ende letzten Jahres ein Dortmunder Architekt für das Bauvorhaben Arbeiten ausgeschrieben habe, erklärte die Landesregierung, jedem Bauträger stehe es frei, sich mit Hilfe von Ausschreibungen auf eigenes Risiko einen Kostenüberblick zu verschaffen.

Die CDU-Fraktion im Ratsausschuss für Grünflächen und Umweltschutz hat jetzt beantragt, eine sechs Hektar große Ackerfläche im Bereich zwischen der Zillestrasse, der B 54 und den Wohnhäusern an der Glückaufsegenstrasse und dem Hüttenbruchweg aufzuforsten. Das berichtete Herbert Jung, Ratskandidat der CDU im Wahlbezirk Wellinghofen / Benninghofen.

Die teilweise Aufforstung der Ackerfläche, auf der die Neuapostolische Gemeinde ein Kirchenzentrum errichten will, bedeutet im Zusammenhang mit dem benachbarten Waldstück mehr Lebensraum für die dort beheimateten Tiere und Pflanzen. Die CDU habe mit ihrem Antrag einen bereits im Mai veröffentlichten Vorschlag der SPD Wellinghofen aufgegriffen, so Jung abschließend.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 26. August 1989

Den Grünen-Theologen zurückpfeifen

Betr.: Grüne kontra Neuapostolische Christen.

„Bei vielen Zeitgenossen erwecken die Grünen den Anschein einer demokratischen Organisation mit viel Gespür für die Probleme der Zeit. Dazu im Gegensatz steckt die Kampagne der Grünen gegen die Neuapostolische Kirche. Was mit der Ablehnung eines Bauvorhabens für ein geplantes Gemeindezentrum aus ökologischen Gründen begann, versumpft zusehends in einer Verteufelung dieser Gemeinschaft.“

Mit dem Elan eines Hexenjähgers diffamiert der Grünen-Ratsvertreter Höcking seines Zeichens Diplom-Theologe (!), **die neuapostolischen Christen als moralisch verklemmte, potentielle Triebtäter, weil sie die sexuelle Aufklärung ablehnten.** Die geäußerten Zahlen erwiesen sich zwar als haltlos, aber etwas bleibt sicher hängen...

Dieser „Stil“ eines Ratskollegen ist nichts anderes als miese Stimmungsmache noch unter Bildzeitungs-Niveau. Aufgrund seiner Ausbildung sieht er sich hier wohl als „Experte“. In ihrer 150-jährigen Geschichte hat die Neuapostolische Kirche schon ganz andere Angriffe von Theologen verkraftet. Die Grünen sollten sich aber öffentlich bei den zahlreichen Mitgliedern in Dortmund für diese Entgleisungen entschuldigen.

Ich bitte die Grünen: Pfeifen Sie ihren wilden Theologen zurück und empfehlen Sie ihm bitte ein Selbstfindungs-Seminar in Toleranz.“

Klaus Scheller

Hans Hücking weist darauf hin, die nebenstehenden Behauptungen, die ihm von Herrn Klaus Scheller unterstellt werden, nicht aufgestellt zu haben.

Ruhr-Nachrichten, 1. September 1989

LESER SCHREIBEN AN DIE REDAKTION

Hacheneyer Wäldchen muss Freiraum und Grüngürtel für Bürger bleiben

Zum Bericht der RN „Neue Heimat für Wölfe und Greifvögel geplant“ vom 9.8. schrieb Friedrich Högger, Glückaufsegenstrasse 104, im Namen der Bürgerinitiative Hacheneyer folgenden Leserbrief:

„Mehr Platz für Tiere fordert der Tierparkleiter Dr. Bartmann. Er möchte, noch bevor die Neuapostolische Kirche das Grundstück zwischen B 54, Zillestrasse und Hacheneyer Wäldchen für ihre 5'000 Plätze umfassende Großkirche mit Kongresszentrum und entsprechenden Parkplätzen kassiert, das noch einzige, jedem Bürger zugängliche Hacheneyer Wäldchen zur Tierparkerweiterung genehmigt wissen.

Wer, so frage ich Herrn Dr. Bartmann und unsere kommunalen Vertreter, fragt nach der Meinung der betroffenen Bürger, nicht nur der Hacheneyer, die dieses Stückchen Freiraum zur Erholung nutzen, ohne dafür Eintritt bezahlen zu müssen?

Wir, die Bürgerinitiative Hacheneyer, fordern den Tierparkleiter Herrn Dr. Bartmann und die Politiker aller Parteien auf, die Frischluftschneise und den Grüngürtel in Hacheneyer zu erhalten. Die Bürgerinitiative ist der Meinung, dass sich Dr. Bartmann für die Erhaltung der Felder zur Futterbeschaffung seiner Tiere einsetzen soll. Nur wenn die Fläche zwischen B 54 und Hacheneyer Wäldchen als Grüngürtel erhalten bleibt, kann mit einer Zustimmung der betroffenen Bürger für eine mögliche Tierparkerweiterung gerechnet werden.“

28

Ruhr-Nachrichten, 2. September 1989

CDU gegen Standort Hacheneyer

„Das Zentrum muss zentral liegen!“

Von Oliver Hattig

Hacheneyer-Wellinghofen. „Keine neuapostolische Kirche in Hacheneyer!“ Mit diesem Ziel dampft der Wellinghofer „CDU-Express“ weiterhin auf drei verschiedenen (Polit-)Schienen. Am Donnerstagabend informierten MdL Hans-Joachim Menge, Ratsherr Hans-Georg Hovermann und Hubert Jung, CDU-Ratskandidat und sachkundiger Bürger im Ratsausschuss für Umwelt im „Haus Lueg“, die Hacheneyer über bisherige (Arbeits-)Etappen und weiteres geplantes Vorgehen der CDU. Als „sehr dürftig“ bezeichnete MdL Menge die Antwort der Landesregierung auf seine „kleine Anfrage“ zu den Punkten der Umweltverträglichkeit des „Projektes Landeskongresszentrum“ und der möglichen alternativen Standorte. „Die Landesregierung will sich raushalten“, meinte Menge.

„Wir wollen die zentrale Einrichtung an einem zentralen Ort!“ CDU-Ratsherr Hans-Georg Hovermann erläuterte noch einmal die CDU-Alternative (an der B 1 / Sportzentrum Flora) zum Standort Hacheneyer. Bereits vorhandene Parkplätze seien zu nutzen und neue Stellflächen will die CDU möglichst mehrgeschossig anlegen. Hovermann und Menge verteilten dabei Schelte an die Adresse der Stadtverwaltung: „Eigentlich sollte schon im August die Bewertung der anderen vorgeschlagenen Standorte durch die Verwaltung erfolgen. Bisher ist noch nichts offengelegt!“

„Wahltaktik“ wittert Hans-Joachim Menge hinter dieser Geheimhaltung: „Ich glaube fast, wir sehen auch im September keine Entscheidung über den Bauort für die Kirche.“ Als dritter „Weichensteller“ im politischen Gleise betätigte sich Hubert Jung. Er stellte im Umweltausschuss des Rates den Antrag zwei Drittel des geplanten Baugeländes

aufzuforsten. Der wurde jedoch – obwohl ursprünglich ein SPD-Ansinnen – im Ausschuss abgelehnt. Schweres Geschütz führen die CDUler gegen die örtliche SPD auf: „Die sind unentschlossen, da herrscht keine klare Linie!“ Die CDU will jedenfalls noch lange nicht haltmachen: Hans-Joachim Menge versprach den Hachenejern ein weiteres Gespräch im Oktober nach der Verwaltungsentscheidung zum Kongress-Standort. Auch mit der Neuapostolischen Kirche will er sich in Verbindung setzen.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), **Stadtzeitung**, Nr.: 209, 7. September 1989

Stadtrat verteidigt umstrittene Kirche an der Zillestrasse

Kein anderes Grundstück geeignet

Die Verwaltungsspitze bleibt dabei: Die Neuapostolische Gemeinde soll in Hachenej eine Zentralkirche für NRW errichten dürfen. Das geht aus einer Vorlage von Planungsdezernent Bernd Reiff für den Planungsausschuss hervor, der am Mittwoch, 13. September, tagt. Der Ausschuss hatte im Mai – nach einem breiten Proteststurm gegen den Standort an der B 54 – verlangt, weitere Standorte auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen. Dem ist Stadtrat Reiff auch nachgekommen. Ergebnis: Es gibt keine anderen, geeigneten Grundstücke.

„Kein Verständnis“

Der Stadtrat hatte wenig Spielraum. Denn schon bevor er Dezernent wurde, hatte die Verwaltungsspitze der Gemeinde das Ackergrundstück bereits fest zugesagt.

Und auf eine neue Debatte über die Standortfrage ließ sich die Kirche auch nicht mehr ein. Vertreter der Neuapostolischen Kirche hätten „unmissverständlich erklärt“, so Reiff in der Vorlage, dass „die Kirchenleitung in der Schweiz kein Verständnis dafür aufbringen könnte, die Standortdiskussion von vorn zu beginnen“. Auch der Vorschlag der CDU, die Zentralkirche zwischen Westfalenhalle und Ruhrallee zu errichten, sei nicht akzeptiert worden.

Die Gemeinde würde gerne in Dortmund bauen, habe aber auch ein „gutes Angebot“ im Kreis Recklinghausen.

Kommentar von ROLF MAUG:

Die Verwaltung war im Wort

Das Resultat der Bemühungen von Planungsdezernent Reiff, der Neuapostolischen Gemeinde ein neues Grundstück anzubieten, konnte nicht anders ausfallen. Zwar hat er sich über das klare Nein „seines“ Umweltamts zum Standort Hachenej hinweggesetzt. Aber die Stadtspitze steht schon einige Zeit bei der Neuapostolischen Gemeinde im Wort. Daran konnte Bernd Reiff wohl nicht vorbei.

Immerhin bringt die neue Vorlage die Diskussion auf den Punkt. Die Frage lautet nicht mehr: Wohin mit der Kirche? Jetzt geht es nur noch um Ja oder Nein zu der Großkirche überhaupt. Da ist zur Zeit noch alles offen. Und das wird bis zum Wahltag auch so bleiben.

Denn der Planungsausschuss wird dem 30-Millionen-Projekt an der B 54 in der nächsten Woche noch nicht den Segen geben. Zunächst, so heißt es in der SPD-Mehrheitsfraktion, wird der zuständige Ortsverein gefragt. Und das geschieht bei der Mitgliederversammlung am 15. September, also zwei Tage nach der Sitzung des Planungsausschusses.

Die Kräfteverhältnisse in der SPD sind noch nicht abzuschätzen. Mancher in der Fraktion dürfte sich daran stoßen, dass sich die Neuapostolische Gemeinde so wenig kompromiss-bereit zeigt.

Ruhr-Nachrichten, 8. September 1989

Ausschuss berät über Neuapostolisches Zentrum: **Planungsamt empfiehlt Standort in Hacheney**

Von Lisa Timm

Hacheney. Den „dicken Fisch“ Neuapostolisches Kirchenzentrum will sich die Stadt Dortmund nicht von der Angel nehmen lassen. Dies macht eine Beschlussvorlage deutlich, die das Planungsamt dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Planung in seiner nächsten Sitzung am 13. September vorlegt.

Darin ist erkennbar, dass es der Stadt bei der Ansiedlung der Zentralkirche der Neuapostolischen Kirche des Landes Nordrhein-Westfalen (NAK) nicht mehr um die Standortfrage geht, sondern um Zustimmung der Mandatsträger oder Ablehnung. Von der Verwaltung eindeutig favorisiert wird das in der Bevölkerung und in den Parteien noch sehr umstrittene Gelände in Hacheney, Hüttenbruchweg / Zillestrasse.

Für die Stadt bedeutet die Ansiedlung der Zentralkirche der drittgrößten Religionsgemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland einen weiteren Prestigegewinn. Da der Neuapostolischen Kirche auch ein verlockendes Grundstücksangebot aus dem Kreis Recklinghausen vorliegt, ging die Stadt Dortmund bei der Standort-Suche in erster Linie von der schnellen Verfügbarkeit des Geländes aus. Für die Gegner des anvisierten Hacheneyer Standortes ist die jetzige Eile unverständlich, da die ersten Gespräche zwischen Stadt und Kirche bereits im August 1983 stattgefunden haben.

Die Dortmunder CDU mit kräftiger Unterstützung des Landtagsabgeordneten Hans-Joachim Menge hat bereits der Neuapostolischen Kirche andere Standorte versucht „schmackhaft“ zu machen. Doch dabei bissen die Politiker auf Granit. Auch die Sozialdemokraten „vor Ort“ haben bereits ihre eher ablehnende Haltung deutlich gemacht. Immerhin werden bei den monatlichen Gottesdiensten rund 5'000 Teilnehmer erwartet. Diese werden in 50 bis 100 Bussen und rund 150 Pkw anreisen.

Insgesamt wurden von der Stadt Dortmund zwölf Standorte untersucht. Die meisten blieben auf der Strecke, übrig blieben neben dem Hacheneyer zwei weitere. Diese sind nach Aussagen der Stadt bedingt geeignet oder sind frühestens Mitte der 90er Jahre verfügbar.

Ob die SPD-Mehrheitsfraktion bereit ist, so kurz vor den Wahlen ein klares „Nein“ oder „JA“ zum Standort Hacheneý auszusprechen, wird sich am Mittwoch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Planung zeigen.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 9. September 1989

LESERECHO * LESERECHO * LESERECHO * LESERECHO

Erhaltet unsere „grüne Lunge“

Betr.: Großkirche

„Auf jedem Wahlplakat der SPD verspricht unser Herr Oberbürgermeister Samtlebe: Wir sind für jeden Bürger da. Aber das Gegenteil ist der Fall. Ohne Rücksicht auf die Bürgerinteressen soll in Hacheneý die Großkirche samt Kongresszentrum für 5'000 Personen und Parkplätze für Pkw und für 100 Autobusse gebaut werden.

Ich appelliere an die Verantwortlichen: Helfen Sie uns Hacheneýern, damit die „grüne Lunge“ im Dortmunder Süden und das Naherholungsgebiet Rombergpark erhalten bleibt.

Alle reden von sauberer Luft und Naturschutz, nur nicht im Dortmunder Stadtrat.

Würde unser Herr Oberbürgermeister oder ein anderer hoher Politiker in Hacheneý wohnen, wäre die ganze Planung vom Tisch gefegt worden und das Zentrum würde nicht gebaut.“

H. Preuss

Glückaufsegenstrasse 106

31

Westfälische Rundschau, 14. September 1989

Keine Entscheidung im Ausschuss

Stadt erörterte für geplante Großkirche zwölf Standorte

Die Diskussion um die in Hacheneý geplante Großkirche der Neuapostolischen Gemeinde geht weiter. Obwohl die Verwaltung in ihrer Vorlage empfahl, sich für das Grundstück Zillestrasse / Hüttenbruchweg auszusprechen, fiel gestern im Ausschuss für Stadtentwicklung und Planung keine Entscheidung.

Für die SPD erläuterte Jan Tech, dass man die „Fleißarbeit“ der Verwaltung, die die gesamte Entwicklung des kirchlichen Großprojekts für 5'000 Gläubige seit dem 1. März 1983 dargestellt hatte, erst in der Fraktion besprechen wolle. Theo Schwill (CDU) zeigt sich erstaunt darüber, dass für die Kirche von den insgesamt 12 erörterten Standorten – darunter Indupark, Wittener Strasse / Hauert, Bärenbruch, Innenstadt-Nord an der Braunschweiger Strasse – nur das Gelände in Hacheneý in Frage kommt. „Ich habe den Eindruck, dass die Verwaltung Versprechungen gemacht hat, von denen sie nun nicht mehr zurück kann“, sagt Schwill.

Dezernent Bernd Reiff erklärte, dass eine Standortentscheidung für Hacheneý nicht einer Realisierung gleichkomme, da ein Bebauungsplan mit Bürgerbeteiligung ausstehe. Ferner stellte er die Größenordnung dar: Insgesamt 10 Hektar habe das betreffende Gelände. Die Neuapostolische Kirche

würde 0,5 Hektar (5'000 Quadratmeter) für die Kirche und drei Hektar für die Stellplätze nutzen. Die verbleibenden 6,5 Hektar würden für den Ausgleich der Eingriffe in den Freiraum verwendet. Richtig sei, so Reiff weiter, dass die Kirche nur Interesse an diesem Standort habe. Reiff: „Das Projekt ist mittlerweile zum Politikum geworden“. Der Kirchenbau werde von einigen in die Nähe einer unverträglichen Fabrik gerückt.

Der Ausschuss stimmte weiter der Absicht der Verwaltung zu, die Entscheidung über den „Multiplex Kinocenter“ mit über 3'000 Sitzplätzen an der Bornstrasse für 12 Monate auszusetzen, da das Projekt dem gegenwärtigen Bebauungsplan widerspricht.

In Sachen Verkehrsanschließung Klepping- und Wissstrasse schlossen sich die „Planer“ der Bezirksvertretung und dem Bauausschuss an, den Bereich östlich der Kleppingstrasse nicht zu ändern

Grüne Fraktion tagt öffentlich

Hörde. Die Fraktion der Grünen in der Bezirksvertretung Hörde tagt heute um 20 Uhr im Sitzungszimmer der Stadtbücherei Wellinghofen, Amtsstrasse. Neben der Besprechung aktueller Wahlkampf-aspekte geht es um die Errichtung der Zentralkirche der Neuapostolischen Kirche in Hacheneu. Gäste sind willkommen.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 14. September 1989

Im Jahr 2000 sitzt jeder zweimal am Tag in seinem Auto

Planer rechnen mit dichtem Verkehr

Weil nach den Hochrechnungen von Planungsexperten Dortmund im Jahr 2000 nun doch 570'000 Einwohner zählen wird und dies 64'000 Bürger mehr sind, als zunächst

angenommen, muss auch die Planung des Straßennetzes auf einen neuen Stand gebracht werden. Denn die Verwaltung geht von einer steigenden Mobilität der Bürger aus und schreibt durchschnittlich jedem künftig zwei Fahrten pro Tag zu. Nach dem gestrigen Beschluss des Planungsausschusses soll nun ein Gutachterbüro beauftragt werden, mit den aktuellen Schätzungen auch die Straßenbe-rechnung zu modernisieren.

Standort bleibt offen

Eine Entscheidung über den Standort Zillestrasse in Hacheneu für die neue Zentralkirche der Neuapostolischen Kirche fiel nicht. Denn die SPD bat um Zeit zur Diskussion in ihrer Fraktion. Ob sie sich für diesen Standortvorschlag entscheidet, bleibt also noch eine Weile offen.

Die Position der CDU-Ratsfraktion legte dagegen Theo Schwill klar: „Der Kirche wurden zwölf andere Standortangebote unterbreitet. Sie hat alle abgelehnt mit der Behauptung, es komme nur die Zillestrasse in Frage, oder sie sehe sich in einer anderen Stadt um.“ Diese Haltung störe die CDU „ungeheuerlich“, zumal es sich um ein Filet-Stück verfügbarer Fläche handle.

Einstimmig legte der Ausschuss zwei Projekte an der Bornstrasse auf Eis: Die Firma „Constatin“ will dort ein Kinocenter...

Fronten verhärten sich – Welche Zusagen machte die Verwaltung?

Neuapostolische Kirche: Hacheney – oder gar nicht !

Von H. H. HORSTENDAHL

Die Neuapostolische Kirche besteht darauf, ihre Kirche und das neue Zentrum auf dem Gelände in Hacheney zu bauen. Wie Stadtrat Bernd Reiff nach jüngsten Verhandlungen mit der Kirche dem Planungsausschuss mitteilte, werden alle anderen der von der Stadt genannten zwölf alternativen Standorte abgelehnt.

„Das muss doch sehr verwundern“, gab Schwill (CDU) dazu kund, denn es habe auch hervorragende Standorte alternativ gegeben, etwa am nördlichen Bahnhofausgang. „Überrascht“ zeigte er sich auch von den laut Auflistung der Verwaltung seit 1982 laufenden Gesprächen zwischen Kirche und Stadt bzw. Architekten, während der Rat erst im vergangenen Jahr durch die Ruhr-Nachrichten informiert worden sei.

„Da bekommt man doch den Eindruck, dass der Kirche bereits gewisse Dinge in Aussicht gestellt worden waren. Die Verwaltung ist da zu weit vorgeprescht, so etwas hat es in dieser Form noch nie gegeben. Der Rat sollte die Sache wieder an sich ziehen“, meinte der CDU-Ratsherr.

Bernd Reiff, erst seit einem halben Jahr Dezernent und für den Kuddelmuddel nicht verantwortlich, bat inständig, die zum Politikum aufgeputschte Angelegenheit wieder zu versachlichen. Alternative Standorte müssten auch verfügbar und geeignet sein. Von dem 10 ha großen Gelände würden nur 3 ha für Parkplätze und 0,5 ha für Gebäude beansprucht. Der größere Teil sowie Gelände südlich der Zillestrasse sollten dafür zum Ausgleich als Freiraum festgeschrieben und zu Zweidrittel aufgeforstet werden. Zudem gehe es vorerst nur um den Standort, nicht um die Realisierung.

Sowohl Müller (Grüne) als auch Hovermann (CDU) legten dar, dass man eines nicht vom anderen trennen könne. Das „Problem der grünen Wiese“ (Hovermann) gelte nicht nur für den Handel, und Quadratmeterfeilscherei sage nichts aus über die Funktion im Stadtorganismus. Guter Wille sei auf beiden Seiten vonnöten.

Hovermanns Empfehlung, „nochmals miteinander zu reden“, folgte der Ausschuss in stillem Einvernehmen.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ) und Westfälische Rundschau, 20. September 1989

SPD lud zur Diskussion über geplanten Neubau

Hacheneyer wollen „Kirche nicht in das Dorf lassen“

Hacheney. Die Kirche im Dorf zu belassen, beschwört ein althergebrachtes Sprichwort. Das geplante Gotteshaus in den Ort zu holen, dazu wollen es etliche Hacheneyer Bürger aber gar nicht erst kommen lassen. Das war das Fazit einer Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema Großkirche an der B 54 in Hacheney, zu der die SPD-Wellinghofen in die Aula der Gewerblichen Schulen V eingeladen hatte. Als fachkundige Referenten standen Planungsdezernent Bernd Reiff und Rolf Hahn, Vorsitzender des städtischen Planungsausschusses, den Bürgern Rede und Antwort.

Im Mittelpunkt geharnischter Bürgerproteste stand der Verwaltungsfachmann. Er brachte erst vor wenigen Tagen eine Beschlussvorlage in die Ratsgremien ein, die den Bereich westlich der B 54 und nördlich der Zillestrasse als idealen Standort für die geplante Großkirche der Neuapostolischen Kirchengemeinde Nordrhein-Westfalen ausweist.

Doch gegen den Standort laufen zahlreiche ortsansässige Bürger, insbesondere aus der Siedlung Glückaufsegenstrasse, Sturm. Von der Zerstörung eines natürlichen Grüngürtels, der zudem als Frischluftschneise diene, bis zur unerträglichen Lärm- und Schadstoffbelästigung für den Wohnbereich reichten die vorgetragenen Bedenken der Versammlungsteilnehmer.

Unterstützung fanden die besorgten Anwohner in dem früheren Bürgermeister Alfred Meininghaus. Er betonte, dass die Inanspruchnahme des Grundstücks für den Kirchenbau eine zukünftige Erweiterung des Tierparks ausschließe.

Zeigten Bürgerforderungen „nun endlich Schluss zu machen mit der Versiegelung von Flächen“, noch deutlich naturschützende Interessen auf, so brachten einige Äußerungen aber auch Wahlkampfendenzen in die Versammlung. Da machten überzogene Beschimpfungen vom Technokraten Reiff bis zur menschenverachtenden Beschlussvorlage die Runde. Obwohl Reiff betonte, die Vorlage sei lediglich ein Vorschlag der Verwaltung und noch nicht als Bauantrag anzusehen, zeichnet sich das kirchliche Bauwerk bereits ab. Nach unseren Vorstellungen könnte ein Gebäude von 50 X 60 Meter auf einem Areal von 3,5 ha entstehen, auf dem auch rund 190 Stellplätze angeordnet werden könnten,“ nannte der Planungsdezernent auch schon konkrete Zahlen.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ) und Westfälische Rundschau, 21. September 1989

34

Immer noch keine endgültige Entscheidung zu Zentralkirche

Hörde. Die 63. und letzte Sitzung der Hörder Bezirksvertretung war gleichzeitig auch die letzte des Vorstehers Alex Rommel. Souverän wie eh und je leitete der profilierte Kommunalpolitiker die Beratungen, so wie er es rund 200 mal in der Vergangenheit getan hat. Dass er sich in seiner langjährigen Amtszeit Anerkennung bei seinen Kollegen verschaffte, bewies nicht zuletzt ein großer Blumenstrauß, den ihm sein Stellvertreter Heinrich Berkemeyer (CDU) zum Abschied und Dank im Namen aller Bezirksvertreter übergab.

Doch ganz so harmonisch verlief die Sitzung selbstverständlich nicht – schließlich steht die Kommunalwahl vor der Tür. Beim Tagesordnungspunkt zur geplanten Neuapostolischen Zentralkirche in Hacheneu schieden sich die Geister. Während die Fraktionen der CDU und der Grünen den Standort Hacheneu „kategorisch ablehnen“, wollen sich die SPD-Politiker erst noch einmal schlau machen. Manfred Renno, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten, verwies auf eine vergleichende Übersicht zu zwölf potentiellen Standorten der Kirche in Dortmund die er erst am Freitag vom Planungsamt erhalten haben will. „Das Papier müssen wir erst durcharbeiten“, so Renno, „bevor wir zu einem abschließenden Ergebnis kommen.“

Frank Röhrich von den Grünen wollte, wie die CDU-Fraktion, den Einwand nicht gelten lassen: „Die negativen Folgen des Standortes Hacheneu sind so gross, dass die Bezirksvertretung sofort beschließen sollte: Dieser Standort ist unmöglich.“ Mit den Stimmen der SPD-Mehrheit wurde eine Entscheidung zum Bau der Kirche auf die nächste Sitzung vertagt.

Gegen zwei Stimmen nahm die Bezirksvertretung eine Vorlage des Tiefbauamtes zur Verkehrsberuhigung...

Westfälische Rundschau, 22. September 1989

LESER SCHREIBEN + + LESER SCHREIBEN + + LESER SCHREIBEN

Zu unserem Bericht vom 20. September über den Bau des Neuapostolischen Kongresszentrums in Hacheneu erreichte uns folgende Zuschrift:

„Roter Teppich für Kirchenneubau“

Zum Thema Redensarten wie „Die Kirche im Dorf lassen“ fällt uns auch noch einiges ein, z.B. die Forderung an SPD und Verwaltung, „auf dem Teppich zu bleiben“. Auf der SPD-Veranstaltung zum Problem Neuapostolische Großkirche in Hacheneu wurde deutlich, wie sehr Kommunalpolitiker von diesem Teppich abgehoben haben.

Die Frischluftschneise, vor der Standortdiskussion wesentliches Bewertungskriterium, kehrten sie mit Hilfe von Stadtrat Reiff kurzerhand „unter den Teppich“. An erster Stelle des Kriterienkataloges steht nun die schnelle Verfügbarkeit des Geländes in Hacheneu. Der Neuapostolischen Kirche wird damit „der rote Teppich ausgerollt“. Warum?

Schnell verfügbar für die Stadt muss auch das Grundstück der NAK im Kreuzungsbereich B1/B236 n sein. Wer hier an das Sprichwort „eine Hand wäscht die andere“ denkt, ist natürlich „auf dem Holzweg“!?

Die Belastung des Gebietes durch 5'000 (!) Kirchenbesucher meint der Stadtrat reduzieren zu können, indem für sie einfach nur 190 Stellplätze für Busse und Pkw vorgesehen sind. Die Wirklichkeit wird alle Bewohner(innen) hier einholen, wenn die Wagenkolonnen über B 54 und Zillestrasse heranziehen. Aber dann lassen sich sicherlich noch einige Stellplätze „aus dem Hut zaubern“. Von einem Bauantrag könne nicht die Rede sein, daher hätte man noch keine genauen Vorstellungen von den Ausmaßen dieses Gebäudekomplexes.

Die Veranstaltung diente nicht der Information, sondern war misslungene Wahlkampfhilfe für die einladende SPD. Auf einer solchen Veranstaltung lässt man natürlich die Katze nur mit einem Ohr aus dem Sack. Den Rest bekommen wir nach der Wahl zu sehen.

Ulrike Kortekamp
Schlickenkamp 32
Wellinghofen

Ruhr-Nachrichten, 23. September 1989

Grüne: Keine Rechtsgrundlage für Großkirche

„Alle Pläne sehen Grünfläche vor“

Hacheneu. Zu dem geplanten Bau einer neuapostolischen Großkirche in Hacheneu sind nach Ansicht der Grünen im Rat bislang die planerischen und planungsrechtlichen Voraussetzungen nur unzureichend erörtert worden.

In einer Pressekonferenz im Rathaus erklärten Sebastian Müller, Vertreter im Ausschuss für Stadtentwicklung, und Ratsmitglied Richard Kelber, die Durchsicht aller einschlägigen Pläne und Programme ergäben eindeutig das Bild, dass die von der Neuapostolischen Kirche geforderte Fläche in Hacheneu wichtiger Bestandteil des Dortmunder Freiraumsystems sei.

„Der Bebauungsplan We 107 von 1964, der Flächennutzungsplan von 1985 und der Gebietsentwicklungsplan von 1984 sehen auf dieser Fläche größtenteils Grünfläche vor“, erklärte Müller. „Diese Pläne müssten alle geändert werden, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Großkirche zu schaffen. Aber vor allem Änderungen des Flächennutzungsplanes und des Gebietsentwicklungsplanes sind auch abhängig vom Entscheid des Regierungspräsidenten. Und dabei haben die Bürger das Recht zu klagen.“

Laut Presseerklärung der Grünen sieht der Flächennutzungsplan Land- und Forstwirtschaft, der Bebauungsplan Grünfläche, Sport- und Spielplätze und der Landschaftsplan Süd „im wesentlichen als Fläche zur Realisierung von Grünfläche durch die Bauleitplanung vor“.

Westfälische Rundschau, 23. September 1989

Großkirche in Hacheneu sorgt weiter für große Aufregung bei Bürgern

LESER SCHREIBEN * * LESER SCHREIBEN * * LESER SCHREIBEN

Betrifft: Geplanter Bau eines Neuapostolischen Kirchenzentrums auf dem Freigelände in Hacheneu.

36

Die Verhandlungen um das Grundstück laufen schon seit 1982. In der Mitte der 80er Jahre wurde aber noch von „lebensnotwendiger Frischluftschneise“ und „auf keinen Fall Bebauung“ gesprochen! Zum Punkt „Wahlkampf“ meine ich: Das plötzlich und schnell angesetzte Informationsgespräch am 15.9.89, die Einladungen kamen 48 Stunden vor Beginn der Veranstaltung, erfolgte mit Blick auf den 1. Oktober. Ich fühle mich gelinde gesagt auf den Arm genommen.

Marlies Siemon

Glückaufsegenstrasse 63

Es wird der Anschein erweckt, es ginge hier nur um den Bau einer Kirche. Dies ist falsch. Bei dem Bauvorhaben handelt es sich um ein Kongresszentrum, Schulungs- und Verwaltungsgebäude, eine Großkirche und Parkplätze für 5'000 Personen. Die Bürgerinitiative Hacheneu stellt ausdrücklich fest, dass ihr Widerstand sich nicht gegen eine Glaubensgemeinschaft richtet, sondern gegen ein Großbauvorhaben in einer Frischluftschneise. Richtig ist ferner, dass 428 Bürger aus dem ganzen Dortmunder Stadtgebiet eine Liste unterschrieben haben, die dem Oberbürgermeister und den im Rat vertretenen Parteien und der FDP zugestellt wurde.

Friedrich Högger

Bürgerinitiative Hacheneu

Glückaufsegenstrasse 104

Man kann sich vorstellen, welches Verkehrsaufkommen bei Realisierung des Projektes im Kreuzungsbereich B 54 und Zillestrasse entstehen würde. Das Grundstück ist derzeit Teil des Naherholungsge-

bietet rund um den Tierpark, auf dem Frischfutter für die Tiere angebaut wird. Außerdem würden die Gebäude die Frischluftschneise absperren, die jetzt gute Luft bis in die Stadtmitte bringt.

Dr. Ulrich Knapp
Silberhecke 14

Ich frage mich, wie es angehen kann, dass es immer noch zum Ausverkauf von Natur kommt und dass die Politiker dieses auch noch mit „schönen Worten“, aber auch falschen, unterstützen bzw. beschwichtigend daherreden. Es scheint wohl so zu sein, dass jeder der das Geld hat, sich die Natur käuflich „leisten“ kann.

Wohlgemerkt, ich habe nichts gegen die Neuapostolische Kirche. Ich finde, sie soll ruhig ihre Kirche haben. Aber dafür ist es doch wohl nicht unbedingt notwendig, dass Natur geopfert wird. Es könnte doch vorhandene (ehem.) Industriefläche genutzt werden.

Kritik muss ich aber an der Aussage des Dezernenten Reiff üben. Er zeigt uns mal wieder ein Musterbeispiel dafür, wie weit die Politiker von den Bürgern entfernt sind. Wie kann ein Mann, der es doch wohl wissen müsste, solche verfälschenden Aussagen öffentlich abgeben. Da behauptet er, dass von den 10 ha Land 0,5 ha für den Kirchenbau und 3 ha für den Parkplatz (also auch Versiegelung des Bodens) gebraucht würden. Der Rest von 6,5 ha würde als Ausgleich des Eingriffs in den Freiraum verwendet. Ja glaubt er, dass der Bürger so naiv ist, nicht zu merken, dass die Natur hier verbaut wird? Was soll das für ein „Ausgleich“ sein?

Werner Jänsch
Märkische Strasse 231
4600 Dortmund 1

Westfälische Rundschau, 23 September 1989

„Auch Planungsrecht erörtern“

Grüne: Streit um Großkirche wird zur unendlichen Geschichte

Von Frank Bussmann

Ein unendliches Verfahren sehen die Grünen in der Auseinandersetzung um die von der Neuapostolischen Kirche in Hacheney geplanten Großkirche auf die Stadt zukommen.

„In der Kontroverse um Bau und Standort der Kirche sind die planerischen oder planungsrechtlichen Voraussetzungen bisher nicht oder unzureichend erörtert worden“, sagt Sebastian Müller von den Grünen. Berücksichtige man die Festlegungen aller einschlägigen Pläne und Programme, ergebe sich eindeutig das Bild, dass die für die Kirche vorgesehene Fläche wichtiger Teil des Dortmunder Freiraum-Systems sei. Diese Aussagen werden zusammen mit den zu erwartenden Klagen der Anwohner den Bau der Kirche langfristig im Wege stehen. Müller: „Das begrüßen wir natürlich.“

Die Grünen nennen Beispiele für die entsprechenden Programme: So der Bebauungsplan We 107, der allerdings mit mehr oder weniger großem Aufwand kippbar sei, oder der Flächennutzungsplan, der in Übereinstimmung mit dem Freiraumentwicklungsprogramm von 1964 die Fläche als Bestandteil des Dortmunder Freiraums ausweise. Zudem beurteilten die ersten Überlegungen für einen Landschaftsplan Süd den geplanten Baugrund im Wesentlichen als Raum zur Realisierung von Grünflächen durch die Bauleitplanung.

Auch das Klimagutachten des Kommunalverbandes Ruhrgebiet sehe in Hacheneu ein ungestörtes Freilandklima. Hacheneu gehöre ferner zur Verbandsgrünfläche des Siedlungsverbandes Ruhr. Müller: „Die Einschränkungen für das Projekt sind hart.“ So könne man nur zu dem Schluss kommen, dass die Dezernentenkonferenz das Geschäft mit der Kirche offensichtlich ohne die politischen Gremien schon gemacht habe.

Ruhr-Nachrichten, 27. September 1989

LESER SCHREIBEN

Zu Bauten und Planungen in Dortmund merkt dieser Leser unter anderem an:

Großmannssucht in Dortmund

Die Großmannssucht unserer regierenden Stadtväter ist nicht mehr zu überbieten. Der schreckliche Rathauskasten mit dem Affengerüst (im Volksmund auch „Samtlebens Mausoleum“ genannt) ist fertig. Das hässliche Metallgerippe (sprich „Pylon“) neben der wahrlich ehrwürdigen Reinoldikirche (Wahrzeichen von Dortmund) ist im Bau. Kaum hatte man die Reste des Adlerturms gefunden, verkündete Herr Samtlebe laut: „Der Adlerturm wird gebaut“, obwohl man bis heute wohl noch nicht weiss, wie der Turm in Wirklichkeit ausgesehen hat.

Das nächste Ziel der SPD-Stadtväter ist, das Neuapostolische Kirchenzentrum nach Dortmund zu holen. Es dürfte wohl heute schon trotz aller Bürgerproteste feststehen, dass dieses Zentrum auf dem Gelände in Hacheneu gebaut wird. Da vergessen die SPD-Stadtväter ihr so viel gepriesenes Umweltschutz-Bewusstsein und opfern Äcker, Wiesen und Wald ihrem ehrgeizigen Bestreben.

Dipl.-Ing. Heinz Fröber
Wildbaumweg 40

38

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 5. Oktober 1989

DIE MEINUNG DES LESERS

Zum geplanten Kirchenzentrum in Hacheneu erhalten wir folgende Zuschrift:

„Wünsche der Bürger sind wohl unwichtig“

Als Besucher des SPD-Informationsabend in der gewerblichen Schule Hacheneu, konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Vorstellungen und Wünsche der Bürger für die Politiker und Planer unwichtig sind.

Es wurde den staunenden Bürgern keine Möglichkeit aufgezeigt, dieses geplante Objekt zu verhindern, nein, vielmehr wurde der Versuch unternommen, der schockierten Masse das Projekt schmackhaft zu machen.

Schon die planerischen, voll dem dörflichen Charakter angepassten Meisterwerke (Reha-Zentrum, Gewerbliche Schule und BMW) sind für die Bürger von Hacheneu eher eine Heimsuchung als ein Meisterstück. Aber, so fragt man sich, warum soll es Hacheneu besser ergehen als anderen Stadtteilen? Im Gegensatz zu dem geharnischten Protestbrief des SPD-Ortsvereins Dortmund-Kley gegen den Bau des Kongresszentrums der Neuapostolischen Kirche auf einem Gelände in Oespel, hat der SPD-

Ortsverein Wellinghofen es in hervorragender Art verstanden, sich vor einer klaren Aussage, ob er nun für oder gegen das geplante Objekt ist, zu drücken.

Leider stellt sich hier die Frage, wurde der o.g. Protestbrief, vom SPD-Ortsverein Kley, nur geschrieben, weil dieses Gelände für die Neuapostolische Kirche zu keinem Zeitpunkt Verhandlungsgegenstand war?

Es ist ggf. von der SPD zu überdenken, ob nicht die gegen das Objekt opponierenden

Bürger fehlgeleitet sind und die vorausschauende Politik unserer Stadtväter noch nicht genügend überdacht haben oder begreifen können.“

Anita Buhrmester

Glückaufsegenstrasse 79

Hacheneu

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 6. Oktober 1989

KOMMENTAR VON ROLF MAUG:

Rückenwind

Die Würfel sind offiziell noch nicht gefallen. Aber die Gegner der Großkirche zwischen B 54, Zillestrasse, Hüttenbruchweg und den Häusern an der Glückaufsegenstrasse verspüren Rückenwind.

Wenn sich auch noch niemand aus dem Fenster lehnt – der Stand der Diskussion lässt für Hoffnungen der Neuapostolischen Gemeinde nur noch wenig Platz, sich das „Filetstück“ am Südtor zur Stadt trotz des Widerstands von Anwohnern, Tierpark und Umweltschützern doch noch angeln zu können.

Da könnte einerseits der SPD-Ortsverein seine Bedingungen etwa zur Lage des Baukörpers oder zur Park-Regelung für die Busse so hoch schrauben, dass die Gemeinde von sich aus das Grundstück fallen lässt.

Andererseits könnten sich die Besitzverhältnisse als unüberwindliche Hürde erweisen.

Zum dritten tauchen immer mehr Zweifel daran auf, dass die Verwaltung die über zehn Alternativstandorte mit der von der Politik gewünschten Gründlichkeit auf ihre Eignung überprüft hat.

An die Zusage der Dezernentenrunde an die Neuapostolische Gemeinde mag sich Planungsdezernent Bernd Reiff vielleicht gebunden fühlen – die Mehrheitsfraktion legt da andere Maßstäbe an. Sozialdemokraten haben als Alternativ-Standort für die Zentralkirche mit 5'000 Plätzen eine Fläche an der Stadtgrenze zu Bochum ins Visier genommen.

Großkirche in Hacheneu „wackelt“

In der kontroversen Debatte um die geplante NRW-Zentralkirche der Neuapostolischen Gemeinde an der B 54 in Hacheneu scheinen die Gegner des 30-Millionen-Projekts die Oberhand zu gewinnen.

Inzwischen werden nämlich auch in der SPD-Mehrheitsfraktion Zweifel an der Einschätzung der Verwaltungsspitze laut, wonach – von zwölf überprüften Flächen – nur der Acker an Hacheneu als Standort geeignet sei.

Wie erst jetzt bekannt wird, ist die Stadt keineswegs alleiniger Eigentümer des Grundstücks. Auch zwei Landwirte und ein evangelischer Presbyter müssten Land verkaufen.

Der „neuen Skepsis“ trug Fraktionschef Horst Zeidler schon in der konstituierenden Sitzung der neu-gewählten Fraktion mit der Ankündigung Rechnung: „Das wird noch mal überprüft.“

Westfälische Rundschau, 10. Oktober 1989

Hubert Jung leitet Ortsunion

Wellinghofer CDU in Hacheneu erfolgreich

Wellinghofen. Bei ihrer jüngsten Mitgliederversammlung wählte die CDU Wellinghofen das

Ratsmitglied Hubert Jung zum neuen Ortsunionsvorsitzenden. Der bisherige Vorsitzende, der Landtagsabgeordnete Hans-Joachim Menge, hatte bei den Vorstandswahlen zu Beginn dieses Jahres das Amt nur für die Zeit bis zu den Kommunalwahlen übernommen.

Menge schloss seine neunmonatige Amtszeit mit einem Bericht über die Arbeit der Ortsunion Wellinghofen in dieser Zeit und einer Bilanz der Kommunalwahlen. Er bedauerte die Verluste, die die CDU hat hinnehmen müssen, verwies aber auch auf das erfreuliche Ergebnis der Ortsunion Wellinghofen im Wahlbezirk 5302 in Hacheneu. Dort habe, so MdL Menge, die CDU etwa 12 Prozent hinzugewonnen, während die SPD fast 20 Prozent der Wählerstimmen gegenüber den Wahlen 1985 verloren habe. Zu erklären sei dieses Ergebnis mit dem engen Kontakt, den die CDU mit den Bewohnern dieses Ortsteils gepflegt habe, und mit der Hartnäckigkeit, mit der sie für eine Schließung der Behelfsausfahrt Hacheneu für den Lkw-Verkehr und gegen den Bau der Großkirche der Neuapostolischen Gemeinde in dem Ortsteil eingetreten sei.

Bei den weiteren Nachwahlen zum Vorstand wurden Werner Müller zum stellvertretenden Vorsitzenden und Thomas Dietrich zum Beisitzer im Vorstand gewählt.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 11. Oktober 1989

Wellinghofer CDU-Politiker: Bedenken gegen Parkplatzsituation

Standort des Kirchenzentrums verändern

Wellinghofen/Hacheneu. Erhebliche Bedenken gegen die Absicht des Planungsdezernenten Reiff, etwa zwei Drittel der erforderlichen Stellplätze für das geplante Neuapostolische Kirchenzentrum in Hacheneu auf dem Baugrundstück selbst vorzunehmen, hat der CDU-Ratsvertreter Hubert Jung vor Mitgliedern der Wellinghofer CDU geäußert. Bei Großveranstaltungen sei mit rund 100 Bussen und 150 weiteren Autos zu rechnen, für die nur 50 Busparkplätze und 80 – 100 Pkw-Parkplätze auf dem Grundstück vorgesehen seien. Unklar sei demnach, wo die weiteren notwendigen Parkplätze angelegt werden sollten. Es stehe zu befürchten, dass die Besucher des Kirchenzentrums, die auf dem Grundstück der Kirche keinen Parkplatz finden, auf dem Parkplatz am Südausgang des Tierparks oder in den benachbarten Ortsteilen einen Platz für ihr Fahrzeug suchen. Wenn zudem auswärtige Tierparkbesucher ihre Wagen abstellen wollen, sei mit Staus und zugeparkten Wegen zu rechnen, meint

Jung. Er erinnerte noch einmal an den CDU-Vorschlag, das Kirchenzentrum zwischen den Westfalahallen und der B 54 zu errichten.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 12. Oktober 1989

Bürgerinitiative plant Aktionen

Ablehnung gegen neues Kongresszentrum wächst

Wellinghofen/Hacheney. Zufrieden ist die Bürgerinitiative Hacheney mit der Resonanz auf ihre Arbeit gegen den Neubau eines Neuapostolischen Kongresszentrums. Fast täglich, so stellten die Mitglieder bei ihrer jüngsten Zusammenkunft „mit Genugtuung“ fest, meldeten sich weitere Dortmunder Bürger, um sich ebenfalls gegen den Bau dieser 5'000 Personen fassenden Kirche mit Kongresszentrum und den dann notwendigen Parkplätzen im Hacheneyer Grüngürtel zu wenden.

Deshalb fasste die Bürgerinitiative nun weitere Beschlüsse:

- Die persönliche Informationsarbeit (Gespräche und Telefonate) wird verstärkt.
- Durch Inserate in den Dortmunder Tageszeitungen sollen die Bürger auf das Problem aufmerksam gemacht werden.
- Zu gegebener Zeit wird eine neue große, das gesamte Dortmunder Stadtgebiet umfassende Flugblattaktion geplant.
- Die rechtlichen Möglichkeiten einer Verhinderung des Bauvorhabens werden geprüft.
- Bei den Zusammenkünften der Bürgerinitiative, jeden zweiten Montag im Monat um 20 Uhr im „Haus Lueg“ Hacheney, sind Interessenten jederzeit willkommen.

41

Nähere Informationen über die Aktivitäten der Bürgerinitiative erteilt deren Sprecher Friedrich Högger (Tel. 71 19 68 oder Tel. 52 29 52).

Westfälische Rundschau, 19. Oktober 1989

LESERBRIEF:

„Merkwürdige Haltung zu offenen Fragen“

CDU-Ratsvertreter Hubert Jung äußerte Bedenken zur Parkplatzsituation in Hacheney, wenn dort das geplante Kirchenzentrum gebaut werden sollte. Detlef Klos schreibt dazu u.a.:

„Man wird schon sehr darauf achten müssen wie sich Herr Jung in der neuen CDU-Ratsfraktion verhält, denn sein Fraktionskollege Theo Schwill hatte diese Fläche bereits in der Planungsausschusssitzung am 13.09.1989 als ‚Filetstück‘ reklamiert und das heißt bei Insidern ‚Reserviert für die Wirtschaftsförderung‘.

Merkwürdig ist die Haltung von Herrn Jung und seinem Mitstreiter, dem CDU-Landesvertreter Herrn Friedrich Högger zu den übrigen offenen Fragen über die Nutzung der Hacheneyer Fläche:

- Lehnen Sie den Bau einer Verbindungsstrasse zwischen Zillestrasse und Hacheneyer Strasse ab, oder billigen Sie stillschweigend die Forderung einiger weniger Anlieger in Hacheneiy über den Bau?
- Unterstützen Sie die Forderung nach einer Tierparkerweiterung bis auf die Freifläche Hacheneiy?

Den ersten Schritt hierzu hat bereits die SDU-Stadtbezirksvorsitzende aus Hombruch, Elisabeth Rege-ner, im August 1989 eingefordert. Sie reklamierte das Hacheneyer Wäldchen und die Freifläche für die Tierparkerweiterung.“

Detlef Klos

Hacheneyer Strasse 180

Westfälische Rundschau, 20. Oktober 1989

DIE MEINUNG DES LESERS

„Frischlufschneise muss erhalten bleiben!

Zum geplanten Neubau einer Neuapostolischen Kirche in Hacheneiy schreibt Ingo Wenig:

„Es ist in meinen Augen ein Unding, dass überhaupt noch jemand auf die Idee kommt, auch noch das letzte Stück Freiraum in Hacheneiy bebauen zu müssen. In diesem Stadtteil ist die Toleranzgrenze der Bürger schon jetzt genug ausgenutzt. Ich bin der Auffassung, dass nach dem Errichten des Berufsför-derungswerkes, der Landesgehörlosen-Schule und den gewerblichen Schulen nun endlich ein Punkt erreicht ist, an dem man sagt, dass Schluss sein muss mit weiteren unpopulären Maßnahmen, um das Naherholungsgebiet nicht noch mehr zu verunstalten.

Ich verstehe leider unseren Planungsdezernenten Herrn Reiff nicht, dass er mit einer derart unbe-kümmerten und unverantwortlichen Art und Weise die Informationsveranstaltung des SPD-Ortsvereins am 15.09.1989 in Hacheneiy den vielen Zuhörern versucht hat, das geplante Projekt schmackhaft zu machen.

Nach seiner Aussage seien alle anderen möglichen Alternativstandorte als ungeeignet anzusehen. Herr Reiff räumte jedoch selbst ein, dass auch die schnelle Verfügbarkeit des Geländes in Hacheneiy eine sehr große Rolle spiele und er somit diesen Standort als den Richtigen ansehe.

Ich habe Zweifel daran, ob die Verwaltung tatsächlich gründlich die anderen Standorte auf ihre Ver-träglichkeit mit der Umwelt überprüft hat.

Günter Samtlebe hat selber vom Erhalt der Dortmunder Frischlufschneisen gesprochen. Das Hacheneyer Freifeld ist eine von diesen. Es sollte somit nach den Worten unseres Oberbürgermeis-ters erhalten bleiben.

Durch die Erbauung einer Lärmschutzwand an der B 54 sowie der Errichtung der Kirche und dem damit verbundenen Pkw- und Bus-Aufkommen an den Wochenenden im Zusammenhang mit den vielen Tierparkbesuchern würde durch die vielen Abgase die Luft im Naherholungsgebiet Hacheneiy ungemein stark verpestet. Die Dunstglocke würde nicht nur die dort lebenden Anwohner gefährden, sondern auch die zahlreichen Tierparkbesucher und die Tiere.

An den Wochenenden wird es ein Verkehrschaos im Kreuzungsbereich Zillestrasse und B 54 geben. Daran kann dem Tierparkleiter Dr. Bartmann ebenso wenig gelegen sein, wie die Aussicht darauf, dass die Tierpark-Parkplätze durch Kirchenteilnehmer belegt werden-

Um allen weiteren Spekulationen für die Zukunft die Luft aus den Segeln zu nehmen, bin ich dafür, das Hacheneyer Wäldchen und das Freifeld in Hachenevy unter Naturschutz zu stellen.“

Ingo Wenig

Glückaufsegenstrasse 118

Ruhr-Nachrichten, 20. Oktober 1989

LESER SCHREIBER AN DIE REDAKTION

„Vorschläge sind Augenwischerei“

Zu dem Leserbrief „Vorwürfe gegen Dezernenten Reiff nicht gerechtfertigt“ (RN vom 3.10) schreibt Friedrich Högger, Glückaufsegenstrasse 104, 4600 Dortmund 30:

„Ich brauche von Sozialdemokraten keinen Nachhilfeunterricht in jüngster deutscher Geschichte, wie mir Herr Heringhaus im vorgenannten Artikel rät.

Aufgrund meines Elternhauses und meiner politischen Arbeit in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland weiss ich sehr wohl, was technokratisch und menschen-verachtend ist, und ich bleibe bei meiner Aussage.

Herr Reiff hat in der öffentlichen SPD-Veranstaltung am 15.9. noch einmal betont, dass er bei dem Großvorhaben der Neuapostolischen Kirche in Hachenevy als Priorität die „schnelle Verfügbarkeit“ des Grundstücks gesehen habe. Wie in der Vorlage selbst, werden mit keinem Wort die betroffenen Bürger erwähnt, sie werden nicht beachtet und ausgeklammert. Das ist Menschenverachtung und technokratisch.

Die Verwaltung und die Politiker haben vorrangig die Interessen der Bürger zu sehen, sie haben Schaden von ihnen abzuwenden. Ihr Auftrag ist, nicht gegen Bürger tätig zu werden. Stadtrat Reiff hat laut Beschluss des Planungsausschusses vom 24.5.1989 eine Vorlage erstellt, die in keiner Weise alle wichtigen und für die Bürger relevanten Fakten enthält.

Verseuchung der Frischluftschneise durch Abgase, Störung des ökologischen Gleichgewichts, Beeinträchtigung der Lebens- und Wohnqualität der über 500 unmittelbar dort wohnenden Bürger, Lärmbelästigung durch zusätzlichen Verkehr kommen in der Vorlage nicht vor. Eine solche Vorlage sollte jeder verantwortliche Politiker unserer Stadt ablehnen.“

KOMMENTAR VON ROLF MAUG:

Nicht das letzte Wort

Das Votum der Fachleute für Umwelt und Planung der SPD-Ratsfraktion muss nicht das letzte Wort sein. Die Mehrheitsfraktion könnte sich zur Frage des Standorts der Neuapostolischen Großkirche auch anders entscheiden, möglicherweise noch einmal das Gespräch mit Vertretern der Kirche suchen.

Immerhin lässt sich soviel doch sagen: Eine Vorentscheidung ist gefallen. Und es dürfte der großen Ratsfraktion nicht leicht fallen, die Empfehlung ihrer Experten – zumal sie bekannt wurde – zu übergehen.

Sie sollte es dennoch tun. Und nach dem, was die Sozialdemokraten im Kommunalwahlkampf versprochen haben, werden sie es sogar müssen. Da war nämlich die Rede davon, dass die SPD die Aufgabe des Schutzes von Natur und Landschaft künftig noch stärker als bisher ernst nehmen würde.

Und im Flächennutzungsplan ist das Grundstück, auf das die Neuapostolische Gemeinde und ihr Architekt Gustav Schulze ein Auge geworfen haben, als Fläche für Landwirtschaft ausgewiesen.

Erst wenige Wochen verstrichen, seit ausgerechnet der Chef der SPD-Fraktion und Vorsitzende im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung, Rolf Hahn, in der **WAZ**-Interviewreihe „Zur Sache gefragt“ klipp und klar erklärt hatte, dass Freiräume – über die im Flächennutzungsplan bereits für die Bebauung vorgesehenen Flächen hinaus – nicht mehr angetastet wurden. Ein lobenswerter Vorsatz. Nur: Er müsste durchgehalten werden.

Planer der SPD segnen Kirche ab

Eine Vorentscheidung ist in der strittigen Frage gefallen, ob die Neuapostolische Gemeinde das Ackergrundstück an der Ecke Zillestrasse / B 54 in Hacheneß zum Bau einer Landeszentralkirche mit 5'000 Plätzen bekommen soll.

Die Mitglieder im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung werden der SPD-Gesamtfraktion empfehlen, für das Projekt in Hacheneß grünes Licht zu geben. Den Beratungen am Mittwochabend im Rathaus ging eine Rundfahrt zu Alternativstandorten voraus.

Westfälische Rundschau, 1. Dezember 1989

Bürgerinitiative wendet sich in offenem Brief gegen Großkirche

Hacheneß. Mit einem offenen Brief hat sich die Bürgerinitiative Hacheneß wegen der geplanten Großkirche jetzt an die Neuapostolische Kirche selbst gewandt.

Darin spricht die Bürgerinitiative erneut einige Probleme durch den geplanten Neubau an: die Zerstörung der Frischluftschneise, die Verkehrsbelastung und Lärmbelästigung am Wochenende durch die zu erwartenden 5'000 Nutzer sowie der Verlust eines Freiraums und Naherholungsgebietes für die Bürger.

In diesem Zusammenhang weist die BI auch auf die fast 1'000 Unterschriften hin, die mittlerweile gegen das Projekt gesammelt wurden. Der Brief schließt mit einem Appell an die Verantwortlichen der Neuapostolischen Kirche: „Wir fordern Sie zur Einsicht auf, ehe es zu spät ist“.

Kongresszentrum

Offener Brief der Anwohner an Landeskirche

Die „Bürgerinitiative Hacheneu“ hat sich in einem offenen Brief an die Neuapostolische Kirche gewandt, die in Hacheneu eine Großkirche für 5'000 Personen bauen will. Darin fragen die künftigen Nachbarn, weshalb die Kirche bisher selbst noch nicht über das Vorhaben informiert habe, und ob es mit deren christlichem Glauben zu vereinbaren sei, derart gravierende Umweltfolgen in Kauf zu nehmen. Die Initiative weist darauf hin, dass eine Frischluftschneise zerstört wird und mit viel Lärm und Abgasen zu rechnen sei.

Kirchenzentrum: Verhandlungen hinter verschlossenen Türen

Betrifft: Vertreter der Neuapostolischen Gemeinde und der Stadt verhandeln unter Ausschluss der Öffentlichkeit über Kirchenzentrum.

So langsam muss auch jedem Dortmunder Bürger klar werden, dass schon seit einigen Jahren Vertreter der Neuapostolischen Kirche und der Dortmunder Stadtverwaltung unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der zuständigen politischen Gremien über Grundstückserwerb und möglicherweise Tausch verhandeln. So hat in einem Schreiben an den Planungsdezernenten Bernd Reiff, Herr Kelber von den „Grünen“ im Rathaus, diesen darauf hingewiesen, dass die Neuapostolische Kirche im Gegensatz zu einer Erklärung für den Ratsausschuss vom Mai 1989 den Verkauf eines Grundstücks an der B 1 – sowie eines Grundstücks in Scharnhorst, von dem den Gremien des Rates bisher nichts bekannt war – an die Bedingung geknüpft hat, ein Gelände für eine Großkirche in Dortmund zur Verfügung gestellt zu bekommen und das zu einem „für beide Seiten vertretbaren Niedrigpreis“.

Aus einem uns zur Verfügung gestellten Schreiben geht hervor, dass Herr Rechtsanwalt Möhlmeier als Vertreter der Neuapostolischen Kirche mit Datum vom 20.3.1985 gegenüber dem Liegenschaftsamt folgendes aufführt:

„In diesem Zusammenhang sei hervorgehoben, dass die Neuapostolische Kirche das Land Nordrhein-Westfalen Eigentümerin eines Grundstücks an der Karl-Prümer-Straße – Flur 59 Flurstück 587 und 588 – ist. Dieses Grundstück wird von der Straßenbauverwaltung, vertreten durch das Straßenneubauamt Gelsenkirchen, vollständig benötigt für den Ausbau der B 236. Sicherlich werden Sie Verständnis dafür haben, dass die Neuapostolische Kirche nur bereit sein wird, dieses Grundstück für den Straßenbau zur Verfügung zu stellen, wenn ihr ein geeignetes Ersatzgrundstück angeboten wird. Hier bietet sich die Chance, sowohl die Straßenplanungsangelegenheit Karl-Prümer-Straße zu bereinigen als auch den Wunsch und die Vorstellungen der Neuapostolischen Kirche des Landes NRW, Körperschaft des öffentlichen Rechts, für die Errichtung einer Zentralkirche für den Bezirk NRW und westfälisches Niedersachsen zu verwirklichen.“

Friedrich Högger

Glückaufsegenstrasse 104

46 Dortmund 30

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 2. Dezember 1989

LESERECHO + + LESERECHO + + LESERECHO

Kirche schweigt zu Großprojekt

Betr.: Kirche in Hacheneu

„Die Neuapostolische Kirche hat bisher über ihre Absicht, in Hacheneu ein Kongresszentrum mit Großkirche für 5'000 Personen zu bauen geschwiegen. Sie hat weder die Öffentlichkeit noch die betroffenen Bürger informiert.

Wir Gegner des Großprojekts fragen die Verantwortlichen der Neuapostolischen Gemeinde in NRW: Wie können Sie es mit Ihrem christlichen Glauben vereinbaren,

- dass durch das Bauvorhaben die Frischluftschneise zerstört wird und die Anwohner und Erholungssuchenden durch Autoabgase gesundheitliche Schäden erleiden?
- Dass an Wochenenden 5'000 Personen in den jetzigen Freiraum mit Pkw und Bussen über die B 54 oder Zillestrasse anreisen, neben der zusätzlichen Lärmbelästigung ein Verkehrschaos auslösen und damit Tierparkbesucher abschrecken?
- Dass ein Stück Freiraum und Naherholungsgebiet und damit ein Stück Lebensqualität den Bürgern verloren geht?

Inzwischen haben sich fast 1'000 Bürger durch ihre Unterschrift und durch zahlreiche Briefe gegen Ihre Großkirche an diesem Standort ausgesprochen. Wie wollen Sie als christliche Glaubensgemeinschaft in Frieden mit uns leben, wenn Sie davon ausgehen müssen, dass Sie von Ihren neuen Nachbarn nicht akzeptiert werden?

Wir fordern Sie zur Einsicht auf, ehe es zu spät ist.“

Friedrich Högger

Bürgerinitiative Hacheneu

Glückaufsegenstrasse 104

4600 Dortmund 30

46

Westfälische Rundschau, 2. Dezember 1989

Insgesamt 12 Standorte möglich

Stadt gab Zusagen für Kirchenzentrum

Die „Grünen im Rathaus“ wollen den umstrittenen Plan, in Hacheneu eine Großkirche der Neuapostolischen Landeskirche zu bauen, in der nächsten Planungsausschusssitzung noch einmal behandeln. Ihnen geht es dabei vor allem um die Aufklärung von Versprechungen und Zusagen, die der Glaubensgemeinschaft von der Stadt gemacht worden seien.

Wie Dr. Richard Kelber von den Grünen erklärt, seien offenbar zwei Grundstücksverkäufe der Kirche in Scharnhorst und an der B 1 im Rahmen des Neubaus der B 236 an die Stadt bzw. den Landschaftsverband mit Zusagen über einen Bauplatz für das Kirchenzentrum verbunden gewesen. Stadtrat Bernd Reiff hatte solche Zusicherungen bisher bestritten.

Die Planungsfraktion der SPD hat bei einer Rundfahrt durch die Stadt insgesamt 12 Standorte besichtigt, die für den Bau des Kirchenzentrums in Frage kommen. Dabei habe es keinen abschließenden Beschluss gegeben, wo denn das Kirchenzentrum gebaut werden solle, sagte Fraktionsgeschäftsführer Peter Heringhaus. Allerdings gab es zahlreiche Stimmen, die für den Standort Hacheneu votierten.

Die Neuapostolische Kirche hat sich bisher nur für den Standort Hacheneu interessiert, der

ihr auch von der Verkehrsanbindung her am besten gefällt. Gegen die Bebauung dieses Freigeländes gibt es jedoch erhebliche Bedenken der Anwohner und der Umweltschützer.

Ruhr-Nachrichten, 2. Dezember 1989

Richard Kelber sah die Akten zum Kirchenzentrum Hacheneu ein:

Kirche stellt klare Bedingung

Es besteht sehr wohl eine Bedingung der Neuapostolischen Kirche zur Hergabe eines Grundstücks an der B 236: Die Ausweisung eines Platzes für das Kirchenzentrum, geplant von Architekt Gustav Schulze an der B 54 in Hacheneu.

Das hat Ratsherr Richard Kelber (Grüne) ermittelt, der als Vorsitzender des Finanz- und Liegenschaftsausschusses Einsicht in die Akten der Verwaltung nahm. Er fand bestätigt, was die **RN** schon aufgrund einer Aussage von Rechtsanwalt Dr. Möhlmeier bei einer Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen gemeldet hatten. Eine solche Verbindung, geschweige Bedingung, war von der Stadt stets geleugnet worden, zuletzt noch von Stadtrat Bernd Reiff in Ratsausschüssen sowie in einem Brief an Kelber.

In dem Schriftwechsel wurde sogar ein „für beide Seiten vertretbarer Niedrigpreis“ gefordert.

Überraschend auch, dass in den gesammelten Akten darüber hinaus noch ein anderes Grundstück der Neuapostolischen Kirche in Scharnhorst ins Spiel gebracht wurde, das die Stadt ebenfalls erwerben wollte. Dieses Grundstück will die Kirche nun für Jugendzwecke nutzen und nicht mehr verkaufen oder tauschen.

Unbeantwortet ist bis heute die Frage, wer das Grundstück in Hacheneu als quasi gesichert zugesagt hat und wieso es dazu kommen konnte ohne Entscheidung politischer Gremien.

Stadtrat Reiff hat auf entsprechende Vorhaltungen Richard Kelber geantwortet, dass er auch jetzt noch keinen Zusammenhang zwischen dem Grundstück an der B 236 und in Hacheneu sehe. Wenn die Kirche diesen Zusammenhang herstelle, so habe „dies nicht zwangsläufig eine Übertragung auf die Arbeit des Planungs- und Umweltdezernates zur Folge“.

Ruhr-Nachrichten, 6. Dezember 1989

„Zentrums-Bau mindert Wert des Naherholungsgebietes“

Hacheneu. Zu den Plänen der Neuapostolischen Kirche in Hacheneu ein Grosszentrum zu errichten, schreibt Hanni Becker, Glückaufsegenstrasse 120:

„Die Kommunen sind aufgefordert Freiflächen zu erhalten: aber trotzdem soll die Neuapostolische Kirche im Naherholungsgebiet Hacheneu bauen dürfen.

An Wochenenden ist der Rombergpark dermaßen überlaufen, dass sich die Menschen dort fast auf die Füße treten. Das Naherholungsgebiet müsste also dringend erweitert und nicht verkleinert werden.

In diesem Sommer wurden mehrmals Rehe auf dem Acker gesichtet, Raubvögel kreisen und Kiebitze nisten jedes Frühjahr am Rande des Ackers und viele Singvögel haben dort ihren Lebensraum, den es zu erhalten gilt.

Statt Aufforstung soll ein großer Teil des Ackers zubetoniert werden. Für 100 Busse und 150 Pkw müssen Parkmöglichkeiten geschaffen werden. Wenn 100 Busse an- und abfahren gibt es einen unzumutbaren Lärm und eine unnötige Belastung der Umwelt. Abgase werden in die Siedlung und den Wald getrieben.

Naherholungsgebietes zur gesundheitlichen Regeneration der Bevölkerung wird weiter gemindert.“

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 9. Dezember 1989

Großkirche belastet Umwelt

Betr.: Kirche in Hacheneu

„Die Kommunen sind aufgefordert, Freiflächen zu erhalten. Aber trotzdem soll die Neuapostolische Kirche im Naherholungsgebiet Hacheneu bauen dürfen.

An Wochenenden ist der Rombergpark dermaßen überlaufen, dass sich die Menschen dort fast auf die Füße treten. Das Naherholungsgebiet müsste also dringend erweitert und nicht verkleinert werden.

Im Sommer wurden Rehe auf dem Acker gesichtet, Raubvögel kreisen über dem Acker, Kiebitze nisten jedes Frühjahr am Rande des Ackers, viele Singvögel haben dort ihren Lebensraum.

Statt Aufforstung soll ein großer Teil des Ackers zubetoniert werden. Für 100 Busse und 150 Pkw müssen Parkplätze geschaffen werden. Wenn 100 Busse an- und abfahren, gibt es einen unzumutbaren Lärm und eine unnötige Belastung der Umwelt.

Hanni Becker

Glückaufsegenstrasse 120

46 Dortmund 30

Westfälische Rundschau Nr. 288, 9. Dezember 1989

Bürgerfreundlicher Service im Planungsamt – WR-Gespräch mit Bernd Reiff:

Standortfrage für Großkirche Entscheidungsreif

„Die Standortfrage für den geplanten Bau der Neuapostolischen Kirche ist entscheidungsreif. Jetzt ist die Politik gefragt“, erklärt Dortmunds Planungsdezernent Bernd Reiff in einem **WR**-Gespräch. Inner-

halb der nächsten Wochen müsse die Entscheidung getroffen werden, ob die Großkirche an der B 54 in Hacheneu errichtet werden kann. Die Neuapostolische Kirche dränge auf eine baldige Klärung.

Der Stadtrat will bei der künftigen Nutzung der Industriefläche in Ellinghausen nicht mehr auf den großen „Planungswurf“ warten, sondern regte eine möglichst baldige Erschließung in Teilschritten an. Zur bereits veröffentlichten Hochglanzbroschüre Dortmund-Nord äußerte er sich kritisch: „Ob wir es so ausführen, ist eine zweite Sache“. Yachthafen und Golfplatz bezeichnete Reiff als „nachrangige Attribute“.

Bürger und Architekten sollen zukünftig beim Gang zur Planungsbehörde künftig nicht mehr „durch drei oder vier Häuser gescheucht“ werden, sondern eine umfassende Beratung durch nur einen entsprechend geschulten Mitarbeiter erhalten. Zu diesem Zweck bekommen wichtige Bereiche des Amtes neue Aufgaben. Auch die Planungsstäbe in den Stadtbezirken werden in der City zusammengefasst.

Zum Wohnungsbau kündigte der Dezernent eine Überprüfung der Ablösesatzung für Parkraum an. Um den Ausbau von Dachgeschossen zu forcieren, sei eine Herabsetzung der Abstandssumme in bestimmten Gebieten der Innenstadt denkbar. Mindestens 2'000 Wohnungen sollen jährlich den Bestand der gestiegenen Nachfrage anpassen.

Kirchen-Zentrum

Die Standortfrage für die Neuapostolische Kirche ist nunmehr entscheidungsreif. Reiff sagte, er habe die Standortplanung bereits fertig übernommen und sie auch weitergeführt, „weil ich keine Veranlassung sah, diese Entscheidung zu revidieren. Es gibt Außerdem gute Gründe, warum so entschieden worden ist“. Dennoch sei die Standortfrage noch nicht letztgültig geklärt. Der Fachausschuss wird erneut darüber beraten. Bei der Diskussion um die benötigten Parkplätze wurde jedoch überzogen: „Wir brauchen keine 500 Parkplätze“.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 27. Dezember 1989

Großkirche bleibt weiter umstritten

Weitere 400 Unterschriften gegen den Bau der Neuapostolischen Großkirche in Hacheneu schickte die Bürgerinitiative Hacheneu an den Oberbürgermeister und die Ratsfraktionen. Damit liegen bereits über 800 Einsprüche gegen das Projekt vor.

Die Initiative begründet ihre ablehnende Haltung vorrangig mit dem Fortfall an Freiraum und der Zerstörung einer Freiluftschneise. Sie wies erneut darauf hin, dass der Kirchenbau weder Steuern einbringe noch neue Arbeitsplätze schaffe.

Ruhr-Nachrichten, 29. Dezember 1989

Bürgerinitiative Hachenev: Neue Post für den Oberbürgermeister **Weitere 396 Einsprüche gegen das geplante Kirchenzentrum**

Die Bürgerinitiative Hachenev gegen die Errichtung des Kirchenzentrums der Neuapostolischen Kirche hat dem Oberbürgermeister weitere 22 Blatt mit 396 Unterschriften (Originallisten) von Bürgern zugestellt, die das Anliegen der Bürgerinitiative Hachenev unterstützen.

„Wir haben diese Unterschriften nicht gezielt eingeholt, sondern sie kamen von Bürgern, die sich bei uns gemeldet bzw. angerufen haben, um unser Anliegen zu unterstützen. Mit den Ihnen zugestellten 428 Unterschriften vom 11.5.1989 haben sich per Namenseintrag, Anschrift und Unterschrift 824 Dortmunder Bürger gegen das Bauvorhaben ausgesprochen. Da die Unterschriften vorwiegend von Familienvorständen geleistet wurden, kann man von rund 2'500 Personen ausgehen,“ heißt es in dem Brief.

Die Initiative erinnert den Oberbürgermeister an seine Aussage auf dem letzten SPD-Parteitag, auf dem er sich für den Erhalt der Dortmunder Frischluftschneisen ausgesprochen habe. Das Großprojekt in Hachenev würde für die Stadt Dortmund weder Steuern einbringen noch neue Arbeitsplätze schaffen. Es würde aber für die Bürger ein schönes Stück Freiraum zerstört, meint die Initiative.

„Da wir den Eindruck haben, dass es einige Leute in Ihrer Verwaltungsspitze gibt, aber auch einige Politiker, die ohne Rücksicht auf die Interessen der Dortmunder Bürger Beschlüsse herbeiführen wollen, haben wir vor der Kommunalwahl 5'000 Flugblätter an die Dortmunder Bürger verteilt und werden zur Landtagswahl, wenn es sein muss, 50'000 Flugblätter verteilen,“ heißt es weiter in dem Brief.

50

Westfälische Rundschau, 2. Januar 1990

Bürgerinitiative kündigt harten Widerstand an: Mit 50'000 Flugblättern in den Landtagswahlkampf

Neue Protestwelle gegen geplante Großkirche in Hachenev

In den nächsten Wochen will die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund über ihre Haltung zum geplanten Bau einer Großkirche der Neuapostolischen Kirche auf dem bisher landwirtschaftlich genutzten Gelände nördlich der Zillestrasse in Hachenev befinden.

Nachdem sich die Planungsausschussmitglieder in der Mehrheitsfraktion bereits für den Bau ausgesprochen haben, rechnen Befürworter und Gegner des Projekts mit einer Zustimmung auch der Gesamtfraktion.

Im Vorfeld dieser Entscheidung hat die Bürgerinitiative Hachenev, die von CDU-Sozialausschüssler Friedrich Högger angeführt wird, dem Oberbürgermeister noch einmal 396 Unterschriften übersandt, die sich gegen den Bau der Neuapostolischen Kirche aussprechen.

Zuvor hatte die Bürgerinitiative bereits 426 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt und dem OB übergeben. Högger erinnert den Oberbürgermeister dabei an seine Aussage auf dem letzten SPD-Parteitag, demzufolge er sich für den Erhalt der Dortmunder Frischluftschneisen ausgesprochen hat.

Das Großprojekt Hacheneey würde der Stadt Dortmund weder Steuern einbringen noch neue Arbeitsplätze schaffen, lediglich für die Bürger der Stadt ein Stück Freiraum zerstören.

Högger kündigt weiter massiven Widerstand der Bürgerinitiative an für den fall, dass sich der Rat und die Verwaltung für den Bau der Großkirche aussprechen sollten. Mit 50'000 Flugblättern wolle die Initiative in den Landtagswahlkampf eingreifen, um die Interessen der Hacheneeyer gegen das Projekt zu verteidigen. Die Bürgerinitiative will notfalls auch gegen einen Beschluss für den Bau der Großkirche vor dem Verwaltungsgericht klagen.

Westfälische Rundschau, 6. Januar 1990

Protest gegen geplante Großkirche wird für den Wahlkampf ausgenutzt

Betrifft: WR-Artikel „Neue Protestwelle gegen geplante Großkirche in Hacheneey“

Offensichtlich strebt die Auseinandersetzung um das Bauprojekt der Neuapostolischen Kirche in Hacheneey einem neuen Höhepunkt zu: die Bürgerinitiative will sich vor den Wahlkarren der CDU bei der bevorstehenden Landtagswahl spannen lassen... Als Mitglied der Bürgerinitiative Hagener Strasse kann ich nur zur Vorsicht mahnen. Wie wir selbst erfahren haben, besteht vor Wahlen leicht die Gefahr, dass Bürgerinitiativen für wahltaktische Manöver missbraucht werden.

Mir ist kein einziger Fall bekannt, wo die CDU gegen Bauvorhaben der katholischen Kirche protestiert hat. Erst haben die Grünen versucht mit diesem Thema Stimmen zu fangen, jetzt will die CDU es zum Wahlthema hochstilisieren. Mag es einem Wahlkreiskandidaten wie Norbert Blüm zur Hilfe dienen? Die Verteidiger der Frischluftschneise sollen aufmerken: offensichtlich lehnt die CDU dieses Projekt hauptsächlich ab, weil „es weder Steuern einbringt noch neue Arbeitsplätze schaffen“ würde – vielleicht gibt es schon Interessenten im Kreis kapitalkräftiger Gewerbebetriebe, die kein Interesse daran haben, irgendeine Industriebranche als Siedlungsfläche zu akzeptieren. Warum hat die CDU in der Vergangenheit z. B. keine alternativen Standorte in die Diskussion gebracht? Dafür wird jetzt der Wahlkampf eröffnet – sehr durchsichtig.

Klaus Scheller
Hagener Strasse 133
4600 Dortmund 50

Westfälische Rundschau, 16. Januar 1990

Eine Gegenstimme:

SPD für das Kirchenzentrum in Hacheneey

Das geplante gigantische Zentrum der Neuapostolischen Kirche in Hacheneey kann gebaut werden. Die SPD-Fraktion stimmte gestern nach **WR**-Informationen mit nur einer Gegenstimme für den Antrag. Der Bau soll über 30 Millionen DM kosten.

Auf dringenden Wunsch des SPD-Ortsvereins Wellinghofen sollen zwei Drittel der Fläche aufgeforstet und auf eine zusätzliche Strasse entlang des Waldes verzichtet werden. Ein Buspendeldienst über die B 54 soll bei Großveranstaltungen andere Parkplätze anfahren.

Umweltdezernent Bernd Reiff erklärte gestern vor der Fraktion, das Gutachten des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, das hier eine Frischluftschneise forderte, beziehe sich auf eine benachbarte Fläche.

Westfälische Rundschau, 20. Januar 1990

Großkirche: In SPD kein Widerstand ?

Betrifft: SPD für das Kirchenzentrum Hachene

Ich frage mich doch ernstlich, ob ich nicht einfach aus alter Abhängigkeit falsch gewählt habe. Kann sich die Wellinghofer SPD so gegen die offenkundige Meinung ihrer Mitbürger mitentschieden haben? Warum tut sie das? Warum ist die ganze SPD-Fraktion dafür – mit einer Gegenstimme?

Da ich ortskundig bin, frage ich mich Außerdem, welche benachbarte Fläche meint unser Umweltdezernent? Und dann die ganz große Frage: Was tut eigentlich die Neuapostolische Kirche für die Allgemeinheit, dass ihr das Recht zugestanden wird, diese Allgemeinheit so in ihrem Bedürfnis auf Grünfläche, auf Frischluft statt ihrer Busabgase zu beschneiden?

Heidi Klitzke

Silberhecke 37

Westfälische Rundschau, 22. Januar 1990

Bürgerinitiative:

Protest gegen Votum für Großkirche

„Die SPD hat die Bürger verraten und verkauft“. Diesen Vorwurf äußert die Bürgerinitiative Hachene, nachdem die Entscheidung der SPD vom 15. Januar bekannt geworden ist, dem Bau des Neuapostolischen Kongresszentrums zuzustimmen. „Wie kann die SPD von den Dortmundern noch ernst genommen werden“, fragt Friedrich Högger von der Bürgerinitiative, „wenn sie so schnell ihre Wahlversprechungen vergisst?“ Die Bürger fragen vor allem die im Stadtgebiet Hörde wohnenden SPD-Mandatsträger, „warum sie der Zerstörung der Freiluftschneise und des Grüngürtels in Hachene zustimmen.“

Ruhr-Nachrichten, 23. Januar 1990

CDU Hachene weiterhin ablehnend zur Standortwahl:

„B 1-Ersatzfläche für Kirchbau reservieren“

Wellinghofen. Die Wellinghofer Christdemokraten bleiben bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Vorhaben der Neuapostolischen Kirchengemeinde, ein Kirchen- und Konferenzzentrum in Hachene zu errichten.

Sie wollen somit der Standortentscheidung der SPD-Ratsfraktion vom Montag (15.11.) ihren Vorschlag weiterhin entgegensetzen, der Bauherrin eine Fläche an der Bundesstrasse 1, zwischen Ardeystraße und Ruhrallee, für das Projekt zu reservieren. Diese Erklärung gab nun Ortsunionvorsitzender und Ratsmitglied Hubert Jung nach einer Vorstandssitzung bekannt.

Er erläuterte, der Ortsteil Hacheneu, der schon von zahlreichen Großbauten umgeben sei, werde mit der Kirche nach Süden in einer Weise abgegrenzt, dass man nur noch von einem „Einkesseln“ der Wohnbauten sprechen könne. Der letzte Freiraum werde dem Kirchenbau geopfert. Hinzu komme, so Jung, dass die Umsetzung des Wunsches des Tierparks, sich in das Hacheneu Wäldchen zu erweitern, unverändert zur Diskussion stehe.

Die Ausbaupläne, die der Öffentlichkeit schon mehrfach präsentiert worden wären, sähen eine großzügige Inanspruchnahme des Wäldchens und einen Tierparkeingang in der Nähe der U-Bahn-Haltestelle Hacheneu vor.

Mit einer solchen Maßnahme, befürchtet Jung, würden zusätzliche Besucherströme durch Hacheneu gelenkt und gleichzeitig ginge der notwendige Freiraum und so auch die Lebensqualität für die Hacheneu verloren. Dabei verwies Hubert Jung erneut an die gutachterliche Einschätzung zur Umweltverträglichkeit des Kirchenbauprojektes, die auf die Bedeutung der Ackerfläche für die Frischluftzufuhr verwies.

„Welche Bedeutung haben wohl die Reden der SPD-Ratsmitglieder zugunsten der Erhaltung von Freiräumen und Frischluftschneisen, wenn bei der ersten sich bietenden Gelegenheit der Freiraum ohne Rücksicht auf die Belange der Anwohner für eine Bebauung freigegeben wird?“ fragte Jung.

In Frage stellte er auch den Wert von Flächennutzungsplänen, wenn die dort beschlossenen Ziele schon nach wenigen Jahren aufgegeben würden.

Jung kündigte weiterhin an, seine Partei werde im Gespräch mit den betroffenen Bürgern bleiben. So lädt die Hacheneu CDU am Montag (29.1.) um 20 Uhr ins Haus Lueg, Glückaufsegenstrasse 63, zur öffentlichen Versammlung. Gäste bei der Diskussion dieses Themas werden u. a. MdL Menge und CDU-Fraktionsvorsitzender der Hörder CDU, Heinz-Hermann Busen sein.

53

„Hacheneu Freifläche sollte Ausgleich sein“

Zum Thema „Neuapostolisches Kirchenzentrum“ schreibt Ingo Wenig, Glückaufsegenstrasse 118, Hacheneu:

Die Freifläche an der B 54 / Zillestrasse wird trotz massiver Proteste aus der Bevölkerung und verschiedener anderer Gruppierungen für die dort stattfindenden Großveranstaltungen und Seminare hergerichtet und zubetoniert werden.

Dieses verdanken wir alles unserem Planungsdezernenten und unserer Mehrheitsfraktion im Rat, der SPD. Vor allen Dingen ist es aber „Bernis Reif(f)e“ Leistung, welche ausschlaggebend war für die nun folgende Errichtung des Zentrums. Das war seine bisher größte Meisterleistung im Kampf gegen die Bürger Dortmunds. Unser Planungsdezernent ist „reif(f)“ für die Insel...

Sehr problematisch sieht es auch um unseren Oberbürgermeister Günter Samtlebe aus, welcher so überzeugend in seiner Rede im letzten Jahr von dem Erhalt der Dortmunder Frischluftschneisen gesprochen hat. Wird man in Zukunft unseren Oberbürgermeister der Lüge bezichtigen müssen?...

Angeblich werden zwei Drittel der zu bebauenden Fläche aufgeforstet. Wie wird das jedoch in ein paar Jahren aussehen?

Die Gemeinde der Neuapostolischen wächst und nach und nach wird sich diese in Richtung Wohnsiedlung ausbreiten...

Der Flächennutzungsplan weist die Hachener Freifläche ausdrücklich als Ausgleichsfläche für Eingriffe in die Landschaft an anderen Stellen des Stadtgebietes aus. Was soll man von so einem Plan halten, welchem anscheinend die SPD bei ihrer Meinungsfindung ebenso wenig die richtige Beachtung geschenkt hat, wie dem Gutachten des Umweltamtes?...

Die Neuapostolische Kirche wird also wieder ihr Weltzentrum von Zürich nach Dortmund verlegen. Das könnte für den Vorort Hacheneß bedeuten, dass sämtliche Weltkarten neu gedruckt werden müssten. Einen Weltsitz in Hacheneß gibt es schließlich nicht alle Tage. Auf der Landkarte würde dann dieser Dortmunder Vorort als kleiner schwarzer mickriger Fleck zu sehen sein. Das sind sehr interessante Aussichten...

Ein gutes Stück Grün und Freizeitwert der Stadt Dortmund geht durch die Entscheidung der SPD-Fraktion vom 15.1. für immer verloren... Was muss man sich als Bürger noch alles gefallen lassen?

Ruhr-Nachrichten, 24. Januar 1990

LESER SCHREIBEN AN DIE REDAKTION

„Entscheidung ist unverständlich“

Friedrich Högger, Glückaufsegenstrasse 104, Hacheneß, von der Bürgerinitiative (BI) Hacheneß, schreibt zum Thema „Neuapostolisches Kongresszentrum“:

„Die SPD hat die Bürger verraten und verkauft! Diese Feststellung traf die BI nach der bekannt gewordenen Entscheidung der SPD-Ratsfraktion vom 15.1., dem Standort Hacheneß für den Bau des Neuapostolischen Kongresszentrums zuzustimmen.

Empörte Anrufer stellen die Frage, ob die SPD erpresst wird oder gar eine erhebliche Wahlkampfspende erhält?

Diese Frage ... kann naturgemäß nur die SPD beantworten. Vielleicht nimmt sie öffentlich Stellung und gibt die Gründe für ihre unverständliche Entscheidung bekannt.

Wie kann die SPD von den Dortmundern noch ernst genommen werden, wenn sie so schnell ihre Wahlkampfversprechen vergisst? Die Bürger sind allerdings nicht so vergesslich und fragen insbesondere die im Stadtgebiet Hörde wohnenden SPD-Mandatsträger Fritz Hellemeier, Jan Tech, Erwin Siekmann, Horst Lapornik, die MdL Karl Böse, Franz Josef Kniola und MdB Werner Zeitler, warum sie der Zerstörung der Frischluftschneise und des Grüngürtels in Hacheneß zustimmen?

Haben sie nicht gelobt, die Interessen der Bürger zu vertreten, oder stimmt der von besorgten Bürgern geäußerte Verdacht doch? ... Auch wenn 30 Millionen DM im Spiel sind, brauchen unsere Kinder und Enkel noch Luft zum Atmen! Beton haben wir genug!“

Ruhr-Nachrichten, 31. Januar 1990

Ortsunion Wellinghofen informiert über Neuapostolische Kirche

„Lieber zum Zoo als zur Kirche“

Von ANDREAS SCHRÖTER

Hacheney. „Sie sollten gegen den Standort Hacheney so hart kämpfen, wie die Bürger der DDR gegen ihr früheres Regime“. Heinz-Hermann Busen, CDU-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksvertretung Hörde, sprach zum Thema „Neuapostolische Kirche“ am Montag klare Worte.

Die Ortsunion Wellinghofen hatte zu einem Informationsabend eingeladen. Anwesend waren auch die Mitglieder der Bürgerinitiative Hacheney.

Hubert Jung von der Ortsunion machte die Position seiner Partei deutlich: Hacheney sei schon jetzt von zahlreichen Einrichtungen von Bedeutung umgeben. Wenn die letzte Freifläche ebenfalls mit einem Gebäude (dem der Neuapostolischen) zugestellt würde, bestehe für den Stadtteil keine Möglichkeit der Erweiterung mehr.

Auch aus einem anderen Grund sprach sich der CDU-Politiker für den Erhalt der Freifläche aus: Der Tierpark möchte den angrenzenden Wald für seine Zwecke nutzen. In diesem Fall müssten jedoch Ersatzflächen für Aufforstungen bereit stehen, die bei einer Bebauung durch die Kirche nicht mehr vorhanden wären. Einen Ausbau des Tierparks etwa über die Zillestrasse hält Jung für nicht geeignet. Den Interessen des Parks sei Vorschub zu leisten, weil „wir doch lieber dorthin gehen als in die Kirchengemeinde“. Hubert Jung kündigte zu diesem Punkt in Kürze konkrete Pläne an.

Außerdem will der CDU-Politiker die SPD, die sich am 15. Januar auf ihrer Fraktionssitzung bei einer Gegenstimme für den Standort Hacheney entschieden hatte, jetzt „stellen“. Das soll einerseits im Planungsausschuss, andererseits im Bau- und Grünflächenausschuss geschehen.

Die CDU steht weiterhin zu dem Standort zwischen Ardeystraße und B 54, wobei dort bei gleichzeitiger Errichtung eines Parkdecks die Besucher von Westfalenhalle und Stadion mit profitieren würden.

Heinz-Hermann Busen wirft der SPD „wahltaktisches Verhalten“ vor. Sogar OB Samtlebe habe vor der Wahl gesagt: „Alle Freiflächen sollen erhalten bleiben“.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative um Friedrich Högger überlegen, ob sie ihren Forderungen durch gezielte Protestaktionen Nachdruck verleihen sollen. Högger wies noch einmal darauf hin, dass er die Standortwahl für ein Tauschgeschäft hält: Hacheney gegen ein von der Stadt benötigtes Gelände für die B 236n, das sich noch im Besitz der Neuapostolischen befindet.

Westfälische Rundschau, 3. Februar 1990

Bauusage der Stadt an Neuapostolische Kirche enttäuscht Hacheneyer

Betrifft: Kirchenzentrum in Hacheney

Die Kommunen sind aufgefordert, Freiflächen zu erhalten, aber trotzdem soll die Neuapostolische Kirche im Naherholungsgebiet Hacheney bauen dürfen. Am Wochenende ist der Rombergpark der-

maßen überlaufen, dass sich die Menschen dort fast auf die Füße treten. Das Naherholungsgebiet müsste also dringend erweitert und nicht verkleinert werden.

Statt Aufforstung soll ein großer Teil des Ackers zubetoniert werden, für 100 Busse und 150 Pkw müssen Parkmöglichkeiten geschaffen werden. Wenn diese vielen Kraftfahrzeuge an- und abfahren, gibt es einen unzumutbaren Lärm und wieder eine zusätzliche Belastung der Umwelt. Abgase werden in die Siedlung und den Wald geblasen. Anstatt einer Frischluftschneise haben wir dann eine Abgas-schneise, und der Wert des Naherholungsgebietes zur gesundheitlichen Regeneration der Bevölkerung wird weiter gemindert.

Hanni Becker

Glückaufsegenstrasse 120

Nun ist es also geschehen, was viele Bürger nicht zu glauben gewagt haben. Ein neuer Glaube und mit ihm über 5'000 Personen werden einen der letzten Dortmunder Naherholungsgrüngürtel mit dem Bau eines gigantischen und für diese Gegend total unpassenden Tempel beehren.

Dieses verdanken wir alles unserem Planungsdezernenten und unserer Mehrheitsfraktion im Rat der Stadt Dortmund, der SPD. Vor allen Dingen ist es aber „Bernis Reife“ Leistung, welche ausschlaggebend war für die nun folgende Errichtung des Zentrums. Das war seine bisher größte Meisterleistung im Kampf gegen die Bürger Dortmunds. Unser Planungs-dezernent ist „reif“ für die Insel.

Sehr problematisch sieht es auch um unseren Oberbürgermeister Günter Samtlebe aus, welcher so überzeugend in einer Rede im letzten Jahr von dem Erhalt der Dortmunder Frischluftschneisen gesprochen hat.

Auch wenn die Aussage aus dem letzten Jahr stammt. Es ist sehr schade, dass man sich nicht mal mehr auf die Worte eines Oberbürgermeisters verlassen kann. Das Vertrauen in die Politiker geht immer mehr verloren. Diese werden immer unglaubwürdiger.

An wen soll sich der ratsuchende Bürger noch wenden, wenn er nicht mal mehr von den gewählten Abgeordneten Hilfe zu erwarten hat und diese nur auf eigene Faust handeln? Oder sich erpressen lassen. Ich meine in diesem Zusammenhang das Grundstück an der Karl-Prümer-Straße, welches der Neuapostolischen Kirche gehört, und von der Stadt für den Ausbau der 236n benötigt wird. Die SPD will Dortmund mit aller Gewalt zerstören.

Ingo Wenig

Glückaufsegenstrasse 116

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 3. Februar 1990

Krosskirche: „Beton haben wir genug!“

„Die SPD hat die Bürger verraten und verkauft! Diese Feststellung traf die Bürgerinitiative nach der bekannt gewordenen Entscheidung der SPD-Ratsfraktion, dem Standort Hacheneys für den Bau des Neuapostolischen Kongresszentrums zuzustimmen. Empörte Bürger stellen die Frage, ob die SPD erpresst wird oder gar eine erhebliche Wahlkampfspende erhält?

Wie kann die SPD von den Dortmundern noch ernstgenommen werden, wenn sie so schnell ihre Wahlkampfversprechen vergisst? Die Bürger sind allerdings nicht so vergesslich und fragen insbesondere die im Stadtbezirk Hörde wohnenden SPD-Mandatsträger Fritz Hellemeier, Jan Tech, Erwin

Siekmann, die MdL Karl Böse, Franz Josef Kniola und MdB Werner Zeitler, warum sie der Zerstörung der Freiluftschneise und des Grüngürtels zustimmen?

Auch wenn 30 Mio. DM im Spiel sind, brauchen unsere Kinder und Enkel noch Luft zum Atmen! Beton haben wir genug!“

Für die Bürgerinitiative Hacheneu:

Friedrich Högger

Glückaufsegenstrasse 104

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 10. Februar 1990

LESER SCHREIBEN - LESER SCHREIBEN

Zur Baumpflanzaktion von Mitgliedern des SPD-Ortsvereins Wellinghofen in Hacheneu erhalten wir von der Bürgerinitiative Hacheneu folgende Zuschrift:

„SPD vertuscht Freiraumzerstörung“

Traurig steht sie da, die kleine und einzige Trauerbirke, die drei Mitglieder des SPD-Ortsvereins Wellinghofen an der südlichen Ecke des städtischen Grundstücks in Hacheneu pflanzten. Sie zeigt deutlich, in welchem desolaten Zustand sich die SPD befindet.

Sie will oder muss der Neuapostolischen Kirche das Grundstück für ihr Riesenbauvorhaben geben und nimmt damit bewusst die Zerstörung der Hacheneuer Frischluftschneise und des Grüngürtels in Kauf. Warum, so fragen inzwischen mehr als 1'000 Dortmunder, versucht die SPD die Bürger hinter Licht zu führen? Niemand ist doch so naiv, zu glauben, dass das Pflanzen einer einzigen kleinen Trauerbirke in einer abseits gelegenen Ecke das Zubetonieren der 10 ha großen Frischluftschneise kaschieren kann. Für wie dumm hält die SPD die Dortmunder Bürger?

Nur, die Dortmunder Bürger können zwischen großen Worten und Taten führender Politiker unterscheiden.“

Friedrich Högger

Glückaufsegenstrasse 104

Hacheneu

Westfälische Rundschau, 13. Februar 1990

Planungsdezernent Reiff überzeugte den Stadtbezirksausschuss:

Hörder SPD stimmt Großkirche jetzt zu – aber mit Auflagen

Hacheneu. Mit dem geplanten Neubau der neuapostolischen Großkirche in Hacheneu beschäftigte sich jetzt der Stadtbezirksausschuss der Hördener SPD. An der Beratung nahm auch Planungsdezernent Bernd Reiff teil, der Stellung zu den Fragen der SPD nahm. Die Informationen, die der Dezernent den Sitzungsteilnehmern vermittelte, führten dazu, dass der SPD-Stadtbezirksausschuss dem Bauvorhaben zustimmte.

Gleichzeitig stellten die Hörder Sozialdemokraten einen Forderungskatalog auf der sowohl der Rats- wie der Bezirksfraktion zugeleitet werden soll. Diese zusätzlichen Vorschläge sollen in eine zu erwartende Verwaltungsvorlage eingearbeitet werden. So fordern der Stadtbezirksausschuss:

- Der nördliche Teil der Fläche zwischen Zillestrasse und Glückaufsegenstrasse wird unverzüglich zu Zweidrittel aufgeforstet.
- Sollten die Bauabsichten der Neuapostolischen Kirche zur Realisierung kommen, ist der Standort der Kirche so weit wie möglich zur Zillestrasse hin festzulegen. Die Zufahrt ist nur von der Zillestrasse aus zulässig. Auch für die Zukunft wird eine Strassenverbindung zwischen Zillestrasse und Hacheneyer Strasse abgelehnt.
- Es ist verbindlich festzulegen, dass die Besucherbusse des Kirchenzentrums nach ihren An- und Abfahrten direkt auf die B 54 geleitet werden.
- Im Bebauungsplan ist die Gebäudehöhe eindeutig festzulegen. Die topographischen Möglichkeiten der Flächen müssen voll genutzt werden, um den Baukörper besser in die Landschaft einzupassen.
- Die fußläufige Verbindung am Hacheneyer Wäldchen (Hüttenbruchweg) muss erhalten werden.
- Das Gesamtvorhaben, die Außengestaltung und das Gebäude sollten nach ökologischen Gesichtspunkten der Landschaft angepasst werden. Darüber hinaus sind unnötige Oberflächenveränderungen zu vermeiden.
- Die Bebauungspläne Hö 223/224 sind möglichst gleichzeitig zu realisieren, der Bebauungsplan Hö 225 hat jedoch Vorrang.

Als „gezielte Falschinformation“ bezeichnete der Stadtbezirksausschuss der Hörder SPD die von der örtlichen CDU und von Friedrich Högger geführten Kampagnen. Nach Ansicht der Sozialdemokraten sollte sich Friedrich Högger besser informieren, „und dann reden, auf Dauer blieben ihm so Peinlichkeiten erspart“ und: „Die Bürgerschaft sollte es nicht zulassen, dass der Landtagswahlkampf durch solche Kampagnen verkommt und von Unwahrheiten und Halbwahrheiten durchsetzt wird.“

Ruhr-Nachrichten, 13. Februar 1990

Politiker befürworten Vorhaben der Neuapostolischen Kirche

SPD für Zentrums-Neubau

Hörde/Hacheney. Dem Bauvorhaben der Neuapostolischen Kirche, in Hacheney ein Kongresszentrum zu errichten, hat nun auch der SPD-Stadtrat zugestimmt. Die SPD-Ratsfraktion hatte bereits dem Bauvorhaben ihr „Plazet“ erteilt. Bei seiner Entscheidung rückte der Stadtbezirksausschuss den Grundsatz der Gleichbehandlung von Religionsgemeinschaften in den Mittelpunkt.

An den Beratungen nahm Planungsdezernent Bernd Reiff teil. Verknüpft wurde die Zusage zu dem Bauprojekt mit einigen Auflagen. Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Vorschläge:

- „Der nördliche Teil der Fläche zwischen Zillestrasse und der Glückaufsegenstrasse wird unverzüglich zu Zweidrittel aufgeforstet.
- Sofern die Bauabsichten der Neuapostolischen Kirche zur Realisierung kommen, ist der Standort der Kirche soweit wie möglich zur Zillestrasse hin festzulegen. Die Zufahrt zu

diesem Bauvorhaben ist nur von der Zillestrasse aus zulässig. Eine Straßenverbindung zwischen Zillestrasse und der Hacheneystrasse wird auch für die Zukunft abgelehnt.

- Es ist verbindlich festzulegen, dass die Besucherbusse des Kirchenzentrums nach ihren An- und Abfahrten direkt auf die B 54 geleitet werden.
- Im Bebauungsplan ist die Gebäudehöhe eindeutig festzulegen. Die topographischen Möglichkeiten der Fläche müssen voll genutzt werden, um den Baukörper besser in die Landschaft einzufügen.
- Die fußläufige Wegeverbindung zum Hacheneyer Wäldchen (Hüttenbruchweg) muss erhalten werden.
- Das Gesamtvorhaben, die Außengestaltung und das Gebäude sollten nach ökologischen Gesichtspunkten der Landschaft angepasst werden. Darüber hinaus sind unnötige Flächenversiegelungen zu vermeiden.
- Die Bebauungspläne Hö 225/224 sind möglichst gleichzeitig zu realisieren, der Bebauungsplan 225 hat jedoch Vorrang.

Westfälische Rundschau, 14. Februar 1990

Neuer Standortplan zur Entlastung von Hacheney

CDU: Kirchenzentrum an die B 54

Die CDU will der Neuapostolischen Kirche NRW für ihr Kirchenzentrum statt des umstrittenen Grundstücks in Hacheney eine Fläche zwischen B 54, Maurice-Vast-Straße und U-Bahn-Linie 45 am Remydamm anbieten. Das kündigten gestern die Planungssprecher der Ratsfraktion, Hans-Georg Hovermann und Hubert Jung an.

Für die nächste Planungsausschusssitzung hat die CDU einen entsprechenden Antrag

eingebraucht. Der von ihnen vorgeschlagene Standort liege ideal nahe an anderen Veranstaltungsorten und an Verbindungen zum überörtlichen Straßennetz. Es gebe Außerdem ausreichend Platz für Parkflächen. Demgegenüber sprächen gewichtige Gründe gegen den Bau auf der Grünfläche in Hacheney. Unter anderem weil es als Reservefläche für den Tierpark gilt, zum anderen auch, weil die Verkehrsbelastungen zu gross würden.

Ruhr-Nachrichten, 14. Februar 1990

LESER SCHREIBEN AN DIE REDAKTION

„Hacheneyer fühlen sich verschaukelt“

Klaus Kalthoff, Glückaufsegenstrasse 66, dazu:

„Anscheinend ist die SPD in Wellinghofen nun aufgewacht. Sie pflanzte einen Baum auf das Gelände zwischen Hüttenbruchweg und B 54, wo die Neuapostolische Großkirche geplant ist, um damit gegen diesen Bau zu protestieren. Allerdings pflanzte man diesen Baum, eine Trauerbirke, in die äußerste Ecke des Geländes, wo sie nie einen Bau verhindern könnte. Vielleicht hatten die örtlichen Wellinghofer SPD-Mitglieder doch zu viel Respekt vor der SPD-Ratsentscheidung, die Kirche zuzulassen.“

So fühlen sich die Hachener Bürgerinnen und Bürger von der SPD verschaukelt. Denn im gesamten Kommunalwahlkampf wurde dieses Thema von der SPD totgeschwiegen und bei Sitzungen der Bezirksvertretung bis nach der Wahl verschoben. Plötzlich ist dieses Thema auch für die SPD wieder aktuell, denn am 13. Mai steht die nächste Wahl an und man möchte wohl die Wahlschlappe bei der Kommunalwahl mit 20 Prozent Stimmverlusten der SPD in Hacheney wieder wettmachen: Denn ein Bäumchen pflanzen macht sich immer gut.

Aber die SPD-Aktion hatte auch etwas Gutes. Nun sollten alle Gegner der Großkirche einmal wie die SPD Gärtner spielen, kleine Bäume kaufen und sie auf der Freifläche einpflanzen. Vielleicht bekommen wir so ein kleines Wäldchen zusammen, das die Stadt aus umweltpolitischen Gründen nicht zerstören kann und wir so um den Bau der Großkirche herumkommen.“

„SPD ignoriert Protest-Flut“

Eine Flut von Leserbriefen löste die Entscheidung der Rats-SPD und des SPD-Stadtbezirks Hörde aus, das geplante Zentrum der Neuapostolischen Kirche auf dem Freigelände in Hacheney zuzulassen. Jan Kuhlmann, Am Flinsbach 6, schreibt:

„Die Sicherheit, mit der die SPD hinter dem Bau der Neuapostolischen Kirche in Hacheney steht, ist schon erstaunlich. Es werden Fluten von Leserbriefen gegen diesen Bau geschrieben, keine Reaktion der SPD. Es werden Bürgerinitiativen gegen diesen Bau gegründet. Keine Reaktion der SPD. Es werden Hunderte von Unterschriften gegen diesen Bau gesammelt und nochmals keine Reaktion der SPD.

Nun wehren sich sogar schon die eigenen Reihen gegen den Neubau. Ein netter Werbeslogan heißt: „Ruhrgebiet – ein starkes Stück Deutschland. Dortmund – ein starkes Stück Ruhrgebiet.“ Zur „Weltstadt Dortmund“ passt eine U-Bahn, ein wunderschönes neues und rotes Rathaus und als Tüpfelchen auf dem i auch ein Pylon. Eine Neuapostolische Großkirche steht auch nicht schlecht zu Gesicht.

Als es um den Flächenengpass in Dortmund ging, sagte die SPD, dass Grünflächen nicht zur Lösung des Problems in Gewerbegebiet umgewandelt werden sollten. Für den Bau der Neuapostolischen Kirche scheint dieser gute Vorsatz nicht zu gelten, kann doch der Wert des zukünftigen Standortes als Grünfläche und Frischluftschneise nicht abgestritten werden.

Warten wir ab, ob sich die SPD nicht doch noch eines Besseren besinnt?“

Ausschuss berät heute über CDU-Antrag zur Neuapostolischen Kirche **Kongresszentrum zur Ruhrallee**

Die Neuapostolische Kirche soll ihr Kongresszentrum auf dem Grundstück zwischen Maurice-Vast-Straße, Ruhrallee und Ardeystrasse statt in Hacheney bauen.

Das fordert die CDU in einem Antrag für die heutige Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Stadtentwicklung.

Hans-Georg Hovermann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Rat, erklärte gestern vor Ort: „Dies wäre von der Anbindung her ein idealer Standort. Es gibt eine gute Anbindung an das überörtliche Straßennetz, sowie an die Linien der Bundesbahn und der Stadtwerke. Die von Seiten des Planungsamtes beklagte fehlende Attraktivität dieses Platzes für ein Kongresszentrum lässt sich leicht herstellen. Möglich wäre auch eine Anbindung an die Grünfläche neben dem Signal-Gebäude.“

Auch in der Tatsache, dass für den Bau Stellplätze weichen müssen, sehen die Christdemokraten kein Problem. Sie sind der Ansicht, dass auf dem abschüssigen Gelände – auch städtebaulich vertretbar – ein Parkdeck Ersatz bieten kann. Hier könnten auch die für den Bau des Kirchenzentrums zusätzlich vorgeschriebenen Stellplätze ausgewiesen werden, die dann, je nach Absprache, auch für andere Veranstaltungen im Stadion und in den Hallen zur Verfügung stehen könnten, so die CDU.

Eine Interessenkollision sei nur selten zu befürchten, da die Tagungen im Kirchenzentrum tagsüber, Veranstaltungen in Stadion und Halle abends stattfinden würden.

Noch einmal sprachen sich die Christdemokraten gestern eindeutig gegen den Standort im Vorort Hacheneu aus. Hubert Jung, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Ein solches Zentrum gehört grundsätzlich nicht in einen Vorort.“

Westfälische Rundschau, 15. Februar 1990

DIE MEINUNG DES LESERS

„Guter Vorsatz gilt nicht für Großkirche“

Zum Bau der Neuapostolischen Kirche in Hacheneu schreibt Jan Flinsbach:

„Die Sicherheit, mit der die SPD hinter dem Bau der Neuapostolischen Kirche in Hacheneu steht, ist schon erstaunlich.

Es werden Fluten von Leserbriefen gegen diesen Bau geschrieben; keine Reaktion bei der SPD. Es werden Bürgerinitiativen gegen diesen Bau gegründet; keine Reaktion der SPD. Es werden Hunderte von Unterschriften gegen diesen Bau gesammelt; und nochmals keine Reaktion der SPD. Nun wehren sich sogar schon die eigenen Reihen gegen die Kirche.

Ein netter Werbeslogan heißt: „Ruhrgebiet – ein starkes Stück Deutschland“. Dortmund – ein starkes Stück Ruhrgebiet. Zur „Weltstadt Dortmund“ passen eine U-Bahn, ein wunderschönes, neues und rotes Rathaus und als Tüpfelchen auf dem I auch ein Pylon. Eine Neuapostolische Großkirche steht auch nicht schlecht zu Gesicht.

Als es um den Flächenengpass in Dortmund ging, sagte die SPD, dass Grünflächen nicht zur Lösung des Problems in Gewerbegebiet umgewandelt werden sollten. Für den Bau der Neuapostolischen Kirche scheint dieser gute Vorsatz nicht zu gelten, kann doch der Wert des zukünftigen Standortes als Grünfläche und Frischluftschneise nicht abgestritten werden.

Warten wir ab, ob sich die SPD nicht doch noch eines Besseren besinnt.“

Jan Kuhlmann

Am Flinsbach 6 B

Westfälische Rundschau, 17. Februar 1990

Hacheneyer appellieren an den OB gegen geplantes Kirchenzentrum

Hacheney. Weitere 409 von insgesamt jetzt 1233 Unterschriften gegen das geplante Neuapostolische Kirchenzentrum in Hachene

y legten Vertreter der Bürgerinitiative gestern im Rathaus Bürgermeister Lorenz Ladage vor.

Die Bürgerinitiative übergab mit den Unterschriften ein Schreiben, in dem sie Oberbürgermeister Günter Samtlebe aufforderten, alles zu tun, um eine positive Entscheidung der Stadt am 28. Februar zu verhindern. „Sie haben einige Male bewiesen, dass Sie ohne Rücksicht auf Parteidisziplinierung sich für die Interessen der Bürger eingesetzt haben. Tun Sie es diesmal auch!“, heißt es in dem Brief.

Friedrich Högger von der Bürgerinitiative Hachene

y betonte, dass er im Falle einer Befürwortung des Kirchenzentrums durch die Stadt, eine Klage vor dem Verwaltungsgericht anstreben werde.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 17. Februar 1990

Ja zum Kirchenbau rückgängig machen

Betr.: Bau der Großkirche

„Mit Unverständnis entnehmen wir der **WAZ**, dass jetzt auch die Hörder SPD dem Bau einer Großkirche in Hachene

y zustimmt. In einer Zeit, in der immer mehr junge Menschen den Kirchen den Rücken kehren; in einer Zeit, in der wir auf Grünflächen besonders achten müssen: In dieser Zeit hat die örtliche SPD nichts besseres zu tun, als sich gegen all diese Tendenzen und damit auch gegen die Bevölkerung zu stellen.

Mit Stolz wird in unserer Stadt auf 49% Grünflächen hingewiesen. Das scheint die örtliche SPD nicht sonderlich zu beeindrucken.

Die Rechnung für solch unbedachtes Tun zahlen nicht die Politiker, sondern die Bürger. Wir möchten Sie dringend auffordern, Ihre Zustimmung rückgängig zu machen und sich für den Erhalt der Freifläche einzusetzen.

Freigeistige Landesgemeinschaft NW – Ortsgemeinschaften Hörde,
Höchsten, Berghofen, Aplerbeck, Wellinghofen.

Dieter Grützner

Ruhr-Nachrichten, 24. Februar 1990

LESER SCHREIBEN AN DIE REDAKTION

„An Verantwortung gegenüber Bürgern und Umwelt erinnern“

Die Kirchhörer der CDU äußert sich zum geplanten Bau eines neuapostolischen Kirchenzentrums in Hachene

y ablehnend:

Dies ist keine Entscheidung gegen die Neuapostolische Kirche, sondern für den Erhalt der Freifläche und für die Interessen der betroffenen Anwohner.

Die CDU-Ortsunion begrüßt die Bauabsichten der Religionsgemeinschaft in Dortmund, möchte die Zentralkirche aber an einem anderen Standort verwirklicht sehen. Der von uns vorgeschlagene Standort zwischen Ardeystrasse und Ruhrallee befindet sich in zentraler Lage und bietet sämtliche Möglichkeiten, die für ein solches Projekt benötigt werden.

Durch den Bau des Kirchenzentrums auf der Freifläche an der Zillestrasse wird nach Ansicht der CDU der Grünzug Süd, eine durchgehende Grünverbindung von der City bis zum Dortmunder Stadforst, gefährdet.

Außerdem werden die Erweiterungsmöglichkeiten für den Tierpark eingeschränkt.

Auch befürchten die Christdemokraten nicht nur Belästigungen für die Anwohner in Hacheneu, sondern auch für das Wohngebiet südlich der Zillestrasse.

Die Kirchhörer CDU wird in der nächsten Woche die betroffenen Anwohner über die bürgerfeindlichen SPD-Beschlüsse informieren und ihnen Alternativstandorte vorstellen.

Auch die Beratungen in der Bezirksvertretung wird Bezirksvertreter Bernd Erpenbeck nutzen, um die Mehrheitsfraktion an ihre Verantwortung gegenüber den betroffenen Bürgern und der Umwelt zu erinnern.“

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 20 Februar 1990

DIE MEINUNG DES LESERS

63

„Bestätigung für Atheismus“

Zum Bau des Neuapostolischen Kirchenzentrums in Hacheneu schreibt Eberhard Kniprath:

„Anscheinend reicht es nicht aus, wenn jene religiöse Institution mit ihrem realitätsfernen und individuellen Glückseligkeitsbetrieb diese Welt in ihren Gebeten und Gesängen zu einem „Jammertal“ entartet. Nun muss sie tatsächlich auch noch selbst Hand anlegen, um diese unheilvolle auf Aberglaube basierende These, einen gewissen Wahrheitsgehalt zu verleihen.

Der Bau dieses neuapostolischen Bettempels bestätigt mich mal wieder voll und ganz in meinem Atheismus, einem Atheismus, welcher primär eine „religiöse“ Ehrfurcht vor der Natur in sich birgt, denn für meine Begriffe kann nichts heilig sein, was das menschliche Denken geschaffen hat.

Eberhard Kniprath
Kreuzweg 35
4600 Dortmund 12

„Forderungskatalog ist Augenwischerei“

Zum selben Thema schreibt Friedrich Högger:

„Nicht Friedrich Högger, sondern die Bürgerinitiative Hacheneu fordert den Planungsdezernenten Reiff auf, die Informationen, die er den Sitzungsteilnehmern des SPD-Stadtbezirksausschusses vermittelte, auch der Öffentlichkeit und den Dortmunder Bürgern mitzuteilen. Der Bau der Neuapostolischen Großkirche ist schließlich keine Angelegenheit zwischen Herrn Reiff und der SPD. Gleichermas-

sen fordert die Bürgerinitiative den Stadtbezirksausschuss der Hörder SPD auf, die angeblich von dem Sprecher der Bürger-initiative, Friedrich Högger, gezielten Falschinformationen zu nennen. In dem vorgenannten Artikel steht mit keinem Satz eine Begründung von Herrn Reiff zu dem geplanten Bauvorhaben, noch werden die unqualifizierten Angriffe der SPD gegen den Sprecher der Bürgerinitiative begründet oder sachlich dargestellt. Der Aktivkreis der Bürgerinitiative, der am Montag, dem 12.2.90, in Hacheneu tagte, hat am gleichen Abend den besagten Artikel gelesen und stellt dazu einstimmig fest:

- Die Bürgerinitiative Hacheneu ist überparteilich.
- Ihr Sprecher ist Friedrich Högger, der im Namen und Auftrag der Bürgerinitiative spricht.
- Die Bürgerinitiative Hacheneu wird mit allen ihren Mitteln gegen Politiker und Parteien Stellung beziehen, die sich für den Neubau des Großzentrums aussprechen und dies gegen den Willen von mehr als 1'100 Bürgern aus allen Schichten der Bevölkerung, die sich schriftlich gegen das Bauvorhaben ausgesprochen haben.

Der von den Hörder Sozialdemokraten aufgestellte Forderungskatalog ist Augenwischerei. Erst soll eine Grünfläche und Frischluftschneise vernichtet werden und dann will man das ganze auch noch ökologisch gestalten. Für wie dumm hält die SPD die Bürger?

Friedrich Högger
Bürgerinitiative Hacheneu
Glückaufsegenstrasse 104
4600 Dortmund 30

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 22. Februar 1990

64

DIE MEINUNG DES LESERS

„Bemühungen der SPD unterstützen“

Betr.: Bau der neuapostolischen Kirche in Hacheneu.

„Es ist doch interessant, was ein Bauvorhaben einer Glaubensgemeinschaft, die aus dem gewöhnlichen ‚Rahmen‘ fällt, doch alles bewirken kann: Wahre „Atheisten“ triumphieren. Sie haben immer schon gewusst, dass man die Religion vergessen kann, diese erst recht. Dank des Bauvorhabens benutzen inzwischen medienbekannte Politiker eine Bürgerinitiative als Brechstange für ihre Politikkarriere. Dieselbe Klientel schaukelt das Thema für den Landtagswahlkampf hoch mangels besserer Profilierungsmöglichkeiten. Andere selbster-nannte ‚Inquisitoren‘ fallen bar jeder Kenntnisse über diese Gemeinschaft her und nutzen diese Gelegenheit, an dieser ‚Sekte‘ ihr Mütchen zu kühlen.

Sympathisch sind mir die, die aus wirklicher Sorge um ein Stück Umwelt den Fehdehandschuh angezogen haben.

Doch – warum unterstützt man nicht die Bemühungen der Hörder SPD, die vor einigen Tagen deutliche Vorgaben für eine ökologische Verträglichkeit dieses Bauvorhabens gab? Ich könnte mir vorstellen, dass eine standortgerechte Aufforstung von 2/3 des Geländes und eine Verlegung der Bebauung an die Zillestrasse doch eine Alternative wäre, über die man reden könnte.

Argumente für die Verhinderung eines Bauvorhabens dieser Kirche wird es überall geben. Doch warum hat nicht diese Gemeinschaft ein, Recht wie alle anderen Investoren, Bauvorhaben in die Tat

umzusetzen? Dass dabei ein Höchstmass an Umweltverträglichkeit eingeklagt werden muss, ist Selbstverständlich.

Klaus Scheller
Hagener Strasse 133
4600 Dortmund 50

„Betroffene Bürger zahlen die Rechnung“

„Mit Unverständnis entnehmen wir der Tagespresse, dass jetzt auch die Hörder SPD dem Bau einer Großkirche in Hacheney zustimmt. In einer Zeit, in der immer mehr junge Menschen den Kirchen den Rücken kehren, weil sie auf die Fragen der heutigen Zeit nur veraltete Lehrformeln bieten kann und letztlich alles auf übernatürliche Zusammenhänge zurückführt; in einer Zeit, in der wir auf unsere Grünfläche besonders achten müssen, weil uns die Lebensräume für Mensch und Tier verloren gehen.

In dieser Zeit hat die örtliche SPD nichts Besseres zu tun, als sich gegen all diese Tendenzen und damit auch gegen die Bevölkerung zu stellen.

Mit Stolz wird in unserer Stadt auf 49% Grünflächen hingewiesen, können wir eine über Dortmunds Grenzen hinaus beachtete Baumsatzung vorzeigen. Dies alles scheint die örtliche SPD nicht sonderlich zu beeindrucken. Die Rechnung für solch unbedachtes Tun zahlen in der Regel nicht die verantwortlichen Politiker, sondern wie immer die betroffenen Bürger. Wir möchten Sie dringend auffordern, Ihre Zustimmung zu überdenken und letztlich wieder rückgängig zu machen und sich für den Erhalt der Freifläche in Hacheney einzusetzen.“

Freigeistige Landesgemeinschaft,
Körperschaft des öffentlichen Rechts,
Ortsgemeinschaft Hörde, Häöchsten,
Berghofen, Aplerbeck, Wellinghofen.
Dieter Grützner

„Keine Begründung für Zustimmung“

„Weder Planungsdezernent Bernd Reiff, noch meine Hörder Genossengeben mit einem einzigen Satz eine Begründung für ihre Zustimmung. Dass einzige was sie sagen ist eine Beleidigung der Bürgerinitiative und ihres Sprechers, Friedrich Högger, de, sie gezielte Falschinformationen, Halb- und Unwahrheiten vorwerfen, ohne aber nur eine einzige davon zu nennen. Dies ist im höchsten Masse unseriös

In unserer Bürgerinitiative werden in regelmässigen Zusammenkünften die Aktionen beraten und demokratisch mit Mehrheit beschlossen. Einstimmig hat Herr Högger als unser Sprecher unser Vertrauen. Meine Partei, die SPD, wäre gut beraten, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Die Quitung könnte bald folgen.“

Hubert Kotterbau
Glückaufsegenstrasse 104

„Protest wurde mit Gewalt unterdrückt“

„Da erdreisten sich doch tatsächlich angebliche Demokraten, den sicherlich berechtigten, auf jeden Fall aber sanften Protest der Hacheneyer Bürger mit Gewalt zu unterdrücken. Der „symbolische Baum“ wurde am Samstag zum zweiten Mal von Bürgern mit Protestbändern geschmückt. Auf bedruckten Trauerschleifen heißt es: Alibi für Umweltzerstörung; Symbol für Umweltpolitik; Ich soll den Schaden gering halten! Bereits kurze Zeit später waren diese „Antisprüche“ wieder, wie bereits am Mittwoch schon einmal. Von Undemokraten brutal heruntergerissen worden. Protest in der DDR wird beklatscht, der Einfallsreichtum und der Witz ihrer Sprüche bewundert, bei uns aber nicht geduldet. Ein sonderbares Demokratieverständnis haben manche Demokraten!“

Peter Bathelth

Glückaufsegenstrasse 83

Ruhr-Nachrichten, 28. Februar 1990

LESER SCHREIBEN AN DIE REDAKTION

Klimatologe empfiehlt Baustopp in Hacheneay

Zum geplanten Bau des Zentrums der Neuapostolischen Kirche in Hacheneay schreibt Markus Schulte, Godekinstrasse:

„Die Kommunalwahl ist vorbei, das Rückgrat der SPD ist gestärkt, und die Flächenversiegelung geht weiter! Lässt man mal den weitaus gerechtfertigteren Anspruch des Tierparks an der Fläche nördlich der Zillestrasse außen vor, so ist die Entscheidung des SPD-Stadtbezirksausschusses zum Bauvorhaben der Neuapostolischen Kirche schon allein aus stadtklimatologischen Erwägungen verwerflich.

Die 1986 unter anderem von O. Kiese, Stadtklimatologe am Geographischen Institut in Münster, angefertigte „Klimaanalyse Dortmund“ spricht der besagten Fläche in Zusammenhang mit dem weiter westlich gelegenen Freiraum zwischen Zillestrasse und Lücklemborg eine wichtige Frischluftfunktion auch in bezug auf das Innenstadtklima zu. Es wird gleichzeitig ein Baustopp in diesem Bereich empfohlen.

Sollte sich das Dortmunder Stadtklima seit 1986 so verbessert haben, dass der weiteren Flächenversiegelung in solch essentiellen Gebieten zuzustimmen ist?“

„Die von der SPD geforderten Auflagen sind Augenschere“

Ein weiterer Brief erreichte die RN-Stadtteilredaktion von Hubert Kotterbau, Glückaufsegenstrasse 104:

„Nach dem Willen von Planungsdezernent Bernd Reiff und den Hörder Genossen soll die Hacheneyer Frischluftschneise und Grüngürtel zerstört und durch ein Kongresszentrum der Neuapostolischen Kirche ersetzt werden. Gründe für diese Entscheidung werden nicht genannt. Haben nicht wir die Anwohner und Betroffenen, wie viele andere Bürger mit uns das Recht zu erfahren, warum die SPD gegen den Bürgerwillen beschließt?“

Für mich sind die von der Hörder SPD geforderten Auflagen nur Augenwischerei. Man kann eine Frischluftschneise nicht erst zubetonieren und sie gleichzeitig ökologisch gestalten. Dumm sind wir nicht, Genossen!“

Ohne Angaben der Quelle:

„Hacheneý“ heute im Ausschuss

Hacheneý. Der Ausschuss Für Umwelt und Stadtentwicklung befasst sich in seiner heutigen Sitzung unter anderem mit der Standortentscheidung für die Errichtung einer Zentralkirche der Neuapostolischen Kirche des Landes NRW auf dem Grundstück Hüttenbruchweg / Zillestrasse in Hacheneý. Die Sitzung beginnt voraussichtlich um 16 Uhr im Ratssitzungssaal im Stadthaus, Friedensplatz 5. Eine vorhergehende Ortsbesichtigung kann den Sitzungsbeginn verzögern.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 1. März 1990

SPD setzt Kirche der Neuapostolen in Hacheneý durch Gegen heftige Kritik der Opposition

Gegen die teils heftige Kritik der Fraktionen von CDU und Grünen setzte die SPD gestern im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt ihren Antrag zum Standort der neuapostolischen Großkirche in Hacheneý an der Zillestrasse durch. Katl-Horst Martena (SPD) räumte ein, dass der Antrag vor allem das Ziel verfolge, einen Bebauungsplan in Gang zu setzen, „bei dem dann Bürgeranhörungen und alles, was dazu gehört, in den weiteren Fortgang einfließen können“. Doch hielt Sebastian Müller von den Grünen dagegen, dass „hier nur Nebelkerzen geworfen werden“ sollen. Die SPD habe sich längst festgelegt.

Manöver vor der Wahl

Hubert Jung (CDU) erinnerte daran, dass „die Verwaltungsvorlage vor den Kommunalwahlen zurückgezogen wurde, um jetzt nahezu unverändert wieder auf dem Tisch zu liegen“. Er warf der SPD ein wahltaktisches Manöver vor. Als Alternative schlug die CDU einen Standort nahe der Westfalahallen vor.

Dr. Heinrich Blana vom Beirat der Unteren Landschaftsbehörde hielt wie der Vertreter des Bundes für Naturschutz den Standort Hacheneý für ökologisch „äusserst bedenklich“. Es gebe eine Reihe besserer Stellen, an denen der zu erwartende Verkehr weniger schädliche Auswirkungen habe.

Ruhr-Nachrichten, 1. März 1990

SPD setzt sich durch

Zentralkirche in Hacheneý beschlossen

Die Neuapostolische Kirche soll für den Bau ihrer Zentralkirche das gewünschte Gelände in Hacheneý bekommen.

Diesen heftig umstrittenen Beschluss fasste gestern der Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung mit den Stimmen der SPD-Mehrheit – begleitet von lautstarken Buh-Rufen vieler Hacheneyer auf der Zuschauertribüne.

CDU und Grüne hatten den Vorschlag der Verwaltung kategorisch abgelehnt, allerdings aus unterschiedlichen Motivationen. Die CDU setzte sich für die Großkirche, die etwa 5'000 Gläubigen Platz bieten soll, im Bereich zwischen Ardeystrasse und B 54 ein, mit Anschluss an dort schon vorhandene Parkplätze. Die Grünen hingegen wollten überhaupt keine Zentralkirche, sondern grundsätzlich nur kleine, gemeindenaher Einrichtungen.

Der Streit um die Mittlerweile peinliche, weil seit 1983 dauernde Standortsuche entzündete sich erneut an der Frage, ob der Freiraum östlich des Tierparks überhaupt besiedelt werden darf. CDU und Grüne warnten eindringlich, die SPD hielt jedoch die mögliche Einflussnahme über das Bebauungsplan-Verfahren für ausreichend.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 1. März 1990

LESERBRIEF LESERBRIEF LESERBRIEF

Hochhaus am Bahnhof

Weil unabhängig vom Standort Belastungen zu erwarten seien, wandten sich die Grünen grundsätzlich gegen das Projekt. Sie forderten die Neuapostolische Kirche auf, ihre Mitglieder nicht zentral, sondern gemeindenaher zu betreuen.

Die Mehrheitsfraktion blieb bei ihrer Einschätzung und stimmte gegen die Anträge der Opposition.

Nahezu ungeteilte Zustimmung aller Parteien fanden die Pläne des Architektenbüros Prof. Gerber & Partner, für den Harenberg-Verlag ein 17geschossiges Hochhaus mit angrenzender Glashalle und Bürogebäude auf der Ecke Königswall / Bahnhofstrasse zu errichten. Der Verlag will sich räumlich um das Doppelte vergrößern und gibt daher seinen Standort an der B 1 auf. Schon Mitte 1992 will das Unternehmen seinen Neubau beziehen.

Michael Friese, Tel.: 54 94 – 293

68

Westfälische Rundschau, 1 März 1990

Umweltausschuss bei Hoesch

Proteste nach SPD-Entscheidung für Großkirche in Hacheneey

Mit Buh-Rufen quittierten gestern die Zuschauer auf der Tribüne im alten Ratssitzungssaal das Ja der SPD zur Errichtung der Großkirche der Neuapostolischen Kirche am Standort Hacheneey. Das Bebauungsplanverfahren wird nun eingeleitet.

CDU und Grüne im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hatten das Projekt zuvor in seltener Einigkeit erneut abgelehnt – mit einem Unterschied. Während die Grünen sich generell gegen eine zentrale „Autofahrerkirche“ aussprachen, plädierte die CDU für den Standort zwischen Maurice-Vast-Straße, B 54, Linie U 45 und Ardeystrasse.

Der SPD-Antrag sieht vor, die Kirche in Hacheneu so weit wie möglich an die Zillestrasse zu bauen und den Besucherstrom direkt auf die B 54 zu leiten. Eine „Nebelkerze“ nannte der Grüne Sebastian Müller die Erläuterung von SPD-Ratsvertreter Karl-Horst Martens, man beschließe zunächst nur ein Bauverfahren „mit allen Anhörungen“. Für andere Ausschussmitglieder war unter ökologischen Gesichtspunkten das Ja der SPD schlicht „nicht nachvollziehbar“.

Bereits am Mittag hatte sich der Ausschuss im Hoesch-Werk Phoenix über dessen Umweltschutzrichtungen informiert....

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ und Westfälische Rundschau, 6. März 1990

„Auflagen lenken von wahren Problemen ab“

Zum geplanten Bau des Neuapostolischen Kirchenzentrums in Hacheneu schreibt Anita Buhrmester:

„Beim Lesen Ihres Berichts ‚Hörder SPD stimmt Großkirche zu – aber mit Auflagen‘, drehte sich mir der Magen um. Die Genossen scheinen sich nicht im Geringsten um Proteste und Unterschriftenaktionen von Bürgern (mehr als 1200 Unterschriften) gegen das geplante Großprojekt zu kümmern und alle Bedenken gegen die Zerstörung ökologisch wertvoller Freiflächen in den Wind zu schlagen.

Beängstigend ist die Arroganz, mit der sich die SPD-Mehrheitspartei über den Widerstand von Bürgern und Oppositionsparteien hinwegsetzt, nur um einer Interessengruppe zu Willen sein zu dürfen. Da keine nachvollziehbaren Gründe von den Befürwortern, weshalb diese Freifläche und Frischluftschneise zum Wohle der Bevölkerung betoniert werden „muss“, genannt wurden und in Tageszeitungen Vorgänge wie „Skandale um Buga und Westfalenpark reihen sich zur Kette“ zu lesen sind, stellt sich einem zwangsläufig die Frage nach der Triebfeder. Auch die genannten Auflagen scheinen nur dem Zweck zu dienen, von dem wahren Problem abzulenken, um sich als Schadensbegrenzer, Wohltäter oder Problemlöser aufspielen zu können.

Hier zeigt sich, dass es nicht von Vorteil ist, einer Partei, ob aus Bequemlichkeit oder Tradition, immer wieder die Stimme zu geben und die Diskrepanz zwischen Wahlversprechen und Handeln zu ignorieren. Schon August Bebel sagte: Schaut euren Führern auf die Hände und nicht auf den Mund.“

Sehr beliebt sind bei unseren SPD-Kommunalpolitikern Baumpflanzaktionen, bei denen sie sich von bestellten Presseleuten beobachten lassen. Dies muss von Bürgern eher als Schlag ins Gesicht oder Verhöhnung empfunden werden, wenn die gleiche Partei sich für die Betonierung von Frischluftschneisen und Grünflächen einsetzt.

Friedrich Högger, einem direkt betroffenen Bürger, wird von der SPD „gezielte Falschinformation“ vorgeworfen. Hier kann man sich des Gefühls nicht erwehren, dass auf dümmlichste Art und Weise versucht wird, den Spieß umzudrehen. Umgekehrt wird doch sicher eher ein Schuh daraus.

Ich weiss nicht, ob unter der angeblichen Informationslosigkeit auch die Berichte in Tageszeitungen gemeint sind wie z.B. Konzeptionslosigkeit zu Lasten der Umwelt wirft der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) der Stadt Dortmund im Zusammenhang mit den neuesten Entwicklungen im Universitätsbereich vor. Es ist eher zu befürchten, dass SPD und Umweltschutz sich wie Feuer und Wasser verhalten.

Warum, so frage ich mich, schließen sich nicht alle Bürgerinitiativen von Dortmund zusammen, um dieser negativen Entwicklung mit allen gebotenen Mitteln entgegen-zutreten?“

Anita Buhrmester
Glückaufsegenstrasse 79
Dortmund-Hacheneu

Ruhr-Nachrichten, 7. März 1990

LESERBRIEF

Mehr als eine Eulenspiegelerei

Zum geplanten Bau des neuapostolischen Zentrums in Hacheneu schreibt der Sprecher der Bürgerinitiative:

Es ist schon mehr als nur Eulenspiegelerei, wenn die Stadt Dortmund einen Landschaftsplan herausgibt, in dem vom Oberstadtdirektor Harald Heinze unterschriebenen Anschreiben an die Bürger u.a. steht. Zitat:

„Dabei kommt es besonders darauf an, zu verdeutlichen, wie wichtig es ist, den Freiraum in einer Industriestadt zu schützen – zu pflegen und somit die Umweltsituation, - und nicht zu vergessen – die Möglichkeit der Naherholung in Dortmund zu verbessern.“

Zitat Ende. Dieser gleiche Mann hat, wie die anderen Dezernenten und die SPD, den Bau eines neuapostolischen Kongresszentrums in Hacheneu zugestimmt und damit die Voraussetzungen zur Zerstörung des Freiraumes und des Naherholungsgebietes geschaffen. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass das Aufmacherbild der Broschüre auf dem Deckblatt genau die 10 ha große Freifläche in Hacheneu zeigt, auf der das neuapostolische Großbauvorhaben entstehen soll. Welch eine Verhöhnung der Bürger!

Friedrich Högger
Sprecher der Bürgerinitiative
Glückaufsegenstrasse 104

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 8. März 1990

Grüne sammeln Kirchen-Gegner

Die Grünen geben ihren Widerstand gegen den Bau einer Großkirche auf einer Ackerfläche an der B 54 in Hacheneu nicht auf. Sie laden die Gegner des Großvorhabens am Donnerstag, 8. März, um 19.30 Uhr zu einer Informationsveranstaltung in der Gewerblichen Schule V, Hacheneu Strasse 105, ein. Referenten sind Ratsherr Richard Kelber und Thomas Quittek vom Bund für Umwelt und Naturschutz.

Ruhr-Nachrichten, 10. März 1990

Bausünden nicht wiederholen

Zur Diskussion über das geplante Kirchenzentrum in Hachenev schreibt dieser Leser:

Jetzt, wo wir erkennen, dass schon zuviel Natur verbraucht ist, sollten die Verantwortlichen keine riesige „Drive in Kirche“ in einem wertvollen Naherholungsgebiet genehmigen. Die Kirchen plädieren doch auch für den Erhalt der Schöpfung.

Die anfahrenden Kfz und der riesige Parkbedarf deklassieren Dortmunds wertvollstes Naherholungsgebiet zur Drittklassigkeit. Die Frischluftschneise wird zerstört.

Hat man denn aus den Bausünden der „Bagger in Beton Ära“ der 60er und 70er Jahre nichts gelernt? Zum Beispiel die seelenlosen Betonhochhäuser in der Nordstadt, wo durch Sanierung und Begrünung der Bauten aus der Nachkriegsphase menschenfreundliche Wohnungen zu erträglichen Mieten hätten entstehen können. Ein Teil des Clarenbergs in Hörde wurde noch in den 60er Jahren saniert. Hier waren blühende Gärten. Heute bessert man schon mit Millionenaufwand nach, um die seelenlosen Hochhäuser aus den 70er Jahren halbwegs erträglich zu machen. Der Rat sollte wirklich noch einmal nachdenken, um keine neue Bausünde zu begehen.

Die Großkirche, die hauptsächlich mit Kraftwagen angefahren wird, gehört dem Kongresszentrum an der Westfalenhalle zugeordnet. Hier sind genügend Parkplätze vorhanden, es braucht nicht zusätzlich wertvolle Natur versiegelt zu werden.

Auch der öffentliche Verkehr ist ausreichend vorhanden. Wie wäre es, wenn sich die zuständigen Christen mit einer unkonventionellen Idee anfreunden würden: Keinen Quadratmeter von Gottes Natur zu verbrauchen, die Parkplätze an der Westfalenhalle überbauen. Zu ebener Erde weiterhin Parkplätze. Darüber können dann die Gottesdiensträume sein. Darin kann dann mit gutem Gewissen zu Gott gebetet und Gott gelobt werden.

Fred Müller
Hagener Strasse 254

71

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 10. März 1990

Grüne aus Hörde und Hombruch luden zu Protestveranstaltung gegen umstrittene Pläne in Hachenev

Kelber: Kirche ist noch nicht gebaut

Hachenev. Der umstrittene Bau der neuapostolischen Großkirche in Hachenev bot jetzt den Grünen aus Hörde und Hombruch erneut Anlass, bei einer Protestveranstaltung gegen die SPD-Mehrheitsentscheidung zu Felde zu ziehen. Die Planungen seien aus ökologischer Sicht völlig unverantwortlich, waren die Umweltschützer überzeugt.

Landschafts- und Gebietsentwicklungsplan wiesen das Hachenevener Feld als besonders wertvoll aus, das unbedingt zu erhalten sei, führten die Veranstalter als gewichtiges Argument ins Feld. „Eine Bebauung darf dort nur erfolgen, wenn sie unbedingt notwendig ist“, zitierte Thomas Qittek vom Bund für Umwelt und Naturschutz aus den Planfestsetzungen. Notwendig sei die Kirche aber in keinerlei Hinsicht.

Interessante Einblicke in die Verhandlungen zwischen der Neuapostolischen Kirche (NAK) und der Stadtverwaltung konnte der grüne Ratsvertreter Richard Kelber geben. Als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften zu Akteneinsicht befugt, berichtete Kelber, dass schon seit September 1983 immer konkreter werdende Kontakte bestanden. Als Eigentümerin eines wichtigen Grundstücks für den Bau der B 236n in

Scharnhorst hätte die NAK dabei ihre Forderung nach dem Hacheneyer Standort mit ungewohntem Druck vortragen können. So sei der jetzige Standort **ein Koppelungs-geschäft**. Gebaut ist die Kirche für Kelber allerdings noch lange nicht: „Ich bin guter Hoffnung, dass aus den Planungen nichts wird“. Seinen Optimismus begründet er mit den von Thomas Quittek angeführten Widersprüchen zwischen Entwicklungsplänen und Bauplanung. Kelber befürchtet nur, dass die Verwaltung die Klagefähigkeit der Anwohner einschränken werde, indem sie die Bebauung so weit wie möglich zur Zillestrasse hin verlagere.

Auch die Bürgerinitiative Hacheney will ungeachtet der Entscheidung des Umwelt-ausschusses weiter gegen die Bebauung kämpfen. „Sehr viele sind aber mutlos geworden“, meint Sprecher Friedrich Högger ein Gefühl der politischen Ohnmacht feststellen zu können, das auch in der geringen Beteiligung an der Veranstaltung zum Ausdruck komme. Für ihn ist **das Vorgehen der NAK schlichtweg Erpressung**, die Festsetzung des Standorts das Ergebnis von „Mauscheleien“. Die Bürgerinitiative werde daher beim Verwaltungsgericht klagen.

Eingeladen war auch die Neuapostolische Kirche selbst, hatte aber auf die Entsendung eines Vertreters verzichtet.

Ruhr-Nachrichten, 10. März 1990

Neuapostolische Kirche gross wie das Rathaus

Hacheney. Zu einer Informationsveranstaltung zur Frage des Baus der neuapostolischen Großkirche auf dem Hacheneyer Feld hatten die Hörder und Hombacher Grünen am Donnerstagabend eingeladen. Viele Bürger waren der Aufforderung zur Diskussion in die Aula der Gewerblichen Schulen V gefolgt.

Neben den beiden Referenten, Ratsmitglied Richard Kelber und B.U.N.D.-Mitarbeiter Thomas Quittek, kamen auch die Anwohner zu Wort. Ihre Ablehnung richtet sich vor allem gegen die Größe der neuen Kirche. Diese, so nehmen sie an, entspricht ungefähr der des neuen Rathauses; da neben den Kirchenräumen ebenfalls ein Jugend- und Kongress-zentrum sowie verschiedene Seminarräume untergebracht werden sollen.

Neben den ökologischen Gesichtspunkten, die eine ebenso große Rolle spielen, kritisieren die Bürger das ihrer Meinung nach undemokratische Verhalten der Stadt. Sie fühlen sich vor vollendete Tatsachen gestellt, da bei bisherigen Entscheidungen ihre Meinung nicht berücksichtigt worden sei.

Ein Meinungsaustausch mit Mitgliedern der Neuapostolischen Kirche musste am Donnerstag ausfallen, da niemand von ihnen der Einladung der Grünen gefolgt war.

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 10. März 1990

Freiraum wird zerstört

Betr.: Großkirche.

„Es ist schon mehr als nur Eulenspiegelerei, wenn die Stadt einen Landschaftsplan herausgibt, und in dem vom Oberstadtdirektor unterschriebenen Anschreiben an die Bürger heißt es:

„Dabei kommt es besonders darauf an, zu verdeutlichen, wie wichtig es ist, den Freiraum in einer Industriestadt zu schützen, zu pflegen und somit die Umweltsituation und – nicht zu vergessen – die Möglichkeit der Naherholung in Dortmund zu verbessern‘.

Der gleiche Mann hat, wie die anderen Dezernenten und die SPD-Fraktion, den Bau eines neuapostolischen Kongresszentrums in Hacheney zugestimmt und damit die Voraussetzungen zur Zerstörung des Freiraumes und des Naherholungsgebietes geschaffen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass das Aufmacherbild der Broschüre auf dem Deckblatt genau die zehn Hektar große Freifläche in Hacheney zeigt, auf der – so haben es die Verantwortlichen beschlossen – das neuapostolische Großbauvorhaben entstehen soll.

Welch eine Verhöhnung der Bürger!“

Bürgerinitiative Hacheney

Friedrich Högger

Glückaufsegenstrasse 104

Neuapostolische Kirche informiert

Aplerbeck. Am Dienstag veranstaltet die Neuapostolische Kirche in Aplerbeck, Ruinen-Straße 5, einen Informationsabend. Dabei geht es in einer Tonbildschau und anschließendem Gesprächskreis um das Familien-, Glaubens- und Gemeindeleben der neuapostolischen Christen. Dazu sind alle Aplerbecker Bürgerinnen und Bürger eingeladen.

73

Ruhr-Nachrichten, 20. März 1990

Landesvorstand verhandelt neu

Kirche baut Zentrum nicht in Hacheney

Von H. H. Horstendahl

Die Neuapostolische Kirche des Landes Nordrhein-Westfalen baut ihre geplante Zentralkirche nicht in Hacheney, ist aber offen für Gespräche über andere Standorte in Dortmund.

Mit dieser Meldung überraschte am Montag Dr. Manfred Möhlmeier als der von der Kirche beauftragte Rechtsanwalt in einem Schreiben Oberbürgermeister, Ratsfraktionen und Stadtverwaltung.

Die geplante Kirche soll ein Ort christlichen Friedens sein, doch lasse sich das an dem Standort Hacheney offenbar nicht verwirklichen, heißt es in der Erklärung. In dem Schreiben wird dazu Bezug genommen auf unterschiedliche Aktionen gegen die Errichtung der Zentralkirche an dieser Stelle. Sie reichten – so Möhlmeier – von der Behauptung, der Neubau störe das öffentliche Wohl, bis zu den

Vorwürfen von Gottlosigkeit, Inhumanität, unchristlichen und unmoralischen Verhaltens der Kirchenmitglieder.

„Neuerdings sind mehrere Drohungen eingetroffen, die Neuapostolische Kirche möge sich auf ständigen Vandalismus gegen die geplante Kirche einrichten“, schreibt Dr. Möhlmeier.

Wir haben uns immer sachlich gegen das Kirchenzentrum an dieser Stelle ausgesprochen“, betonte dazu Friedrich Högger als Sprecher der Bürgerinitiative, die sich mit dem Verzicht der Kirche erfolgreich sieht, aber weiterbestehen will, um grundsätzlich gegen neue Bebauungen von Freiräumen zu wirken.

„Mit einem lachenden und einem weinenden Auge“ sieht Horst Zeidler (SPD) diesen Beschluss. Einmal bleibe damit gewiss ein langes Verfahren erspart. Traurig und beschämend aber seien die Umstände, die zur Entscheidung der Kirche geführt hätten. Da sei unsachlich und emotionell aufgeladen argumentiert worden.

„Wir fühlen uns bestätigt“, erklärte Erich Fritz (CDU). Die CDU habe immer dafür plädiert, das Zentrum in Dortmund zu bauen, nicht aber in Hacheneu. Die Planungsverwaltung habe stets

behauptet, die Kirche wolle kein anderes Grundstück. Hätte man zeitiger auf die CDU gehört, wären Stadt und Kirche ein gutes Stück weiter.

Für die Grünen erklärte Richard Kelber, es lohne sich doch, für ökologische Belange zu kämpfen. Endlich auch höre das Gemeindefeilsche um das Grundstück an der B 236 n auf, und schließlich habe sich wohl die Einsicht durchgesetzt, dass sich für ein solches Projekt auch in anderen Städten in exponierter Lage keine Genehmigung erreichen ließe.

KOMMENTAR

Zwischen Sieg und Niederlage

Der Verzicht der Neuapostolischen Kirche auf einen Zentrumsbau auf dem geplanten Gelände in Hacheneu lässt die Bürgerinitiative der Anwohner jubeln. Was sie als ihren Erfolg feiern können, ist aber wohl die doppelte Einsicht der kirchlichen Landesleitung und ihrer Berater gewesen. Einmal wäre ein Verfahren mit vielen Widersprüchen und Prozessen über viele Jahre gegangen, zum anderen steht er's einer Kirche nicht an, ein solches Projekt gegen so hartnäckigen Widerstand weiter Bevölkerungsgruppen durchzuziehen.

Beschämend aber, was sich da am Rande getan hat. Die Androhung von „Vandalismus“ und üble Nachrede gegen die Kirche wie deren Mitglieder sind unwürdige, nur zu verurteilende Methoden, von denen sich die Bürgerinitiative zu Recht distanziert.

Beschämend aber auch das Verhalten der Verwaltung. Sie hat über Jahre gegenüber Rat und Öffentlichkeit behauptet, die Kirche wolle ihr Zentrum nur in Hacheneu bauen – oder gar nicht. Alternativstandorte würden abgelehnt. Nun stellen sich diese Behauptungen als falsch heraus. Die Kirche will sehr wohl auch über andere Standorte in Dortmund verhandeln.

Sie tut das wohl nicht zuletzt deshalb, weil sich die Stadt gegenüber dieser Glaubensgemeinschaft mit Sitz in Dortmund stets korrekt benommen hat, wie die Kirche ausdrücklich feststellt. So bleibt zu

erwarten, dass aus dieser leidigen Angelegenheit ein besseres Verständnis für eine neue Lösung an einem anderen Standort in Dortmund erwächst.

Heinz H. Horstendahl

Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 20. März 1990

Kirche zieht umkämpftes Bauvorhaben zurück

Neuapostolische Gemeinde berichtet von Drohbriefen gegen Zentralkirche in Hacheney. Die Großkirche der Neuapostolischen Kirche wird nicht gebaut – jedenfalls nicht in Hacheney. In einem Brief an die Gremien der Stadt hat der Landesvorstand den Verzicht auf den heftig umstrittenen Standort zwischen B 54, Hüttenbruchweg und Zillestrasse erklärt. Die Kirche zieht damit die Konsequenz aus der zum Teil mit „unsachlichen, gar mit beleidigenden Argumenten“ geführten Debatte um den Standort, begründete gestern ihr Bevollmächtigter, Rechtsanwalt Dr. Manfred Möhlmeier.

Die Vorwürfe, so Dr. Möhlmeier, reichten von der Behauptung, die Kirche verletze mit dem Bauvorhaben an diesem Standort das allgemeine Wohl, bis hin zur Unterstellung der „Gottlosigkeit“, der „Unmenschlichkeit“ und des „unchristlichen und unmoralischen Verhaltens ihrer Mitglieder“.

Zudem habe die Kirche anonyme Schreiben erhalten, in denen gedroht werde, die Kirche habe sich auf „ständigen Vandalismus“ gegen den geplanten Bau einzurichten. „Wenn ein Vorhaben so emotional bekämpft wird, dann reagiert eine Kirche natürlich besonders empfindlich“, sagt Dr. Möhlmeier.

„Eine schlimme Sache“, reagiert Rolf Hahn (SPD), Vorsitzender im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung.

„Noch nicht erlebt“

Der Ausschuss hatte dem Vorhaben erst grünes Licht gegeben. Hahn: „Die Art und Weise, wie das Bauvorhaben bekämpft wurde, hinterlässt mehr als einen schalen Nachgeschmack.“

„Überrascht, aber auch zufrieden“, dass es gelungen sei, eine Freifläche vor „welcher Bebauung auch immer zu schützen“, zeigt sich CDU-Ratsherr Hubert Jung. „Wir waren stets für einen Standort, der sowohl der Bedeutung der Kirche gerecht wird, als auch der städtebaulichen Entwicklung Rechnung trägt.“

„Hervorragend“, freut sich Grünen-Ratsherr Richard Kelber. „Von Drohbriefen weiss ich nichts, kann ich auch nichts zu sagen.“

„Erleichterung“ verspürt Bernd Reiff, Dezernent für Planung und Umwelt, angesichts der Verzichtserklärung. Dass Genehmigungsverfahren wäre „sehr schwierig“ geworden. „Dass eine Planung in dieser Heftigkeit diskutiert wird, so etwas habe ich in Dortmund noch nicht erlebt.“

„So etwas haben wir nicht nötig. Wir haben genug sachliche Argumente“, distanziert sich Friedrich Högger, Sprecher der Bürgerinitiative gegen den Bau der Großkirche in Hacheney, „ganz entschieden“ von Drohbriefen. „Auch ich habe beleidigende Briefe und Anrufe gegen die Kirche bekommen, davon aber nie Gebrauch gemacht.“

KOMMENTAR VON ROLF MAUG:

Zielscheibe

Seit eineinhalb Jahren lag die Neuapostolische Gemeinde mit ihrem Wunsch, auf dem Acker an der B 54 in Hacheney eine Zentralkirche zu errichten, unter schwerem Beschuss. Die Gegner ließen nicht locker. Nun zieht die Gemeinde die Konsequenz. Sie möchte, verständlicherweise, nicht zum zweiten Male in einem Wahlkampf als Zielscheibe herhalten.

Es dürften zwei ganz unterschiedliche Gründe sein, die die Kirche zum Verzicht auf den Standort bewegten.

Auf der einen Seite gibt es gute Argumente, von der Grünfläche die Finger zu lassen. Zwar hatten Verwaltung und SPD die Baupläne schon gehörig gestutzt, doch der Freiraumverbrauch blieb – ebenso wie Bedenken zur zusätzlichen Verkehrsbelastung.

Doch auf der anderen Seite scheuten Gegner des Vorhabens auch vor Schlägen nicht zurück, die deutlich unterhalb der Gürtellinie lagen. Der ehemalige Grünen-Ratsherr Hans H. Hücking etwa stellte die Seriosität der Gemeinde überhaupt in Frage – und wird sich dafür vor Gericht rechtfertigen müssen. Dass es neuerlich auch zu anonymen Drohbriefen kam, kann man nur bedauern.

Aber auch die Bürgerinitiative muss sich kritische Fragen nach ihren Methoden gefallen lassen. Der Gemeinde zu unterstellen, sie habe die Stadt erpresst – das ist schon ein starkes Stück.

Aber leistete die SPD-Mehrheitsfraktion solchen Spekulationen nicht selbst Vorschub? Das Ergebnis der Abstimmung – eine Gegenstimme, eine Enthaltung – spiegelte die interne Debatte in keiner Weise wider.

Zum Glück zeichnet sich ab, dass die Kirche noch über andere Standorte in Dortmund mit sich reden lässt.

Westfälische Rundschau, 20. März 1990

Neue Pläne: Jetzt Wohnungsbau auf Freifläche

Kirche gibt auf: Nach Drohungen Verzicht auf Baupläne in Hacheney

Von Gerd Heymann

Die neuapostolische Zentralkirche in Hacheney wird nicht gebaut. Von diesem Entschluss der Neuapostolischen Landeskirche wurden gestern Oberbürgermeister, Oberstadtdirektor und die Ratsfraktionen überrascht. Nach langer Diskussion und Gegenwehr von Bürgerinitiativen hat die Kirche aufgegeben.

Ursächlich dafür war neben der breiten Abwehr des Projekts bei den Nachbarn der Eingang von Drohungen, demzufolge die Kirche bei einer Realisierung des Bauvorhabens mit ständigem Vandalismus zu rechnen habe. Wie es in einer Erklärung der Kirche heißt, seien ihr unsachliche Vorwürfe gemacht worden. „Sie reichten von der Behauptung, die Neuapostolische Kirche verletze mit der Errichtung der Kirche das allgemeine Wohl, bis hin zum Vorwurf der Gottlosigkeit, der Inhumanität, unchristlichen und sogar amoralischen Verhaltens ihrer Mitglieder.“

Dazu die Landeskirche: „Wir wollen kein Bauvorhaben im Stadtgebiet verwirklichen, das von derartigen Animositäten und Gehässigkeiten begleitet wird. Die geplante neuapostolische Kirche soll ein Ort christlichen Friedens sein.“ Die Kirche bedankt sich gleichzeitig beim Oberbürgermeister, dem Planungsdezernenten und der SPD-Ratsfraktion für ihre Beteiligung an dem Bauvorhaben.

SPD-Fraktionschef Horst Zeidler, der das Projekt unterstützt hatte, sieht die Absage mit „einem weinenden und einem lachenden Auge“, Einerseits bleibe der Stadt eine langwierige Auseinandersetzung erspart, andererseits sei es ein erschreckender Vorgang, wenn Bauwillige mit Drohungen abgeschreckt würden. Hier müsse es sich um religiöse Eiferer handeln.

Er sieht jetzt Chancen für einen zuvor schon diskutierten Alternativplan, auf dem Gelände Wohnungen statt der Kirche zu errichten. Dagegen lege schon jetzt der Wortführer der Bürgerinitiative, der CDU-Sozialsekretär Friedrich Högger, Protest ein. Bei aller Freude über die Absage der Kirche gehe der Kampf der Bürgerinitiative für den Erhalt des Freiraumes und der Frischluftschneise weiter.

Genugtuung über den Verzicht zeigte auch Dr. Richard Kelber als Sprecher der Grünen im Rathaus. Darin zeige sich, dass sich der Kampf um ökologische belange lohne.

Presseartikel ohne Quellenangabe, 21. Juni 1990

Hücking muss 4'000 DM Strafe bezahlen

Kirchenbeschimpfung hat für Grünen teures Nachspiel

Wegen Verleumdung und Störung des Religionsfriedens durch öffentliche Beschimpfung hat das Dortmunder Amtsgericht den ehemaligen Ratsvertreter der Grünen, Hans H. Hücking, zu einer Geldstrafe von 4'000 DM verurteilt. Das Urteil wurde rechtskräftig, weil Hücking auf die Einlegung von Rechtsmitteln verzichtet hat.

Für Hücking ist das Urteil Nachspiel seiner früheren kommunalpolitischen Tätigkeit. Der ehemalige katholische Theologe Hücking hatte im August 1989 auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um den damals geplanten Bau eines neuapostolischen Gemeindezentrums in Hacheney in einem Interview mit dem Lokalfernsehen erklärt, die Neuapostolische Kirche sei sexualfeindlich. 50 Prozent aller jugendlichen Sexualdeliktäter des Vorjahres seien Mitglieder dieser Kirche gewesen.

Hücking hatte daher gefordert, das Thema vor den Jugendwohlfahrtsausschuss zu bringen. Den Wahrheitsbeweis für diese Behauptung, die nach Hückings Darstellung aus dem Dortmunder Jugendamt stamme, konnte er offenbar jedoch nicht antreten, so dass der Lehrer am Westfalenkolleg zu 40 Tagessätzen zu je 100 DM verurteilt wurde.

Kirchenbeschimpfung

Hans Hücking zahlt 4'000 DM

Hans Hücking, Mitglied der Fraktion der Grünen, ist wegen Verleumdung und Störung des Religionsfriedens durch öffentliche Beschimpfung vom Dortmunder Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 4'000 DM verurteilt worden.

Der katholische Theologe hatte im August 1989 in einer Radio-Sendung, in der das damalige Bauvorhaben der Neuapostolischen Kirche zur Diskussion stand, erklärt, diese Kirche sei sexualfeindlich. 50 Prozent aller jugendlicher Sexualdeliktäter seien Mitglieder der Neuapostolischen Kirche gewesen. Den Beweis für diese Behauptung, die nach Hückings Angaben aus dem Jugendamt stammen sollte, konnte er nicht antreten.

LESERBRIEF

Hans-H. Hücking
Kielstrasse 1
46 Dortmund 1

19.07.1990

RUHR-NACHRICHTEN
- Lokalredaktion -
Pressehaus
4600 Dortmund 1

LESERBRIEF

Zu Ihrer Meldung „Hans Hücking zahlt 4'000 DM“ (22.06.09) möchte ich folgendes anmerken:

1. Ich bin seit Ende der Ratsperiode, 1984 – 89 (also seit Oktober letzten Jahres) nicht mehr Mitglied der Fraktion DIE GRÜNEN IM RATHAUS.
2. Meine vom Amtsgericht Dortmund verurteilten Äußerungen gegenüber der Neuapostolischen Kirche (NAK) sind nicht während einer Radio-Sendung, sondern in einem Interview mit dem Lokal-Fernsehen Dortmund gefallen.
3. Die Geldstrafe habe ich nicht für die vom Grundgesetz (Art. 5) gedeckte Meinungsäußerung, wonach die NAK „sexualfeindlich“ sei, erhalten, sondern für die Behauptung, dass „50% aller jugendlichen Sexualdeliktäter im letzten Jahr Mitglieder der NAK“ gewesen seien.
4. Ich stelle dazu selbstkritisch fest, dass die unter 3. genannte Behauptung der Prozentzahl schon deswegen nicht korrekt war, da eine konfessionelle Statistik bei der entsprechenden Stelle nicht geführt wird bzw. nicht geführt werden darf. Allerdings hat der von mir genannte Zeuge von der Jugendgerichtshilfe der Stadt Dortmund vor der Staatsanwaltschaft zu Protokoll gegeben, dass ihm bei

seinen Fällen „der recht hohe Anteil von Mitgliedern der Neuapostolischen Kirche phänomenologisch aufgefallen ist“. Auch von seinen Kollegen aus der Jugendgerichtshilfe habe er erfahren, „dass in einer unbestimmten Größe jugendliche Sexualstraftäter auch aus Familien neuapostolischen Glaubens stammten“.

gez. Hans-H. Hücking

LESERBRIEF

Hans H. Hücking
Kielstrasse 1
46 Dortmund

26. 07. 90

An die
WESTFÄLISCHE RUNDSCH
- Lokalredaktion -
z. Hdn. Frau Becker-Sander
Brüderweg 9
46 Dortmund 1

79

LESERBRIEF

Zum Artikel „Kirchenbeschimpfung hat für Grünen teures Nachspiel“ (21.06.90) gestatten Sie mir einige Anmerkungen:

- 1.** Ich bin seit Februar 1990 nicht mehr Mitglied der Grünen.
- 2.** Ich bin auch kein „ehemaliger“ katholischer Theologe. Das Gegenteil ist richtig. Allerdings bin ich von keiner kirchlichen Institution materiell und/oder ideologisch abhängig.
- 3.** Die Geldstrafe habe ich nicht für die vom Grundgesetz gedeckte Meinungsäußerung, wonach die „Neuapostolische Kirche“ (NAK) „sexualfeindlich“ sei, erhalten, sondern für die Behauptung, dass „50% aller jugendlichen Sexualstraftäter im letzten Jahr Mitglieder der NAK“ gewesen seien.
- 4.** Ich gebe selbstkritisch zu, dass die Behauptung der Prozentzahl nicht korrekt war, da eine konfessionelle Statistik im Dortmunder Jugendamt (Gerichtshilfe) nicht geführt wird bzw. geführt werden darf. Allerdings hat ein Zeuge von der Jugendgerichtshilfe der Stadt Dortmund vor der Staatsanwaltschaft zu Protokoll gegeben, dass ihm bei seinen Fällen „der recht hohe Anteil von Mitgliedern der NAK phänomenologisch aufgefallen ist. Auch von seinen Kollegen wurde ihm bestätigt, „dass in einer unbestimmten Grösse jugendliche Sexualstraftäter auch aus Familien neuapostolischen Glaubens stammten“.

gez. Hans.-H. Hücking

Westfälische Rundschau, 28. Juli 1990

Geldstrafe nicht für Äusserung der Meinung bekommen

Betr.: Artikel „Kirchenbeschimpfung hat für Grünen teures Nachspiel“

„Einige Anmerkungen zu dem Artikel seien erlaubt:

1. Ich bin seit Februar 1990 nicht mehr Mitglied der Grünen.
2. Ich bin auch kein „ehemaliger“ katholischer Theologe. Das Gegenteil ist richtig. Allerdings bin ich von „keiner kirchlichen Institution materiell und/oder ideologisch abhängig.
3. Die Geldstrafe habe ich nicht für die vom Grundgesetz gedeckte Meinungsäußerung, wonach die „Neuapostolische Kirche“ (NAK) „sexualfeindlich“ sei, erhalten, sondern für die Behauptung, dass „50% aller jugendlichen Sexualstraftäter im letzten Jahr Mitglied der NAK“ gewesen seien.
4. Ich gebe selbstkritisch zu, dass die Behauptung der Prozentzahl nicht korrekt war, da eine konfessionelle Statistik im Dortmunder Jugendamt (Gerichtshilfe) nicht geführt wird bzw. geführt werden darf.

Hans-H. Hücking

Kielstrasse 1

5600 Dortmund 1

GEDANKEN ZUR „SACHE“ HACHENEY

80

Die Führung der Neuapostolischen Kirche (NAK) sind der Stammapostel – damals Richard Fehr in Zürich in der Schweiz – und die Bezirksapostel und Apostel. Sie sehen sich als die direkten Nachfolger der biblischen Urapostel. Doch – wann und wo pokerten die Apostel der Bibel oder gar Christus selbst um ein wertvolles Grundstück. Wo stand ihnen Geld in dermaßen großer Menge zur Verfügung, vergleichbar mit den 30 Millionen oder gar 40 Millionen Deutsche Mark, welche die Neuapostolische Kirche in Hacheneu verbauen wollte? Christus, der Gottessohn, auch die Urapostel, sie waren arme Leute, sie lehrten das Himmelreich, sie lehrten nicht den Erwerb von Schätzen dieser Welt. Das ist ein Unterschied zu den neuen Aposteln, der zum Nachdenken anregen sollte.

30 oder gar 40 Millionen DM !! Viel Gutes ließe sich damit in dieser Welt schaffen – doch wo übt die Neuapostolische Kirche echte, uneigennützig Diakonie? Hier sei auf den aufgedeckten neuapostolischen „Spendenskandal“ verwiesen.

Alle von den neuapostolischen Kirchenmitgliedern über ihr Opfergeld geschaffenen Kirchenbauten und erworbenen Liegenschaften sind in der Hand der daraus ihren materiellen Nutzen ziehenden Führungskräfte der Neuapostolischen Kirche, die sich überdurchschnittliche Gehälter zugestehen (siehe die Steuerbescheide des Finanzamtes Zürich des Stammapostel Fehr!) bei fehlender Ausbildung in Theologie, Menschenführung und Seelsorge. Im Internationalen Apostelbund haben sich diese Führungskräfte organisiert.

Die opfernden Kirchenmitglieder haben über das Kirchenvermögen kein Mitbestimmungsrecht, keinen Einblick in die Buchführung und aus dem Kirchenvermögen auch keinen materiellen Nutzen.

Man bedenke: Die seit den 1990er Jahren stetig an Mitgliedern schrumpfende Neuapostolische Kirche löst ihre „unrentabel“ gewordenen Gemeinden (Mitgliederschwind und zu geringes Opfergeldaufkommen!) auf und verkauft die Kirchengebäude nach Geschäftsmann-Gesichtspunkten.

Die Leitung der Neuapostolischen Kirche nahm schließlich Abstand von dem Plan, in Dortmund-Hacheneu ihr überdimensionales Prestige-Kirchen-Großprojekt zu bauen, weil die Zahl ihrer Mitglieder deutschlandweit zu schmelzen begann, auch weil durch die öffentlichen kritischen Diskussionen um dieses Großprojekt die kritischen Fragen und die zweifelnde Unruhe unter den Amtsträgern auf Gemeindeebene und den Mitgliedern heftig wurden.

Bei ihrem Rückzieher argumentierte die Neuapostolische Kirchenleitung unter anderem, die „Neuapostolische Kirche soll ein Ort christlichen Friedens sein“ – aber in den Aussteigergruppen der Neuapostolischen Kirche, die sich ab den 1990er Jahren und schon kurz zuvor bundesweit in Deutschland in zunehmender Zahl bildeten, war und ist viel Anderes zu hören! Auch das Aufkommen dieser kritisch die Öffentlichkeit informierenden Aussteigergruppen dürfte mit dazu geführt haben, dass die Neuapostolische Kirche von ihrem geplanten Großprojekt in Hacheneu Abstand nahm.

Heute, um das Jahr 2007, sind die Mitgliederzahl und auch die Jugend der Neuapostolischen Kirche stark geschrumpft bei stetig weiter abnehmender Tendenz. Wo früher, als die Neuapostolische Kirche ihren Hauptsitz noch in Dortmund hatte, bei ihren Jugendtagen die Westfalenhalle mit jungen Menschen gut gefüllt werden konnte, füllt jetzt die Jugend der Neuapostolischen Kirche eine wesentlich kleinere Halle in Dortmund, und zunehmend sind Amtsträger zu diesen Jugendtagen zusätzlich eingeladen und füllen die sonst leeren Plätze. So stimmt die Optik wieder!